

Grußwort

Diese Broschüre informiert sehr kenntnisreich und detailliert darüber, wie auch in Bremen der Krieg vorbereitet und das Töten von Menschen immer mehr perfektioniert wird. Mit der Produktion und dem Handel von Waffen wird sehr viel Geld verdient. Ungezählte Menschen haben durch in Bremen hergestellte Produkte ihr Leben verloren oder wurden beschädigt an Leib und Seele.



Die Informationen in dieser Broschüre werden dazu beitragen, dass die Ermutigung Konstantin Weckers „Empört euch, beschwert euch, und wehrt euch, es ist nie zu spät“ von immer mehr Menschen umgesetzt wird. Wir brauchen solche Empörung auch in Bremen, um dem Geschäft mit dem Tod und der Forschung für den Tod irgendwann ein Ende zu setzen.

Dann sind wir auf dem Weg, den der Prophet Jesaja einst so beschrieb: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Menschen werden arbeiten, produzieren und denken für das Leben. Diese „Zivilklausel“ wird mehrheitlich respektiert werden.

Ich danke den Autorinnen und Autoren dieser Broschüre sehr, und ich wünsche ihnen viele Leserinnen und Leser.

Martin Warnecke

Pastor und Friedensbeauftragter der Bremischen Evangelischen Kirche

Erfolgsgeschichten aus Bremen? Rüstungsstandort an der Weser. Produktion, Forschung und Perspektiven

Wer als Tourist durch die schöne Freie Hansestadt Bremen bummelt, erfährt viel über die historischen Bauwerke und lernt so manches über die Tradition der Hanse, über Handel und Wandel in Geschichte und Gegenwart. Wir Bürgerinnen und Bürger schätzen unsere Stadt wegen der Überschaubarkeit, des schönen Zentrums, der Lage am Wasser, der grünen Naherholungsgebiete und nicht zuletzt des Dialogs unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.

Wirtschaftssenator und Staatsrat im Wirtschaftsressort sprechen in der jüngsten Vergangenheit vermehrt von „Erfolgsgeschichten“ aus Bremen. Mit der Betonung Bremens als innovativer Standort mit hoch wettbewerbsfähigen Unternehmen wollen sie der vermeintlichen Negativ-Berichterstattung überregionaler Medien über den Standort Bremen entgegentreten.

Einwohner (und Touristen) erfahren bei dieser Form von Standortmarketing jedoch wenig von den unrühmlichen Geschäften der Bremer Rüstungsunternehmen. Sie stehen in einer unheilvollen Tradition, produzierten Waffen für zwei Weltkriege und exportieren bis heute Waffen in alle Teile der Welt.

Bremer Rüstungsbetriebe leisten vor allem mit Satelliten und Drohnen, mit Elektronik für Marine und Heer, durch Kriegsschiff- und Flugzeugbau einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus. Keine Stadt in Deutschland weist eine solche Rüstungsdichte auf.

Die Stadt profitiert von den Krisen und Kriegen der Welt und der Waffenexport fördert zudem die Konflikte. In Bremen befinden sich fünf Rüstungsbetriebe von bundesdeutschem, zum Teil europäischem, ja sogar weltpolischem Rang: Atlas Elektronik, EADS Airbus, Rheinmetall Defence Electronics, die Friedrich Lürssen Werft und Orbitale Hochtechnologie Systeme, kurz OHB Technology AG. Bremen ist eine Rüstungshochburg.

An dem Staatsbesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Angola im Juli 2011 nahmen aus Bremen der Lürssen-Firmenchef, Friedrich Lürßen, gleichzeitig Präsident des Bundesverband(es) der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) und der Präsident der Handelskammer, Otto Lamotte, teil. Während der Reise wurde bekannt, dass Angola beabsichtigt, sechs bis acht Patrouillenboote zu kaufen.

Im November 2010 informierte die Bremer Universität über die Einrichtung einer Stiftungsprofessur im Themengebiet „Raumfahrttechnologie“, die in den nächsten zehn Jahren durch das Ehepaar Fuchs (OHB Technology) finanziert wird. Die

mangelhafte Finanzierung der Hochschulen auch in Bremen sollte durch angemessenen Einsatz öffentlicher Mittel behoben werden. Es werden leistungsfähige und zugleich unabhängige Hochschulen gebraucht und nicht solche, die mehr und mehr in die Abhängigkeit von Konzernen geraten, erst recht nicht in die Abhängigkeit von Rüstungskonzernen.

66 Hochschullehrer und Wissenschaftler und darüber hinaus weitere Persönlichkeiten Bremens sorgten sich im Frühjahr 2011 in einer bundesweit beachteten Erklärung um die Freiheit von Forschung und Lehre, sprachen sich gegen Rüstungsforschung aus und warnten davor, dass die Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung weiter verloren geht. Die Unterzeichner erinnerten - wie zahlreiche Studenten in den vergangenen Monaten - an die selbst gegebene Zivilklausel von 1986.

In einer Petition heißt es: „Wir fordern die Mitglieder der Universität auf, die Zivilklausel mit dem Wortlaut: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“ vom 14.05.1986 (AS- Beschluss Nr. 5113) beizubehalten und konsequent umzusetzen.“

Zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Broschüre feiert die Universität Bremen ihr 40-jähriges Bestehen. Die Friedensforschung war eine Gründungsidee. Statt für Raumfahrt-Militärtechnik sollte so bald wie möglich ein Lehrstuhl für Rüstungskonversion und Friedenspolitik eingerichtet werden.

Beim 9. Außenwirtschaftstag in Bremen tauschten sich kürzlich Vertreter aus Politik und Wirtschaft unter anderem über „Strategien zur Rohstoffversorgung“ aus. Mitstreiter aus den Herausgeber-Organisationen dieser Broschüre kritisierten aus diesem Anlass öffentlich die exportorientierte Außenpolitik, die wirtschaftliche Interessen über die Interessen der Menschen in Rohstoff- oder Transitländern stellt. Offen werden dabei militärische Interventionen gefordert und Diktaturen gefördert. Deutsche Rüstungsproduktion und -exporte können Kriege in Gang bringen und halten. Deshalb gehören Herstellung und Verbreitung von Kriegsmaterialien verboten.

Die Herausgeber dieser Publikation stehen für eine Trendumkehr mit einem Stopp des Rüstungsexports und mit der Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte.

Die jetzt vorgelegte Publikation „Erfolgsgeschichten aus Bremen? Rüstungsstandort an der Weser. Produktion, Forschung und Perspektiven“ versteht sich als Fortsetzung der inzwischen vergriffenen Broschüre „Erlebnisland als Lieferant der Zutaten für Kriege - Rüstungsstandort Bremen“ aus dem Jahre 2009. [http://www.bremerfriedensforum.de/bilddat/ruestungsstandort_bremen_broschuere2009.pdf]

Im Vorwort hieß es seinerzeit: „Wir wenden uns gegen eine Wirtschaftsförderung für rüstungsorientierte Betriebe, gegen verdeckte militärische Grundlagenforschung an der Universität, gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und auf Ausbildungsmessen sowie gegen Kooperationsverträge zwischen Bundeswehr und Krankenhäusern. Stattdessen treten wir dafür ein, dass der Rüstungskonversionsgedanke (wieder) Eingang in die betriebliche Produkt- und Organisationsstruktur findet.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Möge auch diese neue Broschüre dazu beitragen, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Anliegen der Friedensbewegung zu gewinnen.

Ekkehard Lentz (*Sprecher Bremer Friedensforum*)

Andrea Kolling (*Erste Vorsitzende der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung*)

Kristina Vogt (*Fraktionsvorsitzende Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft*)

Ingeborg Kramer (*Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden*)

Sören Böhrnsen (*ASTA Universität Bremen*)

Joachim Fischer (*Deutsche Friedensgesellschaft/DFG-VK Bremen*)

Bremen, im November 2011

Rüstungsstandort Bremen

Lühr Henken

Die Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst zum 1. Juli sind die zunächst sichtbarsten Merkmale einer weiteren Strukturreform der Bundeswehr, die 2011 eingeleitet wurde. Die Wehrpflicht wurde aufgegeben, weil Wehrpflichtige nicht in Auslandseinsätze entsandt werden dürfen und unnütze Ausbildungs- und Kasernenkapazitäten binden. Zweck dieser neuerlichen Reform ist die Steigerung derjenigen Soldatenzahl, die dauerhaft – also über Jahre – im Auslandseinsatz verwendet werden können von bisher etwa 7.000 auf künftig 10.000 - immerhin eine Steigerung um 40 Prozent. Diese Zahl ist allerdings durchaus noch steigerbar, wenn man die Zeiten zwischen den jeweils viermonatigen Einsätzen verkürzt. So, wie es in den Berufsheeren Großbritanniens und Frankreichs schon der Fall. Abgesehen von den dauerhaft und umschichtig einsetzbaren Soldaten bleibt die Bundeswehr nach wie vor in der Lage, aus einem Pool von 50.000 SoldatInnen gleichzeitig bis zu 25.000 SoldatInnen für die schnellen Eingreiftruppen von NATO und EU zu stellen. Diese können jedoch nur maximal ein halbes Jahr einen Einsatz durchhalten.

Verteidigungsminister de Maizière hat neue Verteidigungspolitische Richtlinien¹ (VPR) erlassen, die nahtlos an die seiner Vorgänger im Amt anknüpfen.

Ab jetzt wird vom Einsatz her gedacht, wenn es heißt, „die wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr.“ Mit der seit Jahren verwendeten inhaltsleeren Zauberformel „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ hält man sich sämtliche Handlungsoptionen offen. Als zentrales Kriterium Pro oder Kontra Einsatz werden die „Interessen Deutschlands“ herangezogen.

„Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ (S. 5)

Im Weißbuch 2006 war schon ganz allgemein das Interesse an der „Sicherheit der Energieinfrastruktur“² genannt worden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte daraufhin im Mai 2008 genauer festgelegt wie die Gewährleistung dessen aussehen soll: In ihrer „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ heißt es: „Die

1 Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien 2011, erlassen am 27.5.2011, 20 Seiten, http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/lut/p/c4/LY1BDslwDARfRHznxiugXJCTWu6qiVMIbvg-qYT2MocZLb1pznhA2VGNM71oSbjHb4hlaOhIm7RN4P2oGY49sKnE6hLWup9FbNkQ5olVepr-vT67T5u-1ZxjE6Hk9HY21MC1Wb4mnQUcpxj_boQ5Q/

2 Weißbuch S. 19



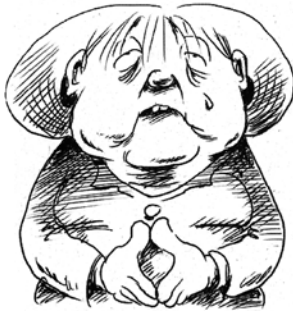
Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc..³ Spätestens bei den Förderanlagen wird's kriminell. Denn es sind nicht die einheimischen gemeint. Dass Wirtschaftskriege grundgesetzwidrig sind, darüber wird geflissentlich hinweg gesehen.

Zwar wird die Zahl der Bundeswehrsoldaten von 235.000 auf 170.000 bis 185.000 Soldaten abgebaut, die Truppe selbst soll jedoch schlagkräftiger werden. Den Minister geht es um die Kriegstüchtigkeit der SoldatInnen. De Maiziére: „Die Befähigung zum Kampf als höchster Anspruch an Personal, Material und Ausbildung muss [...] der Maßstab für die Einsatzbereitschaft sein – die Befähigung zum Kampf.“⁴

3 Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6.5.2008, 13 Seiten, Seite 6, http://www.cducsu.de/Titel__Themen_des_Tages/TabID__1/SubTabID__5/InhaltTypID__4/InhaltID__9735/Inhalte.aspx

4 Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6.5.2008, 13 Seiten, Seite 6, http://www.cducsu.de/Titel__Themen_des_Tages/TabID__1/SubTabID__5/InhaltTypID__4/InhaltID__9735/Inhalte.aspx

Überall in diesem armen, von
Dürre heimgesuchten Afrika
herrscht ein ungeheurer
großer Hunger...



... nach deutschen
Waffen !!



Man hilft, wo man kann!

Unter uns Bürgerinnen und Bürgern wird um Unterstützung für diesen Interventionkurs geworben. Wir Bürgerinnen und Bürger sollen uns zunehmend an das Töten und Sterben gewöhnen. Kriegseinsatz deutscher Soldaten zur Aufstandsbekämpfung überall auf der Erde und Kriegsführung im Interesse der Wirtschaft sollen wir als Normalität akzeptieren. Lehren aus der Geschichte: „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen!“ und: „Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab!“ sollen in Vergessenheit geraten.

Zur Umsetzung dieser aggressiven Außenpolitik sind kostspielige Waffensysteme bestellt worden, die den Bundeshaushalt belasten. Von Sparen kann – entgegen aller Ankündigungen – nicht die Rede sein. Die Ausgaben für das Militär werden von 2011 nach 2012 um 5 Prozent von 31,55 auf 33,15 Mrd. Euro steigen. Darin ist auch ein Anstieg der Mittel für Beschaffungen sowie für Forschung, Entwicklung und Erprobung um 140 Millionen Euro auf 6,36 Mrd. Euro zu verzeichnen. Der Rüstungskonzern Rheinmetall kommt zu folgender genug tuender Feststellung: „Insofern findet die Entwicklung sinkender Budgets in einigen westlichen Industriestaaten in Deutschland keine Entsprechung.“⁵

⁵ Rheinmetall AG, Halbjahresfinanzbericht, 1. Halbjahr 2011, 31 Seiten, S. 8 http://www.rheinmetall.de/de/media/editor_media/rheinmetallag/investorrelations/overview/interimreport/german_20/rheinmetall_q2_2011_1.pdf

Neben dem Inlandsgeschäft verdienen die deutschen Rüstungsfirmen vor allem im Ausland. Von den 16 Mrd. Euro Rüstungsumsatz gehen etwa 70 Prozent in den Export.⁶

Im vergangenen Jahrzehnt von 2006 bis 2010 ist Deutschland zum Exporteuropameister des Landes mit einem Weltmarktanteil von 10,6 Prozent geworden und belegt damit Platz drei in der Welt. Es exportierte in den letzten fünf Jahren laut SIPRI⁷ beinahe soviel Kriegsgerät wie Großbritannien und Frankreich zusammen. Im Vergleich zum Jahrzehnt davor (2001 bis 2005) haben die deutschen Rüstungskonzerne ihr Exportvolumen verdoppelt. Was bisher undenkbar schien, Kriegswaffen in Kriegsgebiete zudem noch in die Hände von Folterstaaten zu geben, geschieht. Die Rüstungskonzerne setzen alles daran, den Exportanteil noch weiter nach oben zu schrauben.

Die Rüstung dient dem Ausbau der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr zur Aufstandsbekämpfung weltweit und dem Rüstungsexport.

Bremer Rüstungsbetriebe

In Bremen befinden sich fünf Rüstungsbetriebe von bundesdeutschem, zum Teil europäischem, ja sogar weltpolitischem Rang. Das sind Atlas Elektronik (AE), EADS Airbus, Rheinmetall Defence Electronics (RDE), die Friedrich Lürssen Werft (FLW) und OHB. Bremen ist eine Rüstungshochburg. Darüber hinaus gibt es in der Stadt Bremen zahlreiche kleinere Betriebe, die rüstungsrelevante Erzeugnisse herstellen, die in dieser Studie jedoch nicht berücksichtigt sind.

Atlas Elektronik GmbH (AE)

*Sebaldsbrücker Heerstraße 235, 28309 Bremen
<http://www.atlas-elektronik.com>*

Die Atlas Elektronik GmbH (AE) ist vor allem bekannt als der „weltweit führende Elektronik-Ausstatter von U-Booten“⁸. AE stellt für nicht-nuklearbetriebene U-Boote Sonare und Führungs- und Waffeneinsatzsysteme (FÜWES) her und ist Weltmarktführer bei Minenjagdsystemen u.a. durch eine ganze „Familie“ von

6 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) abgelesen 28.9.2011, <http://www.bdi.eu/Sicherheits-und-Verteidigungsindustrie.htm>

7 http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

8 FAZ 16.9.2005



Unterwasserdrohnen zur Identifizierung und Zerstörung von Minen⁹. AE liefert für Überwasserkriegsschiffe ein Integriertes Einsatzführungs-, Einsatzunterstützungs- und Einsatzkontrollsystem. So auch für die neuen deutschen Fregatten F 125. AE zählt 28 Marinen zu seinen Kunden.

Im Werksteil Wedel/Holstein (125 Beschäftigte, Umsatz: 33,5 Mio. Euro, 100 Prozent Rüstung) werden vor allem Torpedos aller Art hergestellt. Inzwischen fahren mehr als 150 U-Boote in 17 Ländern mit über 1.700 Torpedos aus Wedel.¹⁰ Der Schwergewichtstorpedo Seehecht DM2A4 ist über Glasfaser 50 km weit mit einer Geschwindigkeit von 92 km/h lenkbar. Seine Einsatztiefe beträgt 300 m. „In Geschwindigkeit, Reichweite und Zuverlässigkeit setzt er weltweit den Maßstab.“¹¹ Er ist die Hauptwaffe der von Brennstoffzellen betriebenen deutschen U-Boote U-212. Sie können neben Überwasserschiffen auch U-Boote versenken. AE bietet den superschnellen Anti-Torpedo-Torpedo SeaSpider für kurze Bekämpfungsentfernungen an, der von U-Booten und Schiffen aus eingesetzt werden kann.¹²

9 <http://www.atlas-elektronik.com/index.php?id=1883>

10 Wehrtechnik in Schleswig-Holstein, Bericht des Arbeitskreises 2011, 56 Seiten, S. 16, http://www.deftec-sh.de/AKWT_JB2011.pdf

11 <http://www.atlas-elektronik.com/index.php?id=1926>

12 Strategie & Technik, Januar 2011, S. 42

AE steht vor der Erlaubnis Frankreichs, wichtige Bauteile des französischen Torpedotyps F21 herzustellen, mit denen französische Atom-U-Boote künftig bestückt werden sollen. Es handelt sich dabei um die Steuerung, Elektronik und Heckpartie dieses Schwergewichtstorpedos. Darüber hinaus plant die Bremer Rüstungsfirma ein Bündnis mit dem Schiffskonzerne DCNS, an dem der französische Staat 75 Prozent der Anteile hält. Dem Vernehmen nach wollen Atlas Elektronik und DCNS ein Gemeinschaftsunternehmen gründen, in dem neue Torpedos entwickelt und gebaut werden. Das neue Unternehmen soll 500 Mitarbeiter beschäftigen und einen Umsatz von 150 bis 200 Millionen Euro im Jahr erwirtschaften. An dem Gemeinschaftsunternehmen, das seinen Sitz in einem Benelux-Staat haben soll, wollen sich die Partner je zur Hälfte beteiligen.“¹³

Die Tochterfirma HAGENUK Marinekommunikation ist in Flintbek/Schleswig-Holstein (124 Mitarbeiter, Umsatz: 24,5 Mio. Euro, 100 Prozent Rüstung) ansässig. HAGENUK liefert u.a. Integrierte Fernmeldeanlagen für Schiffe, Hochfrequenzsender und -empfänger.

Die Firma Atlas Hydrographic in Bremen bietet Systemlösungen für die Vermessung von Meeresböden bis zu 11 km Tiefe mittels Echoloten.



AE bietet Überwachungssysteme für Schiffsverkehrswege, Seegebiete, Häfen und

¹³ FAZ 21.7.2011

komplette Küstenabschnitte. So lieferte AE ein Küstenüberwachungssystem an die Grenzpolizei Bulgariens. Das System deckt mit Hilfe von Radaren, Zielverfolgungs-, Signalverarbeitungs-, automatischen Informations-, Video-Überwachungs- und Fernmeldesystemen die gesamte bulgarische Küstenregion am Schwarzen Meer (350 km Länge) im Rahmen des Schengen-Abkommens der EU ab.¹⁴

Weitere Tochtergesellschaften von AE befinden sich in Australien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Malaysia, Süd-Korea und den USA. Darüber hinaus gibt es Beteiligungen an Firmen in Malaysia und Südafrika.

Seine Mitarbeiterzahl weltweit gibt AE mit 1.970 an, davon in Deutschland 1.600 und in Bremen 1.300.¹⁵ Weltweit macht die Atlas-Gruppe nach Werksangaben einen Umsatz von 440 Mio. Euro. Somit entfallen rechnerisch etwa 290 Mio. Euro Umsatz auf die Bremer Betriebsteile. Der Rüstungsanteil beträgt 90 Prozent¹⁶. Atlas gibt seinen Exportanteil mit „etwa 70 Prozent“ an. Mehr als 50 Prozent des Umsatzes wird mit U-Booten von HDW erzielt.

Atlas wird von ThyssenKrupp kontrolliert (Anteile ThyssenKrupp: 51 Prozent, EADS: 49 Prozent) und ist wichtiger Bestandteil des europäischen Marinesystemhauses des ThyssenKrupp-Konzerns. ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) stellt u.a. U-Boote (HDW in Kiel) und Fregatten sowie Korvetten (Blohm+Voss Naval in Hamburg) her.

EADS Airbus Bremen

Hünefeldstraße 5, 28199 Bremen

<http://www.eads.com>

Das Bremer Airbuswerk ist, so zu lesen auf dessen Homepage, „maßgeblich an der Entwicklung und Fertigung der A 400 M beteiligt.“ Hier in Bremen ist demnach „der deutsche Anteil des Programmmanagements für die A 400 M angesiedelt.“¹⁷

¹⁴ Strategie & Technik Juni 2011, S. 82

¹⁵ <http://www.atlas-elektronik.com/index.php?id=1876>

¹⁶ IG Metall Vorstand, Wirtschaft, Technologie Umwelt, Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext, 15.12.2010, Kurzreport, 38 Seiten, S. 34, im Weiteren: IG Metall Kurzreport, http://www.labournet.de/igm-akint.berlin/dokumente/dgb_kurzreport_perspektiven_militaerischer_schiffbaukapazitaeten-1.pdf

¹⁷ <http://www.eads.com/eads/germany/de/jobs-und-karriere/ausbildung-und-duales-studium/ausbildungsorte-der-eads/bremen-airbus.html>

In Bremen werden etwa 70 Prozent des Rumpfes aller Military-Airbusse montiert und mit allen flugwichtigen Systemen ausgestattet. „Das 32 Meter lange Rumpfssegment besteht aus vier einzelnen Sektoren. Sie kommen teils komplett oder als Rumpfschalen aus der Türkei, Südafrika, Lemwerder, Nordenham und Augsburg. In Bremen werden diese Bauteile dann in einer hochtechnologischen Nietanlage automatisch miteinander verbunden. In weiteren Arbeitsschritten wird der Rumpf ausgerüstet und ausgestattet. Zur Ausrüstung zählen z.B. sämtliche elektrischen Leitungen, die Hydraulik, Leitungen für Sauerstoff, Stickstoff und Wasser. Die Ausstattung umfasst das Frachtladesystem, den Fußboden, inklusive Rollen und Schienen, die Sitze, die sanitären Anlagen und auch die Kabinenverkleidungen mit Isolierung. In der 130 m langen und 80 m breiten A 400 M-Halle in Bremen wird an neun Taktstationen gleichzeitig gearbeitet. In der Serienproduktion wird nach jeweils acht Arbeitstagen ein komplett ausgerüsteter Rumpf mit integriertem Frachtladesystem für die Endmontage im spanischen Sevilla fertiggestellt. Dort wird dann die Cockpitsektion angebaut.“¹⁸ Auch die Landeklappen werden in Bremen gefertigt.

Nach der Herstellung von zunächst fünf Rümpfen wurde die Produktion im April 2008 gestoppt. Es gab unvorhergesehene Probleme mit den Antriebsmotoren. Zunächst sollten Probeflüge abgewartet werden¹⁹. Der Jungfernflug fand mit einer Verzögerung von etwa drei Jahren am 11.12.2009 statt. Nach der Herstellung des sechsten Prototyps wurde im November 2010 mit der Serienfertigung begonnen.

Inzwischen hinkt die Produktion etwa vier Jahre hinter der Planung hinterher. Der erste Military-Airbus für die Bundeswehr ist für November 2014 vorgesehen.²⁰ Es wird davon ausgegangen, dass die A 400 M „für logistische Zwecke nicht vor 2016 und für das operativ/taktische Einsatzspektrum unter Bedrohung nicht vor 2018 einsetzbar sein werden.“²¹

Vertragsverhandlungen der acht Nutznationen mit EADS haben dazu geführt, dass von zuletzt 180 doch nur 174 Bestellungen abgenommen werden. Deutschland erhält statt 60 nunmehr 53, will jedoch davon 13 an Drittstaaten weiterverkaufen, so dass im Dienst der Bundeswehr nur noch 40 A 400 M verbleiben sollen.

Zur Funktion der Airbusse A 400 M: Sie sind das Schlüsselprojekt für den sub-

¹⁸ Strategie & Technik August 2006, S. 26f

¹⁹ Der Spiegel, Nr. 46, 10.11.2008, S. 18

²⁰ FAZ 8.11.2010

²¹ Strategie & Technik Juni 2011, S. 46

strategischen Lufttransport der Bundeswehr. Die Turboprop-Maschinen sind so konstruiert, dass sie für Starts und Landungen mit weniger als 1 km langen Sand- oder Lehmplätzen auskommen. Mit 30 Tonnen Zuladung fliegen sie 4.500 km am Stück, leer sogar 8.700 km weit²². Sie sind „Kampfzonentransporter“. Ihre inneren Abmessungen lassen den Transport von z.B. zwei Kampfhubschraubern TIGER oder einem Transporthubschrauber NH-90 zu. Auch die neu bestellten Schützenpanzer PUMA lassen sich in den A 400 M transportieren. Sechs PUMA passen in fünf A 400 M. Das bedeutet, dass in einem A 400 M die Schutzverkleidungen aller fünf PUMA transportiert werden. Diese werden vor Ort wieder an die Schützenpanzer montiert. Aber auch 116 Soldaten mit Ausrüstung können ebenso transportiert werden wie acht Kleinpanzer WIESEL. Fallschirmspringer und Lasten können während des Fluges abgesetzt werden. Da zehn A 400 M für die Luftbetankbarkeit ausgelegt werden, sind mit diesen Maschinen noch weitreichendere Non-Stop-Flüge möglich.

Airbus gibt für Bremen eine Mitarbeiterzahl von 3.200 an. „1.300 Mitarbeiter (davon) sind ausschließlich in der Entwicklung und Fertigung des A 400 M eingesetzt. [...] Bis zu drei Maschinen sollen künftig pro Monat ausgeliefert werden.“²³ Das Bremer Werk wird schätzungsweise bis 2015/2016 mit der Produktion der A 400 M beschäftigt sein.

Angaben zum Wert der Produktion macht EADS Bremen nicht. Dieser lässt sich nur grob abschätzen. Als Grundlage kann der Gesamtumsatz der deutschen wehrtechnischen Luft- und Raumfahrtindustrie mit seinen 22.600 Mitarbeitern (2010) genommen werden. Ihr Rüstungsumsatz betrug 6,5 Milliarden Euro (2010)²⁴. Jede(r) MitarbeiterIn erwirtschaftete folglich einen Umsatz von 287.610 Euro p.a.. Daraus lässt sich ein jährlicher Rüstungsumsatz von EADS Bremen von 370 Millionen Euro abschätzen.

Rheinmetall Defence Electronics (RDE)

Brüggeweg 54, 28309 Bremen

<http://www.rheinmetall-defence.com/index.php?fid=371&lang=2>

Die Firma Rheinmetall Defence Electronics (RDE) gehört zur Rheinmetall AG Düsseldorf. Die Rheinmetall AG fußt auf zwei Säulen: Autozulieferung und Rüstung.

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Airbus_A400M

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Airbus_A400M

²⁴ Strategie & Technik Juni 2011, S. 85

Die Rüstungssparte nennt sich Rheinmetall Defence²⁵. Rheinmetall Defence ist ein weltweit agierendes Systemhaus für die Ausrüstung von Landstreitkräften. Die Rüstungsabteilung verfügt außer in Deutschland über Standorte in 15 Ländern. Hierzulande hat Rheinmetall Defence 37 Firmen in 19 Orten. 66 Prozent des Umsatzes tätigt Rheinmetall Defence im Ausland. Rheinmetall Defence ist in folgende sieben Geschäftsbereiche untergliedert: Fahrzeugsysteme, Waffe und Munition, Antriebe, Flugabwehr, Verteidigungselektronik, Elektrooptik sowie Simulation und Ausbildung. Die Bereiche Verteidigungselektronik sowie Simulation und Ausbildung sind in Bremen angesiedelt. Die Bremer Abteilung Rheinmetall Defence Electronics (RDE) hat rund 1.200 Mitarbeiter²⁶, die 2010 einen Umsatz von 412 Mio. Euro²⁷ erwirtschafteten. Das Produktspektrum von RDE in Bremen ist sehr vielfältig und umfasst die sechs Bereiche Aufklärung und Feuerleitung, Führung, Flug-, Land-, sowie Maritime- und Prozesssimulation sowie Flugsysteme²⁸. Drei Rüstungsprojekte sind davon für die Ausrüstung zur Interventionsfähigkeit der Bundeswehr von besonderem Interesse: Die Drohnen KZO, das Großprojekt „Infanterist der Zukunft - Erweitertes System“ (IdZ-ES), die Drohne HERON 1.

► Kleinfluggerät Zielortung KZO

Die Drohne „Kleinfluggerät Zielortung“, abgekürzt KZO, klingt harmlos, ist es aber ganz und gar nicht. KZO ist Bestandteil der Artillerie und dient der Entdeckung, Identifizierung und genauen Lokalisierung von feststehenden und beweglichen Zielen. KZO wird auf Suchflugpfade programmiert, kann aber auch gelenkt werden und kann in Echtzeit mit Wärmebildkamera und mit Radar erzeugte präzise Bilder Tag und Nacht aus bis zu einer Entfernung von 100 km senden. Die Bundeswehr hat 60 KZO für 339 Mio. Euro bei RDE gekauft. Seit Juli 2009 sind KZO in Kunduz/Afghanistan im Einsatz. Sie dienen nicht nur der Aufklärung, sondern un-

25 Insgesamt setzte die Rheinmetall AG 2010 3,989 Mrd. Euro um. Dazu trugen die rund 9.000 MitarbeiterInnen des Defence-Bereichs 2,007 Mrd. Euro bei. http://www.rheinmetall.de/de/rheinmetall_ag/group/facts_and_figures/facts-and-figures.php

26 <https://ig1.i-grasp.com/docs/images/622/12/46/details.html?id=QYIFKo26203F3VBQB7V68V7G6&nPostingID=330&nPostingTargetID=1284&mask=rkinternet&l=DE>, abgelesen

27 Rheinmetall AG, Geschäftsbericht 2010, 152 Seiten, S. 23, http://www.rheinmetall.de/de/media/editor_media/rheinmetallag/group/factsandfigures/RhAG_GB_2010.pdf

28 RDE hat eine Niederlassung in Ismaning. Zu RDE zählt zudem die Firma Cargo Loading System / In Service Support in Bremen, Flughafenstraße 15. Im Juli 2005 erhielt RDE den Auftrag, für sämtliche Military Airbusse A 400 M die Frachtraumelektronik zu liefern. Sie dient dem Lademeister zur sicheren und effektiven Beladung und Entladung des Transportflugzeugs. Über die Lademeisterstation wird beispielsweise eine der Hauptaufgaben des A 400 M, das Absetzen von Transportgut aus der Luft, gesteuert.

terstützen auch die Heranführung eigener Truppen an den Feind, dienen also der aktiven Kriegführung. Beleg: Die FAZ berichtete am 5. September 2009 über einen KZO-Einsatz nach der Entführung der beiden Tanklastzüge bei Kunduz: „Ein unbemanntes Flugzeug der Bundeswehr vom Typ KZO verfolgte nach Informationen dieser Zeitung die Entführer mit Infrarotkameras. Später übernahm eine andere Drohne die Zielbeobachtung.“²⁹ Zur Bekämpfung von durch KZO ausgekundschaftete Ziele können auch die in Kundus stationierten Panzerhaubitzen 2000 eingesetzt werden (Reichweite bis zu 40 km). Bei Rheinmetall Defence Electronics setzt man künftig jedoch sehr stark auf eine Kombination zweier bereits existierender Systeme aus der Luft, um Bodenziele zu zerstören. Das WABEP (Wirkmittel zur abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen) genannte System kombiniert KZO mit der israelischen Kamikaze-Kampfdrohne HAROP. Bedenken zum Einsatz von Kampfdrohnen formulierte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: „Schätzungen besagen, dass auf jeden getöteten Terroristen mindestens zehn tote Zivilisten kommen. Der fast immer einkalkulierte Tod von Unbeteiligten gehört zu den großen Problemen beim Einsatz der neuen Technologie.“³⁰

RDE geht davon aus, dass KZO bis zum Jahr 2020 einsatzfähig bleibt. KZO steht im Zusammenhang mit dem System

► **Infanterist der Zukunft – Erweitertes System (IdZ-ES)**

Um die Bedeutung des Systems „Infanterist der Zukunft-Erweitertes System“ zu erfassen, ist ein kurzer Exkurs in die Aufstandsbekämpfung als vorrangiges Einsatzszenario der Bundeswehr notwendig.³¹ Die Infanteristen der Bundeswehr werden seit langem im Häuser-, Straßen- und Stadtkampf ausgebildet. Gelehrt wird Aufstandsbekämpfung in besetzten Ländern. Dem System „Infanterist der Zukunft“ wird in diesen Kampfeinsätzen künftig eine Schlüsselfunktion zuge-dacht. Die Bundeswehr verfügt über etwa 11.000 Infanteristen. Sie sind in 15 Bataillonen zusammengefasst. Das sind Fallschirmjäger, Gebirgsjäger, Panzergrenadiere und ein Infanterieregiment.

2006 erhielt Rheinmetall Defence Electronics den Auftrag als gesamtverantwortliche Firma ein technisches Gesamtkonzept zu entwickeln, um die Infanteriegruppe in das System der „Vernetzten Operationsführung“ einzubinden. Das heißt, aus dem Basissystem IdZ ein innovatives Erweitertes System (IdZ-ES) zu machen.

²⁹ FAZ 5.9.2009

³⁰ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 18.7.2010

³¹ Vgl. Lühr Henken, Hightech-Aufstandsbekämpfung mit Infanteristen, Wissenschaft & Frieden 1/2011, <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1673>

Was ist „Vernetzte Operationsführung“? Sie wird in der Bundeswehr als „Kern-element ihrer Transformation“³² begriffen. Diejenigen Bundeswehrsoldaten, die in den Schnellen Eingreifkräften der NATO und der EU eingesetzt werden, sollen künftig der „Vernetzten Operationsführung“ unterliegen. „Vernetzte Operationsführung“ bedeutet, so ist im Weißbuch zu lesen, man schafft „einen alle Führungsebenen übergreifenden und interoperablen Informations- und Kommunikationsverbund. Dieser verbindet alle relevanten Personen, Truppenteile, Einrichtungen, Aufklärungs- und Waffensysteme.“³³ Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass jeder auf seinem Display gleichzeitig dasselbe Lagebild hat. „Auf seinem Helmdisplay erhält der Soldat alle für ihn relevanten Daten zur taktischen Lage, zur Position eigener Kräfte, zum Auftrag und zum Systemstatus.“³⁴ Der Zweck der Sache: Die Beschleunigung der Entscheidungsfindung, was den entscheidenden Vorteil im Krieg bringen soll. Umgesetzt werden soll das insbesondere mit einem System von unbemannten Flugkörpern (Unmanned Aerial Vehicle, UAV, Drohnen), die für die Aufklärung eingesetzt werden. Die Infanteriegruppe, bestehend aus jeweils zehn Soldaten, soll mit eigens neu dafür hergestellten Schützenpanzern PUMA und Gepanzerten Transportkraftfahrzeugen (GTK) BOXER eingesetzt werden.

Insbesondere vom Verbund mit der Drohne KZO erwartet man sich bei RDE Wunder bezüglich der Anbindung des IdZ-ES an die „Vernetzte Operationsführung“. Das KZO, als fliegendes Auge über dem Gefechtsfeld soll künftig auch Videolivbilder von überflogenem Gebiet übertragen. Bilder können sowohl der IdZ-ES-Truppe als auch jeder Führungszentrale live zugänglich gemacht werden, und das KZO wäre durch die Infanteriegruppe selbst steuerbar. Dazu kommt die oben beschriebene Verkopplung mit Kampfdrohnen. Das ist die als machbar bezeichnete Zukunftsvision von RDE.

Bis 2014 – so die Planung – sollen 8070 Bundeswehrsoldaten mit dem IdZ-ES ausgerüstet werden. „Die ersten Erweiterten Systeme sollen 2012 für die Truppe im Einsatz verfügbar sein.“³⁵

► Drohne HERON 1

Speziell für den Einsatz in Afghanistan hat die Bundeswehr von einem Konsor-

32 Weißbuch S. 92

33 Weißbuch S. 92

34 Das Profil 1/2010, Konzern-Zeitung der Rheinmetall AG, 15 Seiten, S. 11

35 Strategie & Technik November 2010, S. 23

tium bestehend aus RDE und Israel Aerospace Industries (IAI) drei Drohnen des Typs HERON 1 geleast. RDE ist in Masar-e Sharif für die „komplette



technische und logistische Betreuung“ von HERON 1 verantwortlich, um „mit firmeneigenem Personal die Verfügbarkeit des Gesamtsystems rund um die Uhr sicherzustellen.“³⁶ Etwa 20 Rheinmetall-Mitarbeiter sind dafür ständig vor Ort. Seit August 2010 liefert HERON 1 Echtzeitaufnahmen – nicht nur Fotos, sondern auch Videos - im Infrarotbereich, seit Januar 2011 aber auch mittels Radar. „Die Sensoren der HERON übermitteln Details in der Größenordnung von zehn Zentimetern. Bei Tag und Nacht. Damit soll es möglich sein, zu erkennen, ob es sich beim Ziel um einen Mann, eine Frau oder ein Kind handelt. Mit genügend Erfahrung, so ein israelischer Ausbilder, lässt sich sogar die Farbe eines Hemdes erkennen. Die Sensoren melden allerdings nicht, ob in dem Hemd ein Terrorist oder ein Zivilist steckt. Die Entscheidung darüber, was auf den Bildern zu sehen ist, kann die Maschine dem Menschen bis heute nicht abnehmen.“³⁷ Das Radar hat bei optimalen Wetterbedingungen eine Reichweite von 60 km. Die Reichweite der Drohne beträgt 400 km. Flugzeiten von mehr als 24 Stunden sind möglich, bei überlappendem Einsatz von mindestens zwei HERON 1 kann ein Einsatzraum bis

³⁶ Ulrich Rapreger, HERON 1 für den Einsatz in Afghanistan, in: Strategie & Technik, März 2010, S. 47 bis 51, S. 48

³⁷ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 18.7.2010

zu 72 Stunden überwacht werden. Dabei dienen die Drohnen „auch als Relaisstation für den Sprechfunk. Somit kann der Empfänger der Bilddaten, zum Beispiel der eingesetzte Führer der Kräfte am Boden, direkt mit dem Bedienpersonal des HERON 1 in Mazar-e Sharif kommunizieren und die Kameras so ausrichten lassen, dass sie genau die gewünschte Information zur gewünschten Zeit liefern.“³⁸ Nicht nur die Aufklärung und Nachrichtengewinnung werden verbessert, sondern HERON 1 verfügt zudem über einen Laser-Pointer, mit dem sich Ziele markieren lassen, die dann durch z. B. Bombenflugzeuge angegriffen werden können. HERON 1 dient also insbesondere der Verstärkung der Kriegsführungsfähigkeit in Afghanistan.

Der Leasing-Vertrag läuft bis zum 31.10.2012. „Eine Verlängerung um weitere zwei Jahre gilt jedoch als wahrscheinlich, da die Beschaffung eines eigenen UAV, um die als Zwischenlösung bezeichnete HERON zu ersetzen, bis dahin zeitlich nicht mehr möglich sein wird.“³⁹ RDE strebt an, anschließend die leistungsfähigere israelische Drohne HERON TP, ebenfalls von IAI, der Bundeswehr anzubieten.

Friedrich Lürssen Werft (FLW)

Am Alten Speicher 11, 28759 Bremen-Vegesack
<http://www.lurssen.com>

Die Friedrich Lürssen Werft an der Lesummündung besteht seit 1875 und gilt als Wiege der deutschen Schnellboote. Lürssen baute für die Kaiserliche Marine Torpedo-Schnellboote und für den Hitler-Faschismus in den Jahren 1939 bis 1945 mehr als 200 Schnellboote mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 45 Knoten (kn). Nach eigenen Angaben hat FLW seit 1957 mehr als 187 Schnellboote, 20 Korvetten, 3 Fregatten, 17 Minensucher und Minenjäger und 14 Versorgungsschiffe hergestellt.⁴⁰ „Lürssen hat mehr Schiffe, der unterschiedlichsten Art, an mehr unterschiedliche Länder geliefert als jeder seiner Mitbewerber.“⁴¹

Rund 50 Prozent des Umsatzes wird mit Luxusjachten für die Milliardäre dieser Welt gemacht. FLW ist Weltmarktführer bei Megayachten mit einer Länge über 65

³⁸ Strategie & Technik Februar 2011, S. 39

³⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/IAI_Heron

⁴⁰ <http://www.lurssen.com/flash.html>

⁴¹ <http://www.lurssen.com/flash.html> (die Weltflotte)

m. Allein drei der zehn größten Yachten hat Lürssen gebaut.⁴²



Die Lürssen-Gruppe hat 1.400 MitarbeiterInnen und beschäftigt darüber hinaus ca. 250 Leiharbeiter.⁴³ Der Familienbetrieb – in der vierten Generation – wird von den beiden Vettern Friedrich und Peter Lürßen geleitet und hat sich „durch die Akquisition kleinerer Wertstandorte und Anlagen als Nummer zwei im deutschen Marineschiffbau etablieren können.“⁴⁴ Der Anteil des Militärischen am Umsatz wird auf 50 Prozent geschätzt⁴⁵ Der Firmensitz der Lürssen-Gruppe ist Bremen. Hier wurde der Marineschiffbau der Vulkanwerft in Vegesack integriert. In Vegesack sind etwa 480 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Die Lürssen-Gruppe hat Werksteile in Lemwerder (ca. 330 Beschäftigte / Megayachten, Marineschiffbau), Berne-Bardenfleth (ca. 90 Beschäftigte / Seenotrettungskreuzer, SAR-Schiffe, Behörden-, Spezial- und Forschungsschiffe, kleine Yachten) und Wilhelmshaven (ca. 120 Beschäftigte / Reparaturen für die deutsche Marine).

42 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 17.7.2011. Es handelt sich um die Al Said, 155 m, Eigner Sultan von Oman (3.), Al Salamah, 139m, Kronprinz Abdul Aziz von Saudi-Arabien (7.), Rising Sun, Eigner: D. Geffem, USA, 138m, (8.)

43 IG Metall Kurzreport, S. 18

44 IG Metall Kurzreport, S. 18

45 IG Metall Kurzreport, S. 18

Seit den 80er Jahren gehört die Kröger-Werft in Schacht-Audorf bei Rendsburg zur Lürssen-Gruppe (ca. 320 Beschäftigte / Marineversorger, Forschungs- und Spezialschiffe, Megayachten). Dazu kommt die Division Lürssen Logistik für den Service in Bremen mit ca. 55 Beschäftigten.⁴⁶ Darüber hinaus ist Lürssen mit 20 Prozent an der MTG Marinetechnik GmbH in Hamburg beteiligt⁴⁷ und hat 1969 in Butterworth Penang/Malaysia eine Schiffswerft aufgebaut, die heute im Gemeinschaftsunternehmen Hong-Leong Lürssen Shipyard vor allem Reparaturen von Schiffen aller Art ausführt.

Die Privatwerft „hat zuletzt einen Umsatz von rund 700 Millionen Euro erzielt,“ schreibt die FAZ im September 2011⁴⁸. Dass der Rüstungsanteil bei Lürssen nicht unbedeutend sein kann, zeigt sich auch darin, dass Friedrich Lürßen Präsident des Bundesverband(es) der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) ist. Weitere Vorstandsmitglieder dieses etwa 80 Rüstungsfirmen umfassenden Lobbyverbandes sind die Chefs von Diehl Defence, EADS Cassidian, ESG, Krauss Maffei Wegmann, Rheinmetall Defence und TKMS.⁴⁹

Diese herausragende Position einem Werftbetrieb zuzuerkennen, ist der wachsenden Rolle der Marine für die Bundeswehr geschuldet. Warum, das lässt sich aus einer Erklärung des Marineinspektors Nolting herauslesen: „Die See wird zu einem Wirkraum, der nicht mehr durch die unmittelbare Küstenlinie selbst begrenzt wird, sondern weit darüber hinaus ins Hinterland reicht, um so die Unterstützung von Landoperationen zu ermöglichen.“ Also: Landkrieg von See aus. Dazu der Marineinspekteur weiter: „Über den möglichen Schutz ziviler Schifffahrt in gefährdeten Regionen hinaus, müssen wir die Weltmeere auch als größtes militärisches Aufmarsch- und Operationsgebiet begreifen. Nach Schätzung von Experten werden 2020 über 75 Prozent der Weltbevölkerung innerhalb eines nur 60 km breiten Küstenstreifens leben. Wir reagieren auf diesen Umstand, indem wir unsere Marine aktuell zu einer ‚Expeditionary Navy‘ weiterentwickeln. Wir müssen Fähigkeiten entwickeln, die uns künftig die Teilhabe an teilstreitkraftgemeinsamen und multinationalen Szenarien bis in entfernte Randmeerregionen ermöglichen.“⁵⁰ Die Globalstrategie der deutschen Marine konzentriert sich also auf fremde Küstengewässer und auf das Land dahinter.

46 IG Metall Kurzreport, S. 18

47 <http://www.mtg-marinetechnik.de/index.php/de/>

48 FAZ 16.9.2011

49 http://www.bdsv.eu/de/Ueber_uns/Vorstand.htm

50 Wolfgang Nolting, Die Marine im Einsatz, Strategie & Technik April 2007, S. 10 bis 14 http://www.strategie-und-technik.de/04-07/insp_mar.pdf

In der von Verteidigungsminister de Maizière erlassenen Grobstruktur der neuen Bundeswehrreform spiegelt sich die relativ gewachsene Rolle der Marine insofern wider, als dass sie den geringsten Personalabbau zu verzeichnen hat. Während die anderen Teilstreitkräfte künftig mit bis zu 37 Prozent weniger Soldatinnen auskommen müssen, sind es bei der Marine nur 15 Prozent.

Es steht nicht mehr Küstenverteidigung im Vordergrund, sondern die weltweite Angriffsfähigkeit. Dass dies nicht nur blanke Theorie oder Zukunftsmusik ist, zeigt sich spätestens am Bau neuartiger Korvetten.

► **Korvetten**

Über sie steht im offiziellen Weißbuch: „Mit den Korvetten K 130 verbessert die Marine künftig ihre Durchsetzungs- und Durchhaltefähigkeit. Diese Eingreifkräfte der Marine werden zur präzisen Bekämpfung von Landzielen befähigt sein und damit streitkräftegemeinsame Operationen von See unterstützen.“⁵¹

Fünf Korvetten wurden bisher von der Arbeitsgemeinschaft Korvette K 130, die aus TKMS und Lürssen besteht, hergestellt. Lürssen hat sämtliche fünf Achterschiffe gebaut und zwei Schiffe wurden sogar hier in Bremen getauft. Die Korvetten haben Tarnkappeneigenschaften und sind jeweils mit vier Marschflugkörpern bestückt, die aus über 200 Kilometer Entfernung auch an Land treffen können. Sie können in Salven verschossen werden, sind extrem störsicher und ermöglichen der deutschen Marine damit sogar Überraschungsangriffe. Allerdings haben Konstruktionsfehler dazu geführt, dass sämtliche Schiffsgetriebe ausgetauscht werden müssen. Und nun traten bei Erprobungsfahrten zusätzlich Probleme bei den Kupplungen auf. Die Folge: das Korvettengeschwader wird erst 2014 einsatzfähig sein.⁵² Das wären sieben Jahre nach dem ursprünglichen Plan.

Projektiert sind schon sechs weitere Korvetten des Typs K 131, die für den weltweiten Einsatz und hafenenunabhängige Stehzeiten von zwei Jahren ausgelegt sind. Wenn dafür Geld zur Verfügung steht, ist mit dem Zulauf ab 2019 zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass wieder Lürssen am Bau beteiligt wird.

► **Fregatten**

Der Bundestag hat vier neue Fregatten des Typs F 125 in Auftrag gegeben, die mit je zwei Bordhubschraubern ausgerüstet u.a. auch für die weltweite Bekämpfung der Piraterie einsetzbar sein sollen. Die Fregatten werden von der Arbeitsgemein-

⁵¹ Weißbuch, S. 124

⁵² <http://www.presseportal.de/print.htx?nr=2065764>

schaft F 125 gebaut, die aus TKMS und Lürssen besteht. TKMS hat die Federführung und trägt 80 Prozent des Volumens.⁵³ FLW wird die Vorschiffe der 150 m langen Fregatten fertigen (20 Prozent).⁵⁴



Die Fregatten des Typs 125 sind mit einer Einsatzverdrängung von 7.200 Tonnen die größte Fregattenklasse der Welt und aufgrund ihrer Größe und Rolle eigentlich im Bereich der Zerstörer anzusiedeln.⁵⁵ Komplet neu an diesen Fregatten für die deutsche Marine ist ihr Antriebssystem, das einen ununterbrochenen Aufenthalt von bis zu 24 Monaten (bisher bis zu 9 Monaten) auf See ermöglicht. Die F 125 lösen die acht Fregatten der Klasse F 122 ab, die mit einer Verdrängung von knapp 4.000 Tonnen wesentlich kleiner sind. Die F 125 haben Tarnkappeneigenschaften und sind auf Multifunktionalität ausgelegt. So werden außenbords vier eigens konstruierte Speed-Boote angebracht, mit denen bis zu 50 Spezialkräfte (Kampfschwimmer, Boardingsteams) von Bord gelassen werden können, um an Land zu gehen oder Schiffe zu entern. Über eine weitere Funktion der F 125 schrieb Marineinspekteur Nolting: „Eine Stärke liegt dabei in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See zu unterstützen.“⁵⁶ Also: Beschuss von See aus an Land. Als Bewaffnung wurde dafür speziell ein

53 Auch die Peenewerft in Wolgast ist am Projekt F 125 beteiligt.

54 Strategie & Technik Oktober 2010, S. 44

55 http://en.wikipedia.org/wiki/F125_class_frigate

56 Strategie & Technik April 2007, S. 14

Geschütz mit einer Reichweite von bis zu 23 km ausgewählt, dessen Reichweite auf bis 100 km ausbaufähig ist (Vulcano-Munition)⁵⁷. Darüber hinaus können von den F 125 aus Landoperationen geführt werden. Am 9. Mai 2011 war bei Blohm + Voss Naval Fertigungsbeginn der ersten Fregatte. Die BADEN-WÜRTTEMBERG wird im März 2016 abgeliefert.⁵⁸ Die drei weiteren Fregatten sollen bis Dezember 2018 folgen. Der Stückpreis liegt bei 707 Mio. Euro⁵⁹.

► Einsatzgruppenversorger

Die Krögerwerft in Schacht-Audorf bei Rendsburg hat gemeinsam mit der Flensburger Schiffbau Gesellschaft (FSG) die beiden Einsatzgruppenversorger (EGV) BERLIN und FRANKFURT AM MAIN gebaut. Die EGV sind mit 20.000 t die größten deutschen Marineschiffe nach 1945. Ihr Einsatz erhöht die landungebundene Stehzeit der Einsatzgruppe von 21 auf 45 Tage, so dass Dauer und Reichweite der Einsätze buchstäblich weltweit ausgedehnt werden können. Im Dezember 2008 gab der Bundestag grünes Licht für den 3. EGV. An der ARGE EGV sind neben Lürssen die Peene-Werft Wolgast (Schiffsrumpf), die FSG (Decksbau) und die zu TKMS gehörende Emden Werft- und Dockbetriebe (Endausrüstung) beteiligt. Lürssen hat „die Projektleitung des Konsortiums ARGE EGV und erbringt die gesamten logistischen Leistungen.“⁶⁰ Der EGV BONN soll am 28.9.2012 an die Bundeswehr übergeben werden. Sein Preis: 347 Mio. Euro⁶¹.

► Export

Nachdem im März 2009 eine Regierungsdelegation aus Angola bei Lürssen weilte, erteilte die Bundesregierung eine Genehmigung für den Export von drei Marineschiffen. Das Interesse Angolas ist jedoch größer. Während des Besuches von Kanzlerin Merkel in Angola im Juli 2011 wurde bekannt, dass Angola beabsichtige, sechs bis acht Patrouillenboote zu kaufen. Laut Aussagen des mitgereisten Friedrich Lürßen handelt es sich um zwischen 28 und 41 Meter lange Boote. Ihr Stückpreis wurde mit 10 bis 25 Millionen Euro angegeben. Diese Wertangaben sind zu bezweifeln. Lürssen hatte 2010 vier je 41 m lange Patrouillenboote

57 [http://de.wikipedia.org/wiki/Vulcano_\(Munition\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Vulcano_(Munition)), <http://www.bild.de/regional/hamburg/fregatte/hamburg-baut-erste-anti-terror-fregatte-17821396.bild.html>, (10.5.2011)

58 Strategie & Technik Juni 2011, S. 70

59 Griephan-Briefe Nr. 26/09 vom 22. Juni 2009, S. 2

60 http://www.europaeische-sicherheit.de/Ausgaben/2011/08_2011/03_Vogt/2011,08,03.html

61 http://www.fk-egv-bonn.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=7&Itemid=4

(FPB 41) an Brunei geliefert, dessen Wert im Rüstungsexportbericht 2009⁶² mit 417.936.120 Euro angegeben wird. Das ergibt einen Stückpreis von rund 104,5 Millionen Euro. Übertragen auf den Deal mit Angola würde sich eine Summe ergeben, von der bereits 2009 berichtet wurde: 800 Millionen Dollar.⁶³

Lürßen berichtete, die Kriegsschiffe seien „in der Regel‘ leicht bewaffnete Boote, die sich für Küstenpatrouillen, aber auch zur Bewachung aller Arten von Offshore-Anlagen eignen.“⁶⁴ Ein Blick auf Lürssens Angebotspalette zeigt jedoch, dass dem Schnellboot FPB 38 (38,5 Meter lang) für seine Primäraufgabe Seezielbekämpfung „verschiedene Waffen zur Verfügung stehen“ und es durchaus zur Flugkörperabwehr und zur Elektronischen Kampfführung und zum Minenlegen befähigt ist.⁶⁵ Angola fördert mit riesigen Offshore-Bohrinseln, die meist in der Hand US-amerikanischer Ölkonzerne sind, täglich 1,6 Millionen Barrel Rohöl. Hauptabnehmer sind die USA und China. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) weist auf die Brisanz dieser Patrouillenboote hin. „Da sich zahlreiche Ölvorkommen vor der Küste der angolanischen Exklave Cabinda befinden, welche von Kongo und der Demokratischen Republik Kongo umgeben ist, sind die Territorialgewässer in dieser Gegend stark umstritten.“⁶⁶ Zudem wird in diesem Artikel angeführt, dass Angola, „nach Einschätzung des deutschen Auswärtigen Amtes ein Land (ist), in dem es um die Menschenrechte schlecht bestellt ist. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International 2010 rangiert das im Ölgeld förmlich schwimmende Angola auf Rang 168. [...] Menschenrechtsorganisationen beklagen Polizeiwillkür und Folter.“⁶⁷ Bisher wurde eine Absichtserklärung über das Rüstungsgeschäft noch nicht unterzeichnet⁶⁸. Falls es dennoch eines Tages zu diesem Deal kommen sollte, widerspricht es den Grundsätzen der deutschen Rüstungsexportrichtlinien, nachdem der Menschenrechtslage im Empfängerland eine besondere Bedeutung beigemessen wird.

Ein aktueller Lürssen-Kunde ist das Sultanat Brunei Darussalam. Der an der Nordküste der Insel Borneo gelegene, von Malaysia umgebende Kleinstaat verfügt

62 Bmwi, Rüstungsexportbericht 2009, 140 Seiten, S. 33, <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/ruestungsexportbericht-2009,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

63 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57579>, 17.7.2009,

64 Neue Zürcher Zeitung 16.7.2011

65 <http://www.lurssen.com/flash.html>

66 NZZ 16.7.2011

67 NZZ 16.7.2011 (Platz 168 von 178 Staaten), http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

68 FAZ 15.7.2011

über Erdgas- und Erdölvorkommen im Offshorebereich und sieht sich in einem Territorialkonflikt im Süd-Chinesischen Meer mit China, den Philippinen, Vietnam und Malaysia verstrickt. Hier werden umfangreiche Öl- und Gasvorkommen vermutet. Das Sultanat wird seit 600 Jahren von ein und derselben Dynastie regiert. Seit 1962 gilt der Ausnahmezustand. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) führt eine umfangreiche Liste von Menschenrechtsverletzungen⁶⁹ auf. Berichte gibt es über die Unmöglichkeit der Bevölkerung, auf friedlichem Wege die Regierung zu ändern, über willkürliche Verhaftungen, die Einschränkung der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, über Frauendiskriminierung, eingeschränktes Arbeitsrecht und über die Ausbeutung ausländischer ArbeiterInnen.

Nach den oben erwähnten vier Patrouillenbooten wickelt Lürssen ein weiteres Geschäft mit dem Sultan von Brunei ab. Seit Herbst 2010 werden drei je 81 m lange Korvetten (OVP-80) nach Brunei geliefert. Die letzte soll im Dezember 2011 dort ankommen. Sie verfügen über ein Hubschrauberlandedeck und sind mit Exocet MM-40 Lenkflugkörpern⁷⁰ gegen Seeziele bestückt, für die Reichweiten von 70 bis 180 km angegeben werden⁷¹.

FLW bietet als Zukunftsmodell eine „Multi-Role-Light-Frigate“ an. „Futuristisch im Aussehen, aber mit realer technischer Umsetzungsperspektive soll der 105-m-Entwurf aufzeigen, wie mit neuer Technik und mit neuen Ideen die Zukunft aussieht. Schiff-Schiff- und Schiff-Luft-Flugkörper sind einrüstbar, ebenso Rohr- und U-Jagd Waffen. Für die Einschiffung eines Hubschraubers sind Landedeck und Hangar vorhanden. Der stealthgerechte Entwurf verdrängt 2.800 t und ist 28 kn schnell.“⁷²

Die Zukunftsorientierung der Lürssen-Gruppe zeigte sich für viele überraschend auch im Einstieg in den Bieterwettbewerb um den deutschen Branchenprimus Blohm+Voss. Während die Offerte von der Weser von TKMS und der Belegschaft geradezu brüsk zurückgewiesen wurde, sieht Friedrich Lürßen Blohm+Voss als „natürlichen Partner von Lürssen“⁷³

69 <http://www.unhcr.org/refworld/country,,,BRN,,4b9e530d7d,o.html>

70 <http://articles.janes.com/articles/Janes-Naval-Construction-and-Retrofit-Markets/Brunei-Brunei.html>

71 <http://en.wikipedia.org/wiki/Exocet>

72 Stealth bedeutet Tarnkappenbauweise, Strategie& Technik August 2011, S.65

73 Hamburger Abendblatt 22.9.2011, <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article2035379/Luerssen-verteidigt-sein-Konzept-fuer-Blohm-Voss.html>

OHB AG

*Ferdinand-Braun-Straße 8, 28359 Bremen
<http://www.ohb.de>*

Die Firma Orbitale Hochtechnologie Bremen (OHB) im Technologiepark bei der Universität ist ein in der Raum- und Luftfahrt tätiges mittelständisches Unternehmen - die Nummer drei in Europa. In ihren beiden Geschäftsfeldern „Space Systems“ und „Aerospace + Industrial Products“ sind mehr als 2.200 MitarbeiterInnen beschäftigt.

OHB ist ein extrem expandierendes Unternehmen. Es steigerte seinen Umsatz von 2001 nach 2010 von 15 Mio. auf über 453 Mio. Euro⁷⁴. „Für das laufende Jahr (2011) erwartet der (Vorstandsvorsitzende) Fuchs neue Rekorde. Die Gesamtleistung werde auf 600 Millionen Euro klettern.“⁷⁵

In Bremen sind nach Werksabgaben rund 450 Wissenschaftler und Ingenieure beschäftigt, die rund 200 Millionen Euro zum Umsatz des Jahres 2010 beigetragen haben.⁷⁶



⁷⁴ <https://www.ohb-system.de/kurzprofil.html>

⁷⁵ FAZ 17.3.2011

⁷⁶ <https://www.ohb-system.de/kurzprofil.html>

Im Werksteil „OHB System AG in Bremen entstehen erdnahe und geostationäre Kleinsatelliten für Navigation, Kommunikation, Wissenschaft und Erdbeobachtung. Zur Bemannten Raumfahrt gehören die Mitarbeit beim Aufbau und Ausstattung der Internationalen Raumstation ISS, dem Forschungslabor Columbus und dem Raumfrachter ATV. [...] Aufklärungssatelliten und breitbandige Funkübertragung von Bildaufklärungsdaten sind Kerntechnologien für Sicherheit und Aufklärung.“⁷⁷ heißt es im werkseigenen Kurzprofil.

Zumindest hinter den Begriffen Navigation, Erdbeobachtung und Aufklärung verbergen sich handfeste Militäraufträge.

Von 2001 bis 2008 war OHB Hauptauftragnehmer für das erste Radarsatellitensystem (SAR Lupe) für die Bundeswehr und OHB gewann 2010 den Wettbewerb um die Herstellung von 14 Satelliten des militärisch nutzbaren Navigationssatellitensystem GALILEO für die EU.

► SAR-Lupe

SAR-Lupe basiert auf der Radartechnik und erlaubt eine nationale, vom Wetter und von der Tageszeit unabhängige präzise Erdbeobachtung weltweit. Objekte der Größe eines halben Meters sind weltweit identifizierbar. Zwischen Bestellung und Lieferung von Bilddaten liegen meistens 19 Stunden.⁷⁸ Über die außerordentliche Bedeutung von SAR Lupe sagte der stellvertretende Generalinspekteur Vizeadmiral Wolfram Kühn: „Militärpolitisch bringt uns das in der satellitengestützten Aufklärung auf Augenhöhe mit anderen Staaten, im Radarbereich sogar in eine Spitzenposition“⁷⁹ Deutschland wird damit zum Global Player. Die fünf baugleichen Radarsatelliten umkreisen die Erde in etwa 500 km Höhe und liefern Bilder an die ebenfalls unter der Regie von OHB in Gelsdorf bei Bonn errichtete Bodenstation. Seit Anfang Dezember 2008 hat das „Kommando Strategische Aufklärung“ das System für Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst (BND) übernommen.⁸⁰ Die nationale weltweite Aufklärungsfähigkeit aus dem Weltraum ist die Voraussetzung für die weltweite Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.

OHB hat auch die technischen Voraussetzungen geschaffen, SAR-Lupe mit dem französischen optischen Satelliten Helios II zu verknüpfen. Dazu hat OHB auch in

77 <https://www.ohb-system.de/kurzprofil.html>

78 <http://de.wikipedia.org/wiki/SAR-Lupe>

79 <https://www.ohb-system.de/pressemitteilungen-details/items/ohb-system-ag-sar-lupe-offiziell-an-kommando-strategische-aufklaerung-uebergeben.html>

80 Die Kosten für SAR-Lupe: 742 Mio. Euro. BwPl08, Seite 33

Frankreich eine SAR-Lupe-Bodenstation aufgebaut und darf diese bis April 2015 betreiben. Ebenso betreibt OHB die Helios-II-Bodenstation in Gelsdorf bei Bonn bis Juli 2013.⁸¹ Das System soll als Kern eines europäischen Satellitenverbunds dienen. OHB will weiter im Geschäft bleiben. „Für den für die nächste Generation von Aufklärungssatelliten geplanten europäischen Aufklärungsverbund MUSIS, bei dem neben Deutschland und Frankreich Italien, Spanien, Belgien und Griechenland beabsichtigen, zukünftig zusammenzuarbeiten, bietet OHB im Verbund mit Thales Alenia Space eine Konzeptstudie an.“⁸²

► GALILEO

Im Januar hat die EU-Kommission den Bauauftrag für 14 Satelliten des globalen Navigationssatellitensystems GALILEO dem Konsortium aus OHB-Technologie und SSTL in Großbritannien vergeben. SSTL ist eine 99 prozentige Tochter von EADS Astrium. SSTL liefert die Satelliten, OHB die Plattform. Beim Generalunternehmer OHB in Bremen findet die Endmontage statt. Das Auftragsvolumen beträgt 566 Millionen Euro. GALILEO galt offiziell lange Zeit als rein ziviles Projekt, als das europäische Pendant zum vom Pentagon betriebenen NAVSTAR-GPS. Spätestens seitdem das Europäische Parlament jedoch im Juli 2008 beschlossen hat, dass GALILEO auch „für Operationen im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ‚zur Verfügung stehen‘ soll“⁸³, wurde die militärische Nutzung offiziell. GALILEO wird privat betrieben, bietet jedoch Geheimdiensten und dem Militär zwei verschlüsselte streng kontrollierte Frequenzbänder an, die Navigation im Zentimeterbereich ermöglichen sollen. Damit ließen sich dann beispielsweise Marschflugkörper, Raketen, Panzer, Infanteristen, Drohnen usw. unabhängig von den USA lenken. GALILEO öffnet das Tor zu einer Militärmacht Europa. Zwischen GALILEO und GPS ist eine Kompatibilität beabsichtigt.⁸⁴

Diesen verschlüsselten „öffentlich-staatlichen Dienst“ („Public Regulated Service“ PRS) beabsichtigen entsprechend einer ersten Erhebung der EU -Kommission von 2006⁸⁵ 16 der 27 EU-Mitglieder sowohl für militärische als auch für Zwecke der

81 Strategie & Technik Juni 2011, S. 87

82 OHB-Geschäftsbericht 2009, 90 Seiten, S.39, http://www.ohb-technology.de/tl_files/ohb/pdf/finanzberichte_hauptversammlung/2009/OHB_GB_2009_Deu.pdf

83 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Parlament-segnet-militaerische-Nutzung-von-Galileo-ab-185619.html>

84 [http://de.wikipedia.org/wiki/Galileo_\(Satellitenavigation\)#85](http://de.wikipedia.org/wiki/Galileo_(Satellitenavigation)#85)

85 Kom 2010(550) endgültig, 8.10.2010, 22 Seiten, S. 7, http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/galileo/files/prs-proposal-com-2010-550-final_de.pdf

Inneren Sicherheit zu nutzen. Aus dieser Umfrage geht auch hervor, dass die verschlüsselten Dienste zu etwa 50 Prozent für militärische Zwecke genutzt werden.

Bis 2014 sollen 18 Satelliten (4 von EADS + 14 von OHB) die Erde umkreisen.. Dann können bereits die ersten drei Services von GALILEO genutzt werden: das „Open Service Signal“ zur Nutzung durch jedermann; der „Public Regulated Service“ und der „Search-and-Rescue Service“ für humanitäre Rettungsaktivitäten.⁸⁶ Das Gesamtsystem von 30 Satelliten (27 + 3 Reserve) soll nicht vor 2020 einsatzreif sein. In Bremen arbeiten 100 MitarbeiterInnen am GALILEO-Programm⁸⁷.

OHB ist interessiert daran, auch die Ausschreibung über die restlichen Satelliten zu gewinnen.

OHB bietet auch militärische Nutzungen im Luftraum an. Auf der ILA in Berlin/ Brandenburg 2010 präsentierte OHB ein „Multimission Communication Surveillance System“ als Nutzlast eines unbemannten Trägerflugzeugs der Firma Stemme an. Die „Condor II“ könne 200 kg Nutzlast 10 Stunden lang in 10 km Höhe tragen. Zur Nutzlast zählen „Geräte für Datalink und Relais-Funktionen, ein Radar mit künstlicher Strahlöffnung und Geräte zur weiträumigen Überwachung. [...] Durch Stemme wird in Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart und der Technischen Universität Berlin an einem automatischen Flugleitsystem gearbeitet. Die Entwicklung des Gesamtsystems soll in etwa einem bis zwei Jahren abgeschlossen sein.“⁸⁸

Dabei ist schon „heute das (OHB-)Auftragsbuch mit gut zwei Milliarden Euro prall gefüllt.“⁸⁹ Viscardi Research attestierte OHB im Oktober 2010, dass es über „sehr gute Finanzen“ verfüge. „Sein Wachstumspotenzial sei endlos.“⁹⁰

86 Strategie & Technik August 2011, S. 76

87 Weser-Kurier 13.4.2011

88 Strategie & Technik August 2010, S. 86

89 Weser-Kurier 13.4.2011

90 FAZ 7.10.2010

Umfang der Bremer Rüstungsproduktion

Rüstungsstandort Stadt Bremen

Firma	Jahr	Beschäftigte in HB	Gesamt Umsatz in HB (in Mio. Euro)	Rüstungsanteil (in Prozent)	Anzahl der Rüstungs-Beschäftigten in HB ca.	Rüstungsproduktion (in Mio. Euro)
Atlas Elektronik (AE)	2010	1.300	290	90	1170	260
EADS Airbus	2010	3.200	925	40	1300	370
Rheinmetall Defence Electronics (RDE)	2010	1.200	412	100	1200	412
Friedrich Lürssen (FLW)	2010	480	200	50	240	100
OHB	2010	450	200	?	?	?
					3910	1142
<i>Summe Bremen</i>					Mindestens 4.000	Mindestens 1.150
<i>Summe BRD</i>					rd. 80.000	rd. 16.000

Von den bundesweit 80.000 Arbeitsplätzen in der Rüstungsproduktion sind derzeit (2011) mindestens 4.000 in Bremen. Das sind 5 Prozent aller Rüstungsarbeitsplätze in Deutschland.

Von insgesamt 16 Mrd. Euro⁹¹ Rüstungsproduktionswert in Deutschland 2010 kommen mindestens 1,15 Mrd. aus Bremen. Das sind 7,2 Prozent. Es wohnen allerdings nur 0,7 Prozent der Bundesbürger in der Stadt Bremen 2010 (547.685 von 81,88 Mio.). Ergo: Rüstung ist hier überrepräsentiert. Bremen ist eine Rüstungshochburg.

Vergleichen wir die Anteile der Rüstungsproduktion am Bruttosozialprodukt zwischen Bund und der Stadt Bremen. 16 Mrd. Euro Rüstungsproduktion vom BSP von 2499 Mrd. (2010) sind 0,64 Prozent im Bund. In der Stadt Bremen bedeuten

⁹¹ http://www.bdsv.eu/de/Themen/Sicherheits-_und_Verteidigungsindustrie.htm, abgelesen 17.10.2011

1,15 Mrd. Euro am BIP von 23,8 Mrd. Euro (2010)⁹² einen Anteil von 4,8 Prozent. Das heißt, in Bremen ist die Rüstungsdichte siebeneinhalbmal höher als im Bundesdurchschnitt.

Fazit: Bremer Rüstungsbetriebe leisten vor allem mit Satelliten und Drohnen, mit Elektronik für Marine und Heer, durch Kriegsschiff- und Flugzeugbau einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Interventionsfähigkeit der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus.

Die Stadt profitiert von den Krisen und Kriegen der Welt und der Waffenexport fördert zudem die Konflikte.

Das kollidiert jedoch mit der Bremer Landesverfassung: Ihr Artikel 65 lautet: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Schutz der natürlichen Umwelt, Frieden und Völkerverständigung. Sie fördert die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit, die auf den Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen, auf das Zusammenwachsen Europas und auf die friedliche Entwicklung der Welt gerichtet ist...“⁹³

Geist und Buchstaben der Bremer Verfassung werden verletzt. Nur eine Trendumkehr mit einem Stopp des Rüstungsexports und mit der Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte kann Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit wieder in Einklang bringen.

92 Vom Statistischen Landesamt liegen nur getrennte BIP-Werte für die Städte Bremen und Bremerhaven für das Jahr 2009 vor (Bremen: 22,99 Mrd. Euro, Bremerhaven 3,763 Mrd. Euro). Daraus errechnet sich ein Anteil der Stadt Bremen am BIP des Landes Bremen von 85,9 Prozent. Angewandt auf das Jahr 2010 (BIP Land Bremen 27,7 Mrd. Euro) würde sich für die Stadt Bremen ein BIP-Wert von 23,8 Mrd. Euro ergeben. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/Pl1_2010_Bruttoinlandsprodukt%2C%20Bruttowertsch%20F6pfung%20und%20Arbeitnehmerentgelt.pdf

93 <http://www.verfassungen.de/de/hb/bremen47-index.htm>

Innovative Subordination

Zum Beispiel: Drohnen

Volker Eick

Die Angebotspalette der Rheinmetall Defence reicht von „Aufklärungs-, Feuerleit- und Führungssystemen über Lenkwaffenplattformen bis hin zu Drohnensystemen“, schreibt die Rüstungsfirma mit Verweis auf „internationale Future-Soldier-Programme“. ¹ Der nachfolgende Beitrag skizziert kurz, was Drohnen sind, wo sie eingesetzt werden, welche Trends sich erkennen lassen, und: was uns Zivilklauseln (auch) sagen sollten. ²

Der Einsatz von Drohnen, also von unbemannten technischen Systemen, die, ohne Personenbesatzung ferngesteuert, halbautomatisch oder autonom, wahlweise fliegen, schwimmen, tauchen, laufen, fahren, klettern oder krabbeln können, hat in den vergangenen Jahren im zivilen, polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Bereich einen regelrechten Boom erfahren. Sie fliegen über den Wäldern Kanadas und Brandenburgs zur Waldbrandprävention, prüfen vor der türkischen Mittelmeerküste autonom schwimmend die Wasserqualität, überfliegen, gesteuert von Polizisten, Großdemonstrationen, patrouillieren unter Wasser die Küste entlang des Gaza-Streifens oder töten Männer, Frauen und Kinder mit Bomben und Raketen in Pakistan, im Jemen und anderswo.

► Drohnen: Technisierung von Überwachung und Kontrolle

Drohnen können, angesichts ihrer Vielfalt und ihres Facettenreichtums, zumindest grob nach unbemannten Luft- (Unmanned Aerial Vehicles, UAVs), Land- (Unmanned Ground Vehicles, UGVs) und Wasserfahrzeugen (Unmanned Naval Vessels, UNVs) unterschieden werden; Letztere zudem nach Überwasserschiffen (Unmanned Surface Vessels, USVs) und Unterseebooten (Unmanned Underwater Vessels, UUVs), die sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich zum Einsatz kommen (Dual use). ³ Voraussetzungen für den Einsatz sind Funkfrequenzen sowie gegebenenfalls Satellitensysteme wie GPS oder Galileo. Als zusätzliche Kriterien zu ihrer Unterscheidung können, beispielsweise für UAVs, maximale Einsatzdauer und Reichweite sowie ihre Größe dienen (vgl. Tabelle 1).

1 <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?lang=2>, Suchbegriff „Aufklärungsdrohnen“ [Zugriff: 20.10.2011].

2 Dieser Text geht zurück auf zwei Beiträge, die ich 2009 für Bürgerrechte & Polizei/CILIP (http://www.cilip.de/ausgabe/94/eick_drohnen.htm) und 2011, gemeinsam mit Matthias Monroy, für die Zeitschrift Hintergrund (Heft 4/3) geschrieben habe (<http://www.hintergrund.de/das-heft-inhalt.html>); letztgenanntes Papier sowie dessen Fortsetzung (Hintergrund, 4/4) kann bei mir nachgefragt werden. Dort stehen dann auch die detaillierten Quellen zur Verfügung, die hier weitgehend entfallen.

3 Für einen Eindruck zu den unterschiedlichen Systemen, vgl. die interaktive Seite der New York Times, <http://www.nytimes.com/interactive/2010/11/27/us/ROBOT.html> [Zugriff: 20.10.2011].

Bei UAVs liegt sie gegenwärtig zwischen der eines Insektes und der eines kleinen Verkehrsflugzeuges, allerdings wird an weitaus größeren und weitaus kleineren Exemplaren – bis in den Nanotechnologie-Bereich hinein – für bewaffnete und unbewaffnete Systeme geforscht. Geforscht wird schließlich auch an Künstlicher Intelligenz und sogenannten lernenden Systemen, die unter anderem auch die Voraussetzung für vollständig autonome und selbst entscheidende Drohnen sind, die sich zudem eigenständig mit anderen Drohnen zu sogenannten Schwärmen koordinieren sollen. Die Entwicklung solcher Systeme wird keineswegs nur diskutiert, sondern umfassend erforscht und bereits, etwa unter dem Namen Modular Advanced Armed Robotic System (MAARS), erprobt.

UAVs	Kategorisierung	Reichweite, Flugzeit	Beispiele
	Große Höhe, lange Flugdauer	10.000 km, 30 Std.	Global Hawk
	Mittlere Höhe, lange Flugdauer	3.700 km, 30 Std.	Predator, Reaper
	Kurze Reichweite, taktische UAVs	125 km, 12 Std.	Hermes 450, Hunter
	Mini UAVs	15 km, 1,5 Std.	Desert Hawk
	Micro UAVs	9 km, 1 Std.	WASP Block III, Hornet
UGVs	Spezifizierung	Einsatzgebiete	
	Minenräumung	Irak (ca. 4.000)	Andros, iRobot, Packbot
	Geländeüberwachung	Grenze Nord-/Südkorea	Samsung SGR-A1
	Geländeüberwachung	Gaza-Streifen (geplant)	See-Shoot System
	Materialtransportsysteme	Irak (Nachschub)	Crusher, MULE
	„intelligente“ Granaten	Afghanistan (Häuserkampf)	Throwbot
UNVs	Minenräumung, Patrouillen (USV)	Grenzkontrolle, Piraterie	Espadon, Protector
	Ferngesteuerte Systeme (UUV)	Tiefseebergungen	CURV
	Autonome Systeme (UUV)	Minenräumung, Patrouillen	BPAUV, Glider
Quelle: eigene Darstellung			

Nachfolgend soll für den zivilen, polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Bereich die gegenwärtige Ausbreitung der Drohnen-Technologie dargestellt und diskutiert werden. Und entgegen der vermeintlich so schön zu trennenden Bereiche zeigt sich, dass diese klassische Dual use-Technologie – also zivil-polizeilich auf der einen, militär-geheimdienstlich auf der anderen Seite – sich zunehmend überlappen. Der Schwerpunkt wird auf fliegenden Drohnen liegen.

► **Zivildrohnen: Von Gefahrstoffdetektion bis „Standortanalyse“**

Im zivilen Bereich finden Drohnen vielfältige Einsatzbereiche, die von der Überwachung von Baustellen und Industrieanlagen über die Inspektion von Forsten

zur Waldbrandprävention bis hin zum Zählen von Pinguinen in der Antarktis reichen. Mit der zunehmenden Zuverlässigkeit – die New York Times meldete unlängst, dass rund 30 Prozent der US-amerikanischen Drohnen abstürzen⁴ – der meist aus dem Segment der Mini- und Mikrodrohnen stammenden Geräte verbreitet sich auch ihr Einsatz im zivilen Bereich. Insbesondere Werks- und Berufsfeuerwehren – zuletzt eine Global Hawk über den Trümmern der Atomreaktoren von Fukushima – setzen auf Drohnen, die mit ABC-Analyseinstrumenten und Kameras ausgestattet, deren Einsätze auch in Hinblick auf Gefahrstoffdetektion unterstützen sollen. Schließlich sind zivile Forschungsprojekte zu nennen, in denen u.a. Sofortrettungsmaßnahmen bei Großunfällen mit Drohnen unterstützt werden sollen. Auch Luftbildanbieter und Firmen, die in der Erderkundung, in der Paläontologie oder in der Atmosphärenforschung tätig sind, greifen auf Drohnen zurück.

Im Immobilienbereich schließlich werden Drohnen etwa von Kirchenämtern genutzt, um die Bausubstanz ihrer Dome und Dorfkirchen kostengünstiger auf Bauschäden zu überprüfen, während Real-Estate-Firmen so ihre Immobilien vermarkten und, in Verbindung mit anderen von ihnen gesammelten Daten, Standortanalysen im Interesse der Aufwertung ihrer Grundstücke und Gebäude erarbeiten.

► **Polizeidrohnen: Fliegende Kameras für den polizeilichen Alltag**

Auch diverse Polizeien nutzen Drohnen zur diskreten Aufklärung aus der Luft. Für „polizeiliche Großlagen“ greifen die Behörden dafür bisweilen auf militärische UAVs zurück: Bei den G8-Gipfeln 2003 in Evian/Frankreich und 2009 in L’Aquila/Italien kamen militärische Drohnen zum Einsatz, ebenso bei der EURO 08 in der Schweiz und dem NATO-Gipfel 2009 in Frankreich. Kanada hatte zur Luftaufklärung bei den Olympischen Spielen 2010 Predator-Drohnen eingesetzt. In Straßburg patrouilliert jedes Jahr in der Sylvesternacht ein UAV, um das Anzünden von Autos polizeilich aufzuklären. Grenzen der USA mit Mexiko und Kanada werden ebenso videoüberwacht wie jene in der Schweiz, wo Drohnen des Militärs bereits zur Verhaftung von Migranten geführt haben. Auch die EU-Agentur Frontex will vermehrt Drohnen zur Migrationsabwehr an den EU-Außengrenzen einsetzen.

Im Polizeialltag allerdings werden mit vier Rotoren bestückte Quadrocopter in die Luft geschickt, die unterschiedliche Kameras tragen und zudem mit Echtzeit-Da-

4 Christopher Drew (2009): Drones Are Weapons of Choice in Fighting Qaeda. New York Times, 17. März: A1. In Afghanistan verloren die US-Streitkräfte allein zwischen 2001 und 2003 sechs der dort eingesetzten zwölf Predators und zwei je 15 Millionen US-Dollar teure Global Hawks.

tenverbindung, GPS-Modulen, Technik zum autonomen Umfliegen von Hindernissen oder anderen Sensoren ausgestattet werden können. Im Gegensatz zu den militärischen Pendanten fliegen sie nur rund 100 Meter hoch und haben, je nach Gewicht, nur für eine Betriebszeit von rund 15 bis 30 Minuten. Während die Nutzung fliegender Kameras in der Öffentlichkeit stets mit Aufklärungsbedarfen begründet wird, hat die Forschung zur Bewaffnung ziviler Geräte längst begonnen: So forscht, laut Antoine di Zazzo, Geschäftsführer des französischen Ablegers von Taser International, seine Firma an Elektroschockwaffen, die zur Crowd Control an Quadrocopter montiert werden können.

Als eines der ersten Bundesländer experimentiert Sachsen mit dem Einsatz von Quadrocoptern. Das Landeskriminalamt hatte 2008 zunächst zwei SensoCopter-Systeme geleast, die vom Rüstungskonzern Diehl BGT Defence in Kooperation mit der Firma Microdrones entwickelt und für Military Operations in Urban Terrain (MOUT) beworben werden; sie gingen später in den Besitz des Landeskriminalamtes über. Auch Hessen und Niedersachsen hatten sich Mitte 2008 Quadrocopter der Firmen AirRobot und Microdrones angeschafft. Laut Innenminister Uwe Schönemann könnten die fliegenden Kameras neben der Luftaufklärung, Einsatzführung, Beweissicherung und Dokumentation auch für die „nicht polizeiliche Gefahrenabwehr“ infrage kommen. Erstmals eingesetzt wurde das Gerät beim Castor-Transport im November 2010.⁵ Datenschützer und Politiker kritisieren den Drohnen-Einsatz als unverhältnismäßig und einer „Demokratie unwürdig“.⁶ Die fliegenden Kameras sorgten für einen „skandalösen Generalverdacht“, das Auspionieren von Demonstranten befördere ein „Klima der Angst“.⁷

Auch die Berliner Polizei hat seit 2009 mindestens eine Drohne des Herstellers AirRobot im Einsatz. Dies sei eine „ökonomisch und ökologisch sinnvolle Alternative zum Einsatz des Polizeihubschraubers.“ Die gleichzeitige Beschaffung der Drohnen durch mehrere Bundesländer, darunter auch Nordrhein-Westfalen, wurde durch eine 2007 eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe „Drohnen“ begleitet. Aber nicht nur die Bundesländer hatten sich zum gemeinsamen Test verabredet: Auch die Bundespolizei hat mit „Aladin“ und „FanCopter“ zwei unterschiedliche Drohnen der Firma EMT beschafft, die wie AirRobot auch die Bundeswehr beliefert. Bislang ist zur Nutzung unbemannter Fahrzeuge durch Bundesbehörden

5 <http://www.sueddeutsche.de/politik/drohneneinsatz-beim-castor-transport-sehenden-auges-in-die-panne-1.1025003> [Zugriff: 20.10.2011].

6 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10977289/Polizei-beobachtete-Castor-Transport-mit-Drohne.html> [Zugriff: 20.10.2011].

7 http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1754 [Zugriff: 20.10.2011].

lediglich bekannt, dass das Bundesinnenministerium ihren Alltagseinsatz als „Aufklärungs- und Entschärferoboter“ bei der Bundespolizei genehmigte⁸ und hierfür 28 „unbemannte ferngesteuerte Fahrzeuge“ der Firma TELEROB beschaffte.



Obschon der Abschlussbericht der Bund-Länder-Projektgruppe „Drohnen“ vom 12. August 2008 als Verschlussache eingestuft ist, sickerte durch, dass die Mitglieder „Änderungen der luftverkehrsrechtlichen Vorschriften“ für dringend erforderlich hielten. Um die fortschreitende militärische, polizeiliche, gewerbliche und private Nutzung unbemannter Luftfahrzeuge und die damit lange ungeklärten Fragen der Luftsicherheit einzugrenzen, hat die Bundesregierung die Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) geändert.⁹ Die im Januar 2011 verkündete Gesetzesänderung sieht ein generelles „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt bzw. einer Genehmigungspflicht“ vor. Darüber hinaus werden Informationspflichten für Betreiber von „unbemanntem Luftfahrtgerät“ eingeführt. Die Änderung der deutschen Luftverkehrs-Ordnung wurde mit der zunehmenden Fähigkeit der Drohnen zum autonomen Flug mittels GPS oder dem automatisierten Umfliegen von Hindernissen begründet. Sie könnten daher nicht mehr als „ferngesteuerte Flugkörper“ betrachtet werden.

8 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/124/1612404.pdf> [Zugriff: 20.10.2011].

9 <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/220/22068.html> [Zugriff: 20.10.2011].

Mit den Universitäten Dortmund, Berlin, Paderborn und Siegen forscht auch Microdrones an Lösungen zum „Schutz kritischer Infrastrukturen“ und zur „Gefahrenprognose und -abwehr“ auf automatischer Basis. Damit verfolgt das Projekt identische Ziele wie Teile des INDECT-Programms der Europäischen Sicherheitsforschung: INDECT beforscht seit 2007 die Integration von Mikrodrohnen in die polizeiliche Alltagsarbeit und will ein mobiles städtisches Überwachungssystem (Mobile Urban Observation System) bereitstellen. Vom fliegenden Sensor gelieferte Bilder werden automatisiert auf potenzielle „Bedrohungen“ oder „auffälliges Verhalten“ untersucht. Die Quadrocopter können die entdeckten Risiken dann im städtischen Raum verfolgen. Wie bei INDECT wird auch im Programm AirShield zur Schwarm-Intelligenz geforscht: Rund ein Jahr nach Projektbeginn wurde in Dortmund angeblich weltweit erstmals „Schwarmverhalten im freien Feld“ gezeigt.¹⁰

► Militärdrohnen: Von der Air Force zur „Chair Force“

Erstmals mit militärischen Drohnen experimentiert wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges.¹¹ Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden fliegende Kampf- und Überwachungsdrohnen durch ihren Kriegseinsatz in Bosnien (1993-1996) und im Kosovo (1998-1999). Mit zunächst erheblichen Verlusten wurden sie seit Anfang der 2000er Jahre in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) eingesetzt, seit kurzem in Libyen (2011). Zudem jagen sie vermeintliche Terroristen vor Somalia, im Jemen, in Pakistan, im Sudan und, so die Ziele bei Geheimdienst oder Militär entsprechend gelistet sind, bringen sie um (Kill or Capture). Insbesondere letztgenannte Praxis gilt sowohl völkerrechtlich als auch nach anderen einschlägigen Gesetzen als rechtstaatlich nicht gedeckt – das treibt offensichtlich aber niemanden wirklich um.

Nach eigenen Angaben nutzt die Bundeswehr keine Drohnen für Targeted Killings, sondern nur zur Aufklärung (vgl. Tabelle 2) – sie fordert bewaffnete Drohnen aber von den US-amerikanischen Truppen an und befiehlt gegebenenfalls das Töten.¹²

10 http://www.airshield.de/index.php?option=com_content&view=article&id=9&Itemid=4&lang=de [Zugriff: 20.10.2011].

11 Einige Quellen betrachten Österreichs Angriff auf Venedig mit Luftballons im Jahr 1849 als ersten Einsatz von UAVs, vgl. www.ctie.monash.edu/hargrave/rpav_home.html# [Zugriff: 20.10.2011].

12 Matthias Gebauer (2010): Der Finger Gottes. Bundeswehr und Drohnen (9. März), <http://www.spiegel.de/politik/ausland/o,1518,680580,00.html> [Zugriff: 20.10.2011]. Wolfgang Kaleck (2011): Bombeneinsatz von Kunduz ohne Konsequenzen? In: Grundrechte-Report 2011, Frankfurt/M.

Tabelle 2: Drohnenproduzenten in Deutschland (Auswahl)		
Firma	Drohne	Kunden (Auswahl)
Diehl BGT Defence, Überlingen Schiebel EG, Wien	Camcopter	ESA, Jordanien, Südkorea (G20-Treffen)
	David (U-Boot)	Demonstrationsprojekt
Cassidian (EADS), Manching Northrop Grumman	Euro Hawk *	Testphase abgeschlossen
	Talarion *	Testphase bis 2014
	Barracuda *	Testphase
EMT GmbH, Penzberg	Aladin	Bundeswehr, Bundespolizei
	FanCopter	Bundespolizei
	Luna	Bundeswehr
	X13	Bundeswehr
AirRobot GmbH, Arnsberg	AirRobot	Polizeien Berlin, Hessen, NRW, Sachsen
Microdrones GmbH, Siegen	MicroDrone	Polizei Niedersachsen
Rheinmetall Defence Electronic, Bremen	KZO	Bundeswehr
	MALE Heron TP	Bundeswehr
Quelle: eigene Darstellung, * Bewaffnung geplant		

► Geheimdienstdrohnen: From Capture to Kill!

Auch die CIA-Mitarbeiter töten nicht ausschließlich „vor Ort“ aus ihren Geheimquartieren, die in Afghanistan, im Jemen, auf den Seychellen und bald in Äthiopien¹³ liegen (die beiden letztgenannten Standorte werden dem Vernehmen nach auch vom Militär genutzt),¹⁴ sondern steuern Drohnen auch von ihrem Hauptquartier in Langley, Virginia aus. Die Regierung Bush hatte sich im Sommer 2008 entschieden, „die CIA als Luftwaffe zur Aufstandsbekämpfung im Dienst der pakistanischen Regierung einzusetzen.“ Der damalige CIA-Direktor Leon Panetta, seit Juli 2011 neuer US-Verteidigungsminister,¹⁵ hat Drohnen als “the only game in town“ bezeichnet, also als „die einzige Möglichkeit“ des Militärs in einem als „asymmetrisch“ bezeichneten Krieg. Selbst wenn man sehr konservative Zahlen ansetzt, müssen – jenseits völkerrechtlicher und ethischer Fragen – die vermeintliche Effektivität und Zielgenauigkeit infrage gestellt werden. Die Intensität der Drohnen-Angriffe hat gleichwohl zugenommen: In diesem Jahr wurden bis Ende Juni 2011 nach Angaben des The Long War Journal insgesamt rund 40 Drohnen-

13 Craig Whitlock and Greg Miller (2011): U.S. assembling secret drone bases in Africa, Arabian Peninsula, officials say. Washington Post, 21. September.

14 Andreas Lorenz, Juliane von Mittelstaedt, Gregor Peter Schmitz (2011): „Botschafter des Todes“ (17. Oktober), <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-791992,00.html> [Zugriff: 20.10.2011].

15 Elisabeth Bumiller (2011): Change (but Not Too Much) at the Top of the Pentagon. New York Times, 1. Juli. Die CIA wurde im Gegenzug im September 2011 von General David Petraeus übernommen. Damit dürften auch die Grenzen zwischen Militär und Geheimdienst weiter verschwimmen.

Angriffe mit bis zu 320 Toten geflogen. Rechnerisch wurden im ersten Halbjahr 2011 also bisher täglich zwei Menschen mit Drohnen getötet, statistisch 95 Prozent als „zivile“ Opfer.¹⁶

Die vielleicht erschütterteste Erfahrung neben dem Töten von, zumindest nach rechtsstaatlichen Kriterien, Unschuldigen, ist zunächst die, dass und wie unkritisch Regierungen weltweit, auch in Deutschland,¹⁷ mit den Targeted Killings umgehen und sie sogar befürworten, so zuletzt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU).¹⁸ Vor allem aber – darauf haben anlässlich einer Konferenz des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)¹⁹ unlängst zahlreiche international aktive Juristen, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, Rechts- sowie Sozialwissenschaftler hingewiesen – zerstört allein die Anwesenheit von Drohnen nachhaltig ganze Sozialstrukturen und führt quasi programmatisch zu ‚Kollateralschäden‘. Dass nun auch andere Staaten für sich das Recht reklamieren, jenseits von Straf- und Humanitärem Völkerrecht töten zu dürfen,²⁰ ist daher nur konsequent.

► Pragmatische Subordination

Was ich mit diesen wenigen Zeilen nur zeigen wollte, und ich hoffe, es ist leidlich deutlich geworden, der an sich schöne Versuch, analytisch zivile von militärischen, polizeiliche von geheimdienstlichen Drohnen scheiden zu wollen, geht leer. Dual use-Technologien entziehen sich systematisch solchen Trennungen,

16 Mittlerweile ist auch ein erster Deutscher von einer Drohne in Pakistan umgebracht worden, Ermittlungen gibt es von den deutschen Behörden offenbar aber nicht; vgl. Christian Denso (2011): Bünyamins Tod. Ein deutscher Islamist wird in Pakistan Opfer einer US-Drohne – und niemand ermittelt. Die Zeit, 65(4), 20. Januar 2011.

17 Der damalige Bundesinnenminister, Otto Schily (SPD), sagte etwa »Wer den Tod liebt, kann ihn haben«, Der Spiegel, 57(18), 26. April 2004, und der damalige Bundesinnenminister, Wolfgang Schäuble (CDU), befürwortete die Taktik, »Es kann uns jederzeit treffen«, Der Spiegel, 60(28), 9. Juli 2007.

18 »Kein Mitleid mit Terroristen«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 2011.

19 Vgl. <http://www.ecchr.de/index.php/veranstaltungen/articles/id-10-jahre-nach-dem-11-september-2001-wie-weiter.html> [Zugriff: 20.10.2011].

20 So etwa unlängst die Regierung Sri Lankas: »Two issues arise out of the use of drone attacks by the CIA in Afghanistan and Pakistan [...] The two issues are (a) The Government of Sri Lanka should be conscious that the United States does not want to explain the legality of the drone attack operations but expect Sri Lanka to take responsibility of the civilian deaths during those few months of intense fighting in which the LTTE took a large number of innocent Tamil civilians as human shield. (b) The United States in using the drone attacks has caused thousands of deaths among civilians in Afghanistan and Pakistan and continues to justify the operation as being within the international law«; vgl. Daya Gamage (2010): U.S. Drone attacks causing civilian deaths illegal. Asian Tribune, 26. April.

Zivilklauseln sind insoweit wichtige, aber nicht hinreichende Instrumente.

Zudem: Eine Bundeswehr, die sich als Freiwilligenarmee zur Ressourcensicherung auf Kampfeinsätze im Ausland konzentrieren mag, wenn auch mit abgespecktem Budget;²¹ der unerschütterliche Glaube an die gleichsam allumfassende Lösungskapazität von Technologie; eine Polizei, die sich mehr und mehr einem ‚inneren Feind‘ gegenüber wähnt und entsprechend hochgerüstet wird; eine Industrie, deren Profitinteressen in eins gesetzt werden mit dem der Bevölkerung; eine europäische Forschungslandschaft, die systematisch darauf aus ist, alle bestehenden Grenzen einzureißen; eine Universität, die sich zunehmend an der Verwertbarkeit ihrer Forschungen auszurichten hat und ausrichtet – lässt nur einen Schluss zu: Wir werden (wieder) über einen polizeilich-militärisch-industriellen Komplex²² nachdenken und reden müssen, der sich (wieder) anschickt, die Hochschulen zu kontaminieren. Und wir werden reden müssen über eine Hochschule, die diese Kontamination als solche gar nicht empfindet, sich vielmehr in ihrer Subordinati-on geradezu suhlt, soweit sie sich nicht gleich offensiv anbietet.

Aus dieser Perspektive stellen die Zivilklauseln im Sinne Gramscis²³ auch ein Terrain dar, auf dem um Hegemonie gekämpft wird, ein Terrain, das nicht kampfflos ‚dem Gegner‘ überlassen werden darf, denn, tatsächlich: „Es herrscht immer Krieg in unseren Städten.“²⁴

21 Stephan Löwenstein (2011): Bundeswehr will als Arbeitgeber attraktiver werden. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Oktober 2011: „Statt 22 ‚Saateg‘-Drohnen 16, statt sechs ‚Global Hawk‘-Drohnen vier.“

22 Charles C. Moskos jr. (1974): The Concept of the Military-Industrial Complex: Radical Critique or Liberal Bogey? Social Problems, 21(4): 498-512.

23 Antonio Gramsci (1992): Gefängnishefte (Band 4). Hamburg: Argument: 866-868, 873f.

24 „Bertolt Brecht (1967): Interesse der Kopfarbeiter an der Umwälzung. In: Werkausgabe, Band 12 (Prosa 2). Frankfurt/M.: Suhrkamp: 445.

Milliardengeschäft Rüstungsforschung – dank EU, Bund und Bremer Senat

Christoph Höhl

Zwar haben Forschung und Entwicklung schon immer über Erfolg und Misserfolg auf dem Markt für Kriegs- und Rüstungsgüter entschieden, in Zeiten globalisierter Konkurrenz¹ wird dieser Faktor aber noch zentraler. Die Rüstungsindustrie muss blutige Tradition also mit hoher Innovationsfähigkeit kombinieren.



Es ist erklärtes Ziel der Europäischen Union, der Bundesregierung und nicht zuletzt des Bremischen Senats, die passenden Rahmenbedingungen herzustellen, wenn es darum geht, der Wirtschaft den Weg für zivil-militärische Kooperationen und „Wissenstransfer“ freizumachen, „Innovationspotentiale“ zu heben und die Rüstungsindustrie konkurrenzfähig aufzustellen. Dieser politische Beistand ist in der hochvermachteten Rüstungsbranche elementar, allein schon weil die Kunden in erster Linie staatliche, supranationale oder paramilitärische Akteure sind – also ihrerseits im politischen Raum agieren.

Wie der Staat seine spezifische Rolle nicht allein als Abnehmer und Auftraggeber von Kriegsgerät erfüllt, sondern auch als Gestalter sogenannter „Rahmenbedingungen“, insbesondere im Bereich der Wissenschafts- und Innovationspolitik, darauf soll sich der hiermit vorliegende Artikel konzentrieren.

¹ Beispielsweise müssen Rüstungsaufträge seit 2006 europaweit ausgeschrieben werden, was den nationalstaatlichen Zugriff auf die Rüstungsindustrie tendenziell schwächt.

► Europäischer Innovationsraum – intelligentes Wachstum des Rüstungsmarktes

Die europäische Kommission hat im vergangenen Jahr die „Strategie 2020“ aufgelegt (KOM 2010). Als politisches Rahmenprogramm ersetzt sie die bekanntere „Lissabon-Strategie“, die im selben Jahr auslief. Das Projekt steht auf drei Säulen, wohlklingend soll sich die EU durch „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (ebda.) auszeichnen. „Smart Growth“ sieht vor allem eine weitere neoliberale Umstrukturierung der Bildungslandschaften vor, zielt auf die Lösung sozio-ökonomischer Probleme im Zuge des demographischen Wandels und fördert eine „dringende Neuausrichtung“ von Forschung und Entwicklung hin zu mehr volkswirtschaftlich verwertbaren, marktförmigen Innovationen (ebda.).

Diese Fragen debattiert auch die Rüstungsbranche. Mit dem European Security Research and Innovation Forum (ESRIF) hat die EU-Kommission den relevanten Firmen direkt ein eigenes Gremium geschaffen – höchst offiziell unter dem blauen Sternenbanner. Ziel ist es, „Public-Private Dialogue in the area of EU security research and innovation“ zu organisieren und gemeinsame Strategien im Feld innovativer Forschungsstrategien mit und für die Rüstungsindustrie zu entwickeln (KOM 2007). Das Gremium schloss die Arbeit 2009 ab und sorgt seitdem dafür, dass ihre Belange und Vorschläge in die Politiken der Union implementiert werden (KOM 2009).

Das Wirken der Rüstungslobby auf der europäischen Ebene, hauptsächlich auf die EU-Kommission, darf nicht unterschätzt werden. Andrew James, Koordinator des EU-finanzierten „sicherheitspolitischen“ Thinktank-Verbundes SANDERA² meinte zwar: „Not all member states would be comfortable to see the Commission getting involved in defence research“³. Andererseits existieren bereits in den aktuellen Fördertöpfen EU-Subventionen für „innovative“ Rüstungsvorhaben im Milliardenbereich: In der Förderperiode 2007-2013 gibt es 1,4 Milliarden Euro für Rüstungsprojekte aus dem EFRE-Topf plus 2,135 Milliarden aus dem Forschungsrahmenplan (RFP7). Zum Vergleich: Die EU weist für diesen Zeitraum 50 Milliar-

2 “Security and Defence in the European Research Area” hat u.a. die Aufgabe “to develop a single coherent and multidisciplinary framework that will help to promote a better understanding of the key driving forces and the complex inter-relationships that exist between security policy and science and technology policy”. Forscht also an der Schnittstelle zwischen Wissenschafts- und Industriepolitik sowie (zu europäisierender) Verteidigungsministerien. Aus Deutschland ist die einschlägige Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) an SANDERA beteiligt. <http://sandera.portals.mbs.ac.uk/AboutSANDERA/Objectives/tabid/1273/Default.aspx> (14.10.2011)

3 <http://ipsnews.net/newsTVE.asp?idnews=53891> (19.10.2011)

den für die gesamte Forschungsförderung aus⁴. Und die Rüstungsindustrie steht Gewehr bei Fuß, um noch mehr Geld abzugreifen.

So erklärte der Rüstungslobbyist und frühere Leiter für strategische Unternehmensentwicklung bei Rheinmetall Defence, Dr. Burkhard Theile, jüngst: „UAVs [engl: Drohnen] have both civilian and military uses and they should be funded by the Union“⁵, zumindest bei Forschung und Entwicklung bezahlt die EU längst für Drohnenprojekte: Die Liste der geförderten Rüstungsforschung im aktuellen Forschungsrahmenplan umfasst 45 Projekte, von der „automatischen Detektion abnormalen Verhaltens in Menschenmengen“⁶ bis zur Grenzsicherung (also Flüchtlingsabwehr, siehe Beitrag von Sofia Leonidakis in diesem Band) und diversen „Counter-Terrorismus“-Vorhaben ist alles dabei. Ein genauerer Blick, was Brüssel da finanziert, erscheint lohnenswert.⁷

► Bundesdeutsche Forschungspolitik – alles für den Standort

Die meisten Politiken der EU finden auf nationalstaatlicher Ebene ihre Entsprechung. Für „Europa 2020“ müssen die Regierungen der Mitgliedsstaaten sogar Benchmarkings und sonstige sogenannte Review-Prozesse durchlaufen und so eigene Anstrengungen offenlegen. Deshalb gilt es für die Nationalstaaten bei der Verteilung der Subventionen, „ihre“ Unternehmen in die Lage zu versetzen, die europäische Konkurrenz auszustechen oder zumindest so gut zu sein, dass maßgeschneiderte zusätzliche Projekte finanziert werden.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gibt in seinem „Manifest für Wachstum und Beschäftigung – Deutschland 2020“ die Richtung vor:

„Politik und Gesellschaft müssen die Rüstungsindustrie [...] industriepolitisch unterstützen. Eine gemeinsame Position von Politik und Industrie ist überfällig. Damit Verteidigungstechnologie ‚Made in Germany‘ in einem ‚Europa der 27‘ auch in Zukunft deutsche Interessen von Politik und Industrie sicherstellen kann, ist zielgerichtetes Handeln gefragt. Unter anderem ist der Erhalt wehrtechnischer

4 http://ec.europa.eu/research/fp7/pdf/fp7-factsheets_de.pdf (20.10.2011)

5 <http://ipsnews.net/newsTVE.asp?idnews=53891> (19.10.2011)

6 http://cordis.europa.eu/fp7/security/fp7-project-leaflets_en.html (20.10.2011)

7 Volker Eick listet allein 9 verschiedenen Drohnenprojekte im Forschungsrahmenprogramm auf (Eick 2009), Christoph Marischka schreibt im IMI-Magazin 8/2008 ebenfalls über die „Europäische Sicherheitsforschung als Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie“ (Marischka 2008). Die gesamte Liste der subventionierten Rüstungsforschung findet sich hier: http://cordis.europa.eu/fp7/security/fp7-project-leaflets_en.html (20.10.2011)

Kernfähigkeiten von strategischer Bedeutung. Am Standort Deutschland sollte Know-How-Erhalt erste Priorität haben.“ (BDI 2008: 252, Hervorhebungen: ch)

Im Folgenden fordert der BDI noch erhöhte Beschaffungs- also Aufrüstungsanstrengungen der Bundeswehr und stellt sich damit vollends ins Abseits, oder wie sie es ausdrücken, an die Seite „deutsche[r] Interessen von Politik und Industrie“ (ebda.).

Die BDI-Befürchtung „Verteidigungstechnologie ‚Made in Germany‘ könne in einem ‚Europa der 27‘“ die Marktführerschaft einbüßen, ist zwar realitätsfern, der Nachsatz, schließlich auch in Zukunft deutsche Interessen von Politik und Industrie sicherstellen zu müssen, fällt

aber nicht zufällig in einer Zeit, wo die Bundesregierung ihrerseits mit großem Aufwand die Innovationsfähigkeit der Industrie mit Förderprogrammen für die Rüstungsforschung päppelt:

- Seit 2007 leistet sich das Forschungsministerium (BMBF) einen „Wissenschaftlichen Programmausschuss Sicherheitsforschung“, der das Ressort in nicht näher spezifizierten „Fragen der Sicherheitsforschung“ berät.⁸ Hier sitzt mit Vertretern von DIEHL Defence und BOSCH Sicherheitssysteme auch die Rüstungsindustrie am Tisch. Ein Referat für ‚Sicherheitsforschung‘ wurde im BMBF geschaffen. Das Forschungsministerium hilft außerdem bei Beantragung von Mitteln aus dem Forschungsrahmenplan der EU.
- Seit 2007 hat das Forschungsministerium 235 Millionen Euro für ‚Sicherheitsforschung‘ aus dem eigenen Haushalt bewilligt.⁹ Das BMBF präsentiert das Programm ausgesprochen „zivil“, allerdings finden sich auch Waffenlieferanten

8 <http://www.bmbf.de/de/11781.php> (13.10.2011)

9 <http://www.bmbf.de/de/11770.php> (13.10.2011)



unter den Begünstigten. In Bremen partizipieren OHB und ATLAS ELECTRONICS (vgl. Lühr Henkens Beitrag in diesem Band).

- Zusätzlich finanziert das BMBF verschiedene wehrtechnische Fraunhofer-Institute, die eng mit der Bundeswehr kooperieren.

In den geförderten Projekten treffen sich klassische Rüstungsindustrie, Behörden von Bund und Ländern, „zivile Produktionstechnik“ und ForscherInnen, um sich interdisziplinär innerer wie äußerer, ökonomischer, datentechnischer und ökologischer „Sicherheit“ zu widmen. Was Rolf Gössner in seinem Beitrag über die neue Sicherheitsarchitektur Deutschlands beschreibt, wird hier von der Privatwirtschaft gespiegelt und im Sinne politischer „Rahmensetzungen“ industrie- und wissenschaftspolitisch gefördert: Prinzipien und Kompetenzen werden entgrenzt, verschränkt und zu etwas Neuem rekonstruiert.

Neben dem Forschungsministerium unterstützt auch das Wirtschaftsressort diese Branche. Der „Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit“, so der Titel einer industriepolitischen Initiative, die Rainer Brüderleim November 2010 vorstellte, müsse gestärkt und als Aushängeschild deutscher Ingenieurskunst global aufgestellt werden (BMWi 2010). Der Schwerpunkt liegt hier weniger auf Forschung und Entwicklung, sondern klar im Bereich des Exports.

Die Bundesregierung hat hier eine neue Institution geschaffen, zu deren Aufgabenspektrum höchst offiziell Vermarktungsreisen in Krisenregionen (Naher Osten, Teile Afrikas) gehören. Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums stellte auf einem Symposium die Ziele des „Zukunftsmarkt“-Konzeptes vor: In Netzwerken gelte es „Marktchancen im In- und Ausland“ (BMWi 2011) zu nutzen, Wachstumsraten von 5 Prozent jährlich seien realistisch. Die Bundesregierung unterstützt die beteiligten Akteure vor allem im Ausland: „Aktivitäten auf der arabischen Halbinsel“ (ebda.) gelte es zu intensivieren (wir erinnern uns an die 200 Leopard-Panzer für Saudi-Arabien), explizit werden erfolgreiche „Multiplikatoren-Reisen“ und Rüstungsmessen wie die INTERSEC in Dubai als Service des Wirtschaftsministeriums angepriesen (ebda.). Das Rheinmetall Defence und Co. auf dieser durch den Bundeshaushalt gesponserten Messe nur „zivile Sicherheit“ (so sie solche denn überhaupt im Portfolio führen) und eben keine Leopard 2-Panzer anbieten, darf getrost bezweifelt werden.

Der „Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit“ ist schon deshalb militaristisch und nicht „zivil“, weil dort glasklare Rüstungsunternehmen auftreten. Diese Unternehmen kranken teilweise an rückläufigen Verteidigungsetats und suchen deshalb den

Zugang zu anderen Märkten im In- und Ausland (etwa mit Drohnen, vgl. Volker Eicks Beitrag in diesem Band). Das läuft nicht immer reibungslos, auch weil die HändlerInnen des Todes daran gewöhnt sind, ihr Material klassisch an StaatenlenkerInnen zu verkaufen – eben Geschäftsleute, mit denen Deals etwas anders auszuhandeln sind.

Umso wichtiger erscheint die Herausbildung sogenannter „Cluster“, in denen sich klassische Rüstungsfirmen mit anderen Akteuren (Hochschulen, „zivile Produktion“ usw.) vernetzen. Das „Zukunftsmarkt“-Papier sieht die Gründung solcher Netzwerke prioritär: Expansive Markterschließung gelänge mit herauszubildenden „Clusterstrukturen“. Zusätzlich müsse der „Forschungstransfer“ optimiert und der „öffentlich-private“ Dialog gefördert werden (BMW 2010: 6).

► **Bremische Innovationspolitik – keine Rüstungsforschung aus öffentlichen Mitteln?**

In Bremen boomt die High-Tech Rüstungsindustrie. Und auch an der Weser spielt die Rahmensetzung durch die Regierung, Forschungstransfer und „öffentlich-privater Dialog“ für die Branche eine entscheidende Rolle. Rheinmetall Defence Electronics, ATLAS Electronics oder OHB haben ein entsprechendes Interesse am Wohlwollen der rot-grünen Landesregierung.

Analog zu den Programmen auf EU- und Bundesebene setzt der Senat Anreize für die hiesigen Firmen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) zu, eine 100-Prozent-Tochter des Landes. Die WFB zeichnet für unterschiedliche Projekte verantwortlich, darunter alle rüstungsrelevanten Initiativen des Senats.

- Im „Innovationsprogramm 2020“ schreibt das Wirtschaftsressort



über einen „Cluster Maritime Sicherheit (MARISSA)“, an dem alle großen Rüstungsbetriebe Bremens beteiligt sind: Das Netzwerk „Maritime Sicherheit Bremen (MARISSA)“ wird mit Hilfe der Wirtschaftsförderung aufgebaut und in das Bundescluster „Sicherheitswirtschaft“ integriert“ (Senator für Wirtschaft und Häfen 2010: 28) – gemeint ist offensichtlich das BMWi-Export-Förderprogramm „Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit“.

- Das „Cluster MARISSA“, der dem Kampfpanzerfeuerleitanlagen- und Drohnenhersteller Rheinmetall Defence Electronics die Projektverantwortung (als sogenannter „Leadpartner“) für das „Kompetenzfeld Ressourcensicherheit“ zuweist, wo u.a. der „Schutz gegen Eindringlinge, Piraterie und illegale Fischerei“¹⁰ organisiert wird, soll sich explizit an Hochschulforschung im Land beteiligen: „Im Rahmen von Projekten, Gestaltung von Demoszenarien sowie Grundlagenuntersuchungen werden die Hochschulen und Institute fallweise eingebunden.“¹¹
- Die WFB übernimmt – aus Steuergeldern des „Haushaltsnotlagelandes Bremen“ – die „Entwicklung von MARISSA und bietet im Rahmen der Wirtschaftsförderung Bremen Koordinierungsfunktionen, Entwicklung eines themenbezogenen Standortmarketings und technischer Showcases sowie Flankierung der Projektaktivitäten nach Bedarf und Möglichkeit aus Landesmitteln“ (ebda.). Außerdem übernimmt die WFB Aufgaben in den Bereichen „Gesamtkoordination, Brückenfunktion zur Politik und Standortmarketing“ (ebda.) des Netzwerks.

Der Kriegswaffenhersteller Rheinmetall Defence Electronics (RDE) forscht bereits seit längerem an der Hochschule und der Uni Bremen, also auf Kosten der Allgemeinheit (zu RDE vgl. Lühr Henkens Beitrag in diesem Band)¹². Wiederum unter Mitwirkung der WFB wurde mit EU-Geldern und kofinanziert aus den knappen Bremischen Haushaltsmitteln ein Kompetenz- und Forschungsverbund „Competitive Aerial Robot Technologies (CART)“ aufgebaut, für den die RDE satte 1.537.210 Euro Subventionen erhielt¹³. Ziel dieser Einrichtung ist die Optimierung unbemannter Drohnen. RDE ist gerade dabei, Aufklärungsdrohnen (KZO) mit einer israelischen Kamikaze-Drohne (HAROP) zu einem offensiven Angriffssystem (WABEP) hochzurüsten, und der Vertriebschef RDEs vertritt öffentlich die Hoff-

10 <http://www.wfb-bremen.de/de/maritime-sicherheit-ressourcensicherheit>

11 <http://www.wfb-bremen.de/de/maritime-sicherheit-beschreibung> (18.10.2011)

12 <http://robotik.dfki-bremen.de/de/forschung/projekte/sar-sicherheitsrobotik/gocart.html> (15.10.2011)

13 http://www.efre-bremen.de/sixcms/media.php/13/BEGUENSTIGTENVERZEICHNIS_30-06-2011.pdf (15.10.2011)

nung, die Bundeswehr werde zukünftig mehr Geld für „hochgenaue Bekämpfung von Punktzielen“¹⁴ mit Hilfe bewaffneter Drohnen ausgeben – ein Produkt, an dem RDE natürlich längst forscht: unter freundlicher Mitwirkung der öffentlichen Hand und an den Hochschulen des Landes Bremen. Auch dazu steht Rheinmetall Defence Electronics ganz offiziell. Man erwarte von CART u.a.

- den „Aufbau einer engen Technologie-Kooperation mit den wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen des Landes Bremen“¹⁵,
- den „Kompetenzaufbau in geschäftsfeldrelevanten Technologiefeldern“
- und die „Förderung des wissenschaftlichen / technischen Nachwuchses durch Anbieten von Flugroboter-relevanten Studiengänge[n]“ (ebda.).

Wenn die rot-grüne Landesregierung angesichts solcher Projekte behauptet, ihr sei „nicht bekannt, dass Rüstungsforschung im Land Bremen mit öffentlichen Mitteln betrieben wird“¹⁶, ist das entweder grob falsch recherchiert oder gelogen. Eine Desinformation der Öffentlichkeit passiert hier so oder so: Bremen finanziert mehrere Projekte unter Federführung eines Kriegswaffenherstellers – und unterstützt RDE bei der Akquise von Subventionen bzw. bezahlt gleich selbst.¹⁷

In einer anderen Drucksache der Bremischen Bürgerschaft lobt sich Rot-Grün sogar noch für die Subventionierung des RDE-Drohnenprojekts an den Hochschulen: „Stärkung des marktorientierten Wissens- und Technologietransfers“ habe innovationspolitische Priorität für den Standort, „die Transferbeziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind [...] sowohl für den Wissenschafts- als auch für den Wirtschaftsstandort und die Region von essentieller Bedeutung“ und deshalb gar „alternativlos“¹⁸. Das benannte Drohnenkompetenzzentrum CART wird hier explizit als Leuchtturmprojekt gefeiert, in dem eine „Zusammenarbeit zwischen Unternehmen verschiedener Größen und wissenschaftlichen Einrichtungen“ (ebda.) gewinnbringend für den Rüstungsstandort Bremen verwirklicht werden konnte.

14 Jürgen Michel, Vertriebschef RDE am 15.07.2010 auf 3SAT

15 Dr. Reimund Kücke für Rheinmetall Defence, Vortrag gehalten am 28.06.2008. http://www.big-bremen.de/sixcms/media.php/120/1_Vortrag_Dr.Kuecke.pdf (20.10.2011)

16 http://www.linksfraktion-bremen.de/fileadmin/user_upload/Texte_aktuell/BremischeBuergerschaft/Senatsantworten/Militarisierung.pdf (15.10.2011)

17 http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Zuwendungsbericht_2009_SV.pdf (15.10.2011)

18 http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/237/237896.antw_grosse_anfrage_wissenstransfer_als.pdf (15.10.2011)



Die rot-grünen Kriegssubventionen im Bereich der Rüstungsforschung werden zunehmend auch öffentlich gerechtfertigt, die Landesregierung bekennt sich uneingeschränkt zu seiner Wehrindustrie: Es müsse im Zusammenhang mit diesen Firmen „deutlich gemacht werden, dass wir auf jedes einzelne Unternehmen hier stolz sein können“¹⁹. Explizit nennt Günthner hier Rheinmetall Defence Electronics, also eine Firma, die beispielsweise maßgeblich vom Kampfpanzerexport der Leopard 2A7+ nach Saudi-Arabien profitiert (RDE baut die Feuerleitanlagen und liefert diverse Rüstungselektronik für diesen Panzer).

Dass diese Haltung des Sozialdemokraten eklatant gegen die Landesverfassung verstößt (Staatsziel „friedliche Entwicklung der Welt“ in §65) lässt sich verschmerzen: Der Rheinmetall Konzern unterstützte die SPD seit 2002 mit Parteispenden in Höhe von 230.500 Euro²⁰.

19 Wirtschaftssenator Martin Günthner, 27.05.2010 im Weser-Kurier

20 http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/07/parteispenden_leos.pdf (11.10.2011)

Quellennachweise:

- BDI (2008): Manifest für Wachstum und Beschäftigung – Deutschland 2020 http://www.bdi.eu/download_content/Publikation_BDI-Manifest_fuer_Wachstum_und_Beschaeftigung_-_Langfassung.pdf
- BMWi (2010): Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit. Industriepolitische Konzeption des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.
- BMWi (2011): Zukunftsmarkt zivile Sicherheit. Die Konzeption des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Vortrag gehalten von Dr. Heinrich-Gerhard Lochte. Stuttgart, 26. Mai 2011.
- Eick, Volker (2009): Das Dröhnen der Drohnen. Technisierung von Überwachung und Kontrolle, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 94, 28-40.
- KOM (2007): The European Security Research and Innovation Forum (ESRIF) - Public-Private Dialogue in Security Research <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/346>
- KOM (2009): A European Security Research and Innovation Agenda - Commission's initial position on ESRIF's key findings and recommendations http://ec.europa.eu/enterprise/policies/security/files/mami/comm_pdf_com_2009_0691_f_communication_en.pdf
- KOM (2010): EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLETE%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>
- Marischka, Christoph (2008): Der Alptraum Sicherheit. Europäische Sicherheitsforschung als Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie. In: IMI-Magazin 8/2008, 7-9. <http://www.heise.de/tp/artikel/28/28390/1.html>
- Senator für Wirtschaft und Häfen (2010): Innovationsprogramm 2020. Ein Beitrag zum Strukturkonzept 2015. http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/Innovationsprogramm_2020___LOW.6410.pdf

Der Raumfahrt- und Rüstungskonzern OHB AG zeigt sich expansiv, wirtschaftlich stabil und krisensicher

Wieland von Hodenberg

Der in Bremen ansässige Rüstungskonzern OHB System AG (Orbitale Hochtechnologie Bremen) ist einer der Größten auf dem europäischen Kontinent, der über eine dementsprechend umfangreiche Produktpalette verfügt. Die Schwerpunkte liegen derzeit bei der Herstellung von Satellitensystemen für die Bundeswehr (SAR-Lupe), sowie spezielle Satelliten für das Aufspüren und die Abwehr von Flüchtlingen schon an den Außengrenzen der EU (FRONTEX). Pikanterweise befindet sich der Sitz der Firma in unmittelbarer Nähe der Bremer Universität.

1958 erfolgte die Gründung als „Otto Hydraulik Bremen GmbH“¹. Dieser Vorläufer der heutigen, börsennotierten OHB System AG war damals eine kleine Firma, die wenig später überproportional große Expansionsabsichten mit einer entsprechenden strategischen Ausrichtung verwirklichte. 1981 wurde das Unternehmen durch Christa Fuchs übernommen. 1985 stieg Manfred Fuchs (Wechsel von ERNO) in die Firma ein, womit die Produktion von Raumfahrt- und Satellitentechnik begann (ebd.). 1991 erfolgte eine Umbenennung in das Wortungetüm „Orbital- und Hydrotechnologie Bremen-System GmbH“. 1993 gründeten sich die OHB Teledata in Bremen sowie die STS Systemtechnik GmbH in Schwerin. 1992 wurde die OHB-Umwelt-Technologie GmbH, heute Telemondo GmbH., ins Leben gerufen. 1995 beteiligte sich das Unternehmen an der italienischen „Carlo Gavazzi Space S.p.A.“ in Milano. 1998 wurde die ORBCOMM Deutschland AG gegründet (ebd.).

► OHB AG auf Expansion: Der Konzern mit dem großen Rachen

Im Jahr 2000 fand eine Umbenennung mit einem erneut umfangreichen Wortgebilde statt – die Firma nannte sich fortan „Orbitale Hochtechnologie Bremen-System GmbH“. 2001 ging die OHB Teledata an die Börse, und 2002 wurden OHB System und OHB Teledata zur OHB Technology verschmolzen. Es erfolgte die Gründung der ORBCOMM Europe LLC, und kurz darauf fand die Übernahme der Timtec Telematic GmbH (jetzt Timtec Teldatrans GmbH) statt. Als ob das nicht schon gereicht hätte, erwarb die Firma 34 Prozent der Firma Elta S.A. in Toulouse, um auf diese Weise weiterhin kräftig zu expandieren. Im Jahr 2005 verleihte sich der Konzern sogar die MAN-Konzerntochter MAN Technologie AG (jetzt MT Aerospace AG) ein. Seit 2007 gehört auch das Münchener Raumfahrt-Unternehmen Kayser-Threde zum OHB - Firmenverbund (ebd.).

Im März 2008 scheiterte der Versuch von OHB beziehungsweise deren Tochter MT Aerospace, die drei deutschen Airbus-Werke Nordenham, Varel und Augsburg zu übernehmen. Beabsichtigt war nach einem Bericht des „Manager-Magazins“

¹ Wikipedia OHB http://de.wikipedia.org/wiki/OHB_AG



die Entstehung eines neuen, später börsennotierten Luftfahrtkonzerns in einen geplanten deutschen Luftfahrtzuliefererkonzern². Unter Führung der OHB-Gruppe sollte so ein Unternehmen mit 6700 Beschäftigten und rund einer Milliarde Euro Umsatz entstehen. Das Raumfahrtunternehmen Carlo Gavazzi Space ging im Sommer 2009 vollends in den Besitz der OHB Technology über. Im März 2011 beschloß die Hauptversammlung die Umfirmierung der OHB Technology AG in die heutige OHB AG (ebd.)

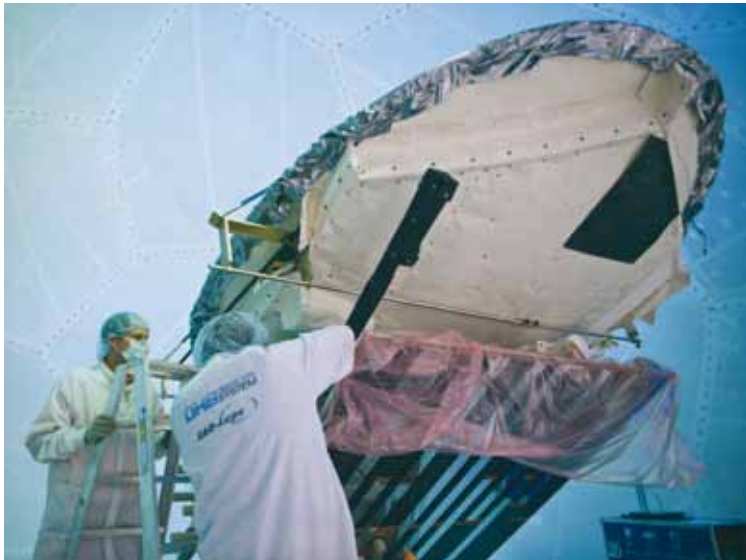
► **Die meisten Produkte sind zivil und militärisch nutzbar**

Soweit der Rückblick in die wechselvolle Geschichte dieses äußerst umtriebigen Rüstungskonzerns. Dessen strategisch angelegte Raubzüge dürften vorrangig dem Ziel gedient haben, die Nummer Eins auf dem Sektor der Raumfahrttechnologie in Europa und darüber hinaus zu werden. Um sich diesen Status zu erhalten und die US-Konkurrenz beim Satellitenbau aus dem Felde zu schlagen, entwickelte die OHB AG eine umfangreiche und hochwertige Produktpalette. Im Januar 2010 erhielt das Unternehmen einen ersten Auftrag von der EU für den Bau von 14 Satelliten für das Galileo-System³. Das Projekt wird in Kooperation mit der europäischen Raumfahrtagentur ESA verwirklicht. Der Auftragswert beträgt 566 Millionen Euro. Die Satelliten sollen angeblich überwiegend für zivile Zwecke wie Umweltbeobachtung, Wetterbeobachtung und Umweltschutz gedacht sein, doch sind diese im Rahmen von „Dual Use“ selbstverständlich militärisch

2 OHB-Website <http://www.ohb.de/projekt-galileo.html>

3 Manager – Magazin vom 11.08.2009 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,641772,00.html>

nutzbar. Zu den größten Projekten gehören das anfangs bereits erwähnte SAR-Lupe-Programm für die Bundeswehr⁴, sowie das Sentinel-Satellitenprogramm, das der GMES (Global Monitoring for Environment and Security) für die Flüchtlingsabwehr an Europas Grenzen zur Verfügung gestellt wird. Die GMES ist ein Vernetzungsprojekt, in dem nationale und europäische Erdbeobachtungssysteme im Dienste der EU zusammengefasst werden⁵.



Andere Projekte und Beteiligungen sind unter anderem BremenSat, ABRIXAS, Bird-RUBIN sowie European Physiology Modules (1a). Im Bereich der Telematik bietet das Unternehmen Lösungen zum weltweiten Datenmanagement mit dem Schwerpunkt Verkehrstelematik an. Dabei liegt der Focus insbesondere auf der Entwicklung von Flottenmanagementsystemen zur Optimierung der Transportketten im Speditionsgewerbe. Im Geschäftsbereich „Raumfahrt und Sicherheit“ bietet OHB Kompetenzen für die Entwicklung von Kleinsatelliten, der bemannten Raumfahrt und Technologien für Sicherheit und Aufklärung an. Mit diesem Bereich beschäftigen sich die Unternehmensteile OHB System, LuxSpace und OHB Electro Optics mit ihren Beteiligungen bei MT Aerospace AG, COSMOS International, ELTA, EOS, STS und ATB (ebd.).

4 OHB-Website <https://www.ohb-system.de/sar-lupe.html>

5 Informationsstelle Militarisierung <http://www.imi-online.de/2011.php?id=2247>

► Umsatz und Profite kräftig gesteigert

„Die OHB-AG schwimmt im Geld und wünscht sich dringend die gesellschaftliche Anerkennung für ihre Gewinne und für ihre diversen Raumfahrt-Rüstungsprojekte“ ist auf der Website von „Die Linke Bremen“ absolut zutreffend zu lesen. (siehe www.dielinke-bremen vom 05.08.2011). Daher will die Firma auch den von ihr angebotenen Stiftungslehrstuhl an der Uni Bremen zehn Jahre lang finanzieren. Über die horrenden Umsätze und Gewinne gibt die Website von OHB AG (OHB) ausführlich Auskunft⁶. Radio Bremen fasste am 10. August 2011 die Umsatzentwicklung in einer komprimierten Kurzform zusammen. Danach hat der Bremer Satellitenhersteller im ersten Halbjahr 2011 Umsatz und Gewinn deutlich steigern können. Das Konzernergebnis ist nach Mitteilung des Unternehmens im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 29,1 Prozent auf fast 4,7 Millionen Euro gestiegen. Der Umsatz legte danach um 25,2 Prozent auf gut 209,2 Millionen Euro zu. Im wichtigen Unternehmensbereich „Space Systems“ stieg der Umsatz um 25 Prozent auf 164 Millionen Euro. Dies

steht im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Start des europäischen Galileo-Projekts, mit dem die US-amerikanische GPS-Vorherrschaft bei der Satellitennavigation beendet werden soll. Die OHB AG beschäftigt mehr als 2.200 MitarbeiterInnen⁷.

OHB – Satelliten bedeuten mehr allumfassenden Krieg und sind nicht unbedingt gut für Bremens Prestige

Mit Hilfe der Spitzentechnologie von OHB wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, ihre Kriegseinsätze wesentlich präziser durchzuführen und beträchtlich zu erweitern. Das ist der Grund, weshalb die Bundesregierung das Projekt SAR – Lupe in jeder Weise unterstützt und mit hohem finanziellen Aufwand fördert. Im Lande Bremen betrachten der Senat und die hiesige Handelskammer die Aktivitäten ebenfalls mit großem Wohlwollen und sogar unverhohlener Freude⁸. Sie sind stolz auf die zweifelhaften Satellitenproduktions- und Forschungsprogramme des Raumfahrt- und Rüstungsriesen OHB AG und halten sie als angeblich „Großen Standortvorteil mit erheblichem Prestigegewinn“ für unverzichtbar. Kritik oder Selbstkritik Fehlanzeige!

6 <http://www.ohb-tchnology.de> Pressemitteilungen

7 Radio Bremen <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/wirtschaftohbumsatzsteigerung100.html>

8 Handelskammer Bremen http://www.handelskammer-bremen.ihk24.de/standortpolitik/stadtentwicklung/954862/Region_Standort_Bremen.html

Bremen macht FrontEX – Dimensionen der europäischen Weltraum(überwachungs)- und Flüchtlings(abwehr)politik

Sofia Leonidakis und Torsten Schlusche

Der Begriff von „Sicherheit“ hat sich seit dem 11. September 2001 substantiell gewandelt; mit dem „Krieg gegen den Terror“ werden völkerrechtswidrige Invasionen gerechtfertigt und gleichzeitig eine militärtechnische Aufrüstung im hegemonialen Diskurs legitimiert. Dies ist insbesondere der Fall in der Raumfahrtspolitik, in welcher die EU und auch die BRD einen „zentralen Bestandteil [...] staatlicher Sicherheit“ (BMW 2010:20) sehen. Dem entsprechend hat sich in den vergangenen Jahren die militärische Ausrichtung der Weltraumforschung fortgesetzt, die auch wesentlich der Flüchtlingsabwehr dient (Bremer Bündnis gegen FRONTEX 2009a: 55).

► Europäische Dimension

Die Installation eines europäischen Grenzkontrollsystems EUROSUR wurde 2008 von der Kommission vorgeschlagen (KOM 2008 (68) endg.). Als erstes Ziel von EUROSUR gibt die Kommission die „Reduzierung der Zahl illegaler Einwanderer“ (S. 3) an. EUROSUR soll Daten institutioneller und technologischer Quellen, auch aus der Weltraumüberwachung, vernetzen und analysieren. Dabei soll u.a. „durch die Kombination nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit Informationen, die aus Überwachungsinstrumenten gewonnen werden, [...] ein gemeinsames Informationsbild des Grenzvorbereichs entwickelt werden“ (S. 5). Mit anderen Worten, es sollen Informationen der EU-Mitgliedstaaten und von Drittstaaten gesammelt werden, um FRONTEX zu ermöglichen, „Muster und Analysetrends zu erkennen, Migrationsrouten leichter aufzuspüren und Risiken vorherzusagen“ (S. 9).



Die Abwehr von MigrantInnen wird in mehrfacher Weise externalisiert: Die EU oder ihre Mitgliedstaaten schließen Rückübernahmeabkommen¹ und FRONTEX schließt Arbeitsabkommen² mit Nicht-EU-Staaten, die Flüchtlinge bereits im Vorfeld an der Passage hindern oder ihre direkte Rückschiebung ermöglichen. Die EU überwacht mittels der hier genannten Instrumente nicht nur die Grenzen der eigenen Hoheitsgebiete, sondern auch die „Grenzbereiche“ internationaler Gewässer oder gar die Hoheitsgebiete von Anrainerstaaten. Diese Staaten nehmen so die Funktion einer vorgelagerten Grenze ein, mit Internierungslagern, Haft und Verfolgung für Flüchtlinge, und werden so als „Wachhund“ für die EU instrumentalisiert.

Bei der Schaffung gemeinsamer europäischer Überwachungsinfrastrukturen sind zwei EU-Programme von herausragender Bedeutung: Galileo und GMES.

- 1 Karl Kopp gibt 2002 ihre Gesamtzahl mit über 150 an, mittlerweile dürften es bedeutend mehr geworden sein, bzw. wurden die bilateralen durch gemeinschaftliche Abkommen ersetzt (vgl. Kopp 2002: 77). Die BRD hatte in 2010 mit 30 Staaten derartige Abkommen geschlossen (vgl. <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/151414/publicationFile/55574/RueckkehrFluechtlinge.pdf>), die EU hat zwölf Rückübernahme-Abkommen abgeschlossen und ein weiteres mit der Türkei vereinbart, dessen Inkrafttreten jedoch noch bis auf Weiteres aussteht (vgl. http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_03/2011_115/11.html). Die Kommission hat seit dem Vertrag von Amsterdam die Kompetenz übertragen bekommen, für die EU Rückübernahmeabkommen zu verhandeln. Diese müssen anschließend durch den Europäischen Rat gebilligt werden. Dennoch können weiterhin auch einzelne Staaten bilaterale Rückübernahmeabkommen abschließen.
Sowohl die Rückübernahmeabkommen als auch die Klassifizierung als sicherer Drittstaat erfolgten über Druckausübung auf potenzielle EU- Beitrittskandidaten (Zumeist osteuropäische Staaten, die sich als vorgelagerte Pufferzone zur Verfügung stellten und hierfür von der EU mit Grenzkontrollrüstung versorgt wurden (Ezra 2004: 126), jedoch auch bei der Türkei, die im Februar 2011 mit der EU ein zweites Rückübernahmeabkommen unterzeichnet hat (Vgl. Presseerklärung zum „3071st JUSTICE and HOME AFFAIRS Council meeting Brussels, 24 and 25 February 2011“ unter <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/119501.pdf>, Stand 16.7.2011)), über diplomatischen Druck (Beispielsweise gegenüber der Ukraine oder Russland mit dem Druckmittel der Visapolitik, vgl. Ezra 2004: 184f.) oder über entwicklungs- und handelspolitischen Druck (Beispiel Lome- und Cotonou-Abkommen, vgl. Düvell 2002: 80ff.).
- 2 FRONTEX hat aufgrund seiner Autonomie und seiner Rechtstellung als eigenständige juristische Person die Befugnis, Arbeits- und Polizeiabkommen mit Drittstaaten abzuschließen und hat dies bereits mit vierzehn, auch autokratischen und/oder Menschenrechte verletzenden Staaten getan oder beabsichtigt. So wurden Arbeitsabkommen mit Russland, Moldawien und der Ukraine geschlossen, in deren Folge gemeinsame Einsätze erfolgten sowie der Austausch von Informationen, die FRONTEX für die „Risikoanalyse“ nutzte (FRONTEX 2008: 16, vgl. auch Marischka 2009: 5). Außerdem unterzeichnete FRONTEX 2008 Abkommen mit Kroatien, Georgien und Moldawien und hat bis Februar 2011 Abkommen mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kap Verde, Mazedonien, Montenegro, Serbien, den USA und Weißrussland abgeschlossen (vgl. http://www.frontex.europa.eu/external_relations/, Stand 25.7.2011). 2010 beschloss der Verwaltungsrat einstimmig, mit der Türkei und mit Libyen (vor den Aufständen!) Verhandlungen über Arbeitsabkommen zu führen (siehe Bundestagsdrucksache 17/3604 vom 02. 11. 2010). Auch mit Tunesien wurde verhandelt (PRO ASYL 06/2011: 3).

Galileo ist ein von der EU und der ESA (European Space Agency) initiiertes eigenständiges europäisches Navigationssatellitensystem analog zum US-amerikanischen GPS. Es ist der Gigant in diesem Bereich und mit einem Finanzrahmen von 3 Milliarden Euro³ ausgestattet. Geplant sind 30 Satelliten, von denen die bremische Unternehmensgruppe OHB den Auftrag für 14 Satelliten im Wert von 566 Millionen Euro bekommen hat. Die ersten beiden Satelliten starteten am 21. Oktober 2011 vom „europäischen“ Spaceport in Kourou („Französisch“-Guayana) in den Weltraum.

GMES (Global Monitoring for Environment and Security- Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung) ist das größte Erdbeobachtungsprogramm der EU und neben Galileo das zweite „Flaggschiff“ der europäischen Weltraumpolitik, ausgestattet mit 5 Milliarden Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren⁴. GMES beinhaltet sowohl eigene Satelliten als auch die Vernetzung bestehender Infrastruktur. Es soll 2014 voll einsatzfähig sein, dann greift es u.a. auf Galileo zurück (KOM (2005) 565 endgültig).

GMES führt Daten aus Radar, optischer Erdbeobachtung, Infrarot, AIS⁵ etc. zusammen und soll so Voraussagen über Natur- und andere Ereignisse geben können (Marischka 2008: 18). Die Vernetzung der (geplanten) Raumüberwachungsinfrastruktur hat als „oberstes Anliegen [...], nicht zu verdoppeln, was bereits besteht, sondern die Informationslücken bezüglich der Umwelt und Sicherheit zu füllen“⁶. Es findet also eine Vermischung ziviler und militärischer Überwachungsstrukturen statt, deren Synergieeffekte von der Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency – EDA) für GMES ermittelt werden (Remuss 2010: 154). Das bremische Unternehmen OHB arbeitet derzeit an zwei AIS-Satelliten, seine Tochterfirma Luxspace hat einen Auftrag für die Lieferung von AIS-Daten an die NATO erhalten (OHB 2011: 10).

3 Vgl. http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/38/01/article_157_en.html, Stand 13.7.2011

4 Siehe http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html#notes, Stand 13.7.2011 Die Europäische Kommission hat im März ein 9 Millionen Euro-Budget für GMES veranschlagt, davon 2,3 Mio. Euro für „Mapping, 0,4 Millionen Euro für „Early Warning Systems“, 2,7 Millionen für „Pan-EU Land Cover monitoring service“ und 3,6 Millionen Euro für das „Space Component.“ (C(2011)1514, S. 6ff.)

Die Finanzierung in der „Transitionsphase“, also der Aufbauphase bis zur Einsatzfähigkeit von GMES in 2013 läuft hauptsächlich über das 7. EU- Forschungsprogramm, zusätzlich wurden 107 Mio. Euro durch die GMES Verordnung zur Verfügung gestellt (Art. 15, KOM(2009) 223 endg., S. 15)

5 Automatic Identification System, basiert auf Funkübertragung

6 Zitat von Volker Liebig, Leiter des Earth Observation Program der ESA (siehe http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html, Stand 13.7.2011)

Die ersten zwei Sentinel-Satelliten des GMES-Programms im Wert von 300 Millionen Euro werden von EADS Astrium gefertigt, die ab 2012 in der Lage sind, dank der SAR- Technologie⁷, die auch von den bremischen Unternehmen OHB und EADS Astrium wesentlich nach vorne gebracht wurde, detaillierte optische Bilder der Erde zu liefern. Diese Bildinformationen, die auch gegen klandestine Einwanderung genutzt werden, sehen wie folgt aus:

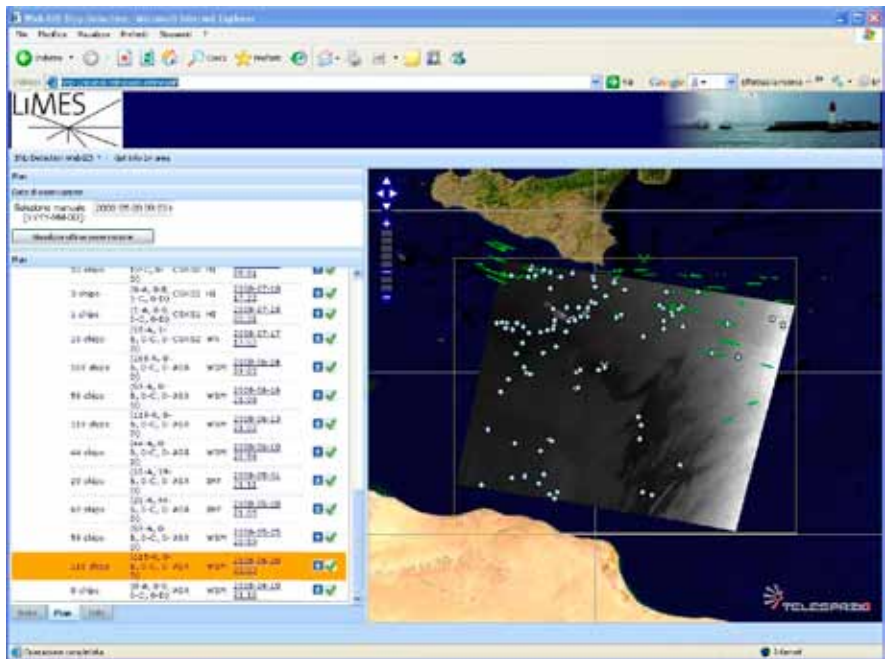


Abbildung 1: Überwachung der Seegrenzen und Schiffsbewegungen aus dem Weltraum; Quelle: http://www.fp6-limes.eu/index.php?page=custom&page_id=128, Stand 14.7.2011

7 SAR steht für Synthetic Aperture Radar und ist Deutschlands „erstes satellitengestütztes Radar-Aufklärungssystem“ (<https://www.ohb-system.de/sar-lupe.html>, Stand 13.7.2011), hergestellt von der Bremischen Firma OHB System AG im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums. Die TerraSAR-X- Satelliten zur Erdbeobachtung werden von EADS Astrium produziert.

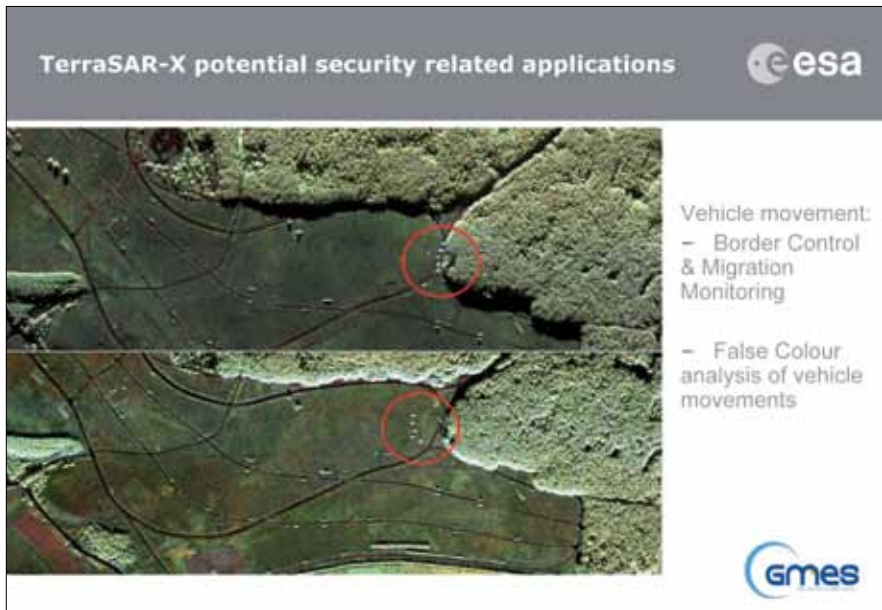
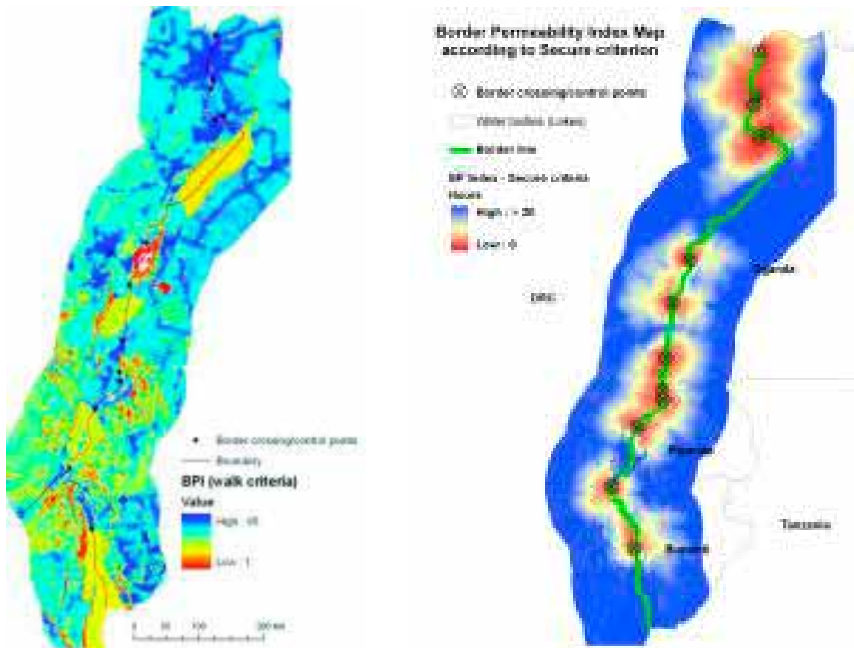


Abbildung 2: Überwachung der Landgrenzen und Fahrzeugbewegungen aus dem Weltraum mit Hilfe der SAR-Technologie; Quelle: http://www.application-days.eu/presentations/day2/gmes_award_at_galileo_application_days.pdf Seite 12, Stand 14.7.2011

Teilprojekte des GMES ziel(t)en ausdrücklich auf die Abwehr von „illegaler Migration“ ab, wie die Projekte LIMES (Land and sea Integrated Monitoring for European Security) und MARISS (MARitime Security Services) aus dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm und G-MOSAIC derzeit. G-MOSAIC (GMES services for Management of Operations, Situation Awareness and Intelligence for regional Crises) lief 2009 an, ist für drei Jahre geplant und hat als eines von fünf Betätigungsfeldern „Migration & Grenzen“. Dabei geht es darum, Wanderungen kurz- und langfristig zu überwachen. Langfristig bedeutet, Migrationsbewegungen werden schon außerhalb Europas überwacht, auf dieser Basis Voraussagen erstellt und „Risikoanalysen“ zur Durchlässigkeit der relevanten Grenzen angefertigt. Grafisch dargestellt:

portbewegungen; Quelle: <http://www.gmes-gmosaic.eu/project-overview/124>,
Stand 14.7.2011



Border Bermeability Map based on walk criterion, border area DR Congo, Borundi and Rwanda

Border Bermeability Map based on secure criterion, border area DR Congo, Borundi and Rwanda

Abbildung 5: „Risiko“-Analysen für die (Nicht-)Durchlässigkeit der Grenzen; Quelle: <http://www.gmes-gmosaic.eu/project-overview/123>, Stand 14.7.2011

Zu den Nutzern der Daten aus LIMES⁸, MARISS⁹ und G-MOSAIC¹⁰ gehört auch FRONTEX (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen). Die Agentur ist „prominenter [End]Nutzer der GMES- Überwachungsdaten [...], nach dessen Bedürfnissen sich das Projekt ausrichtet.“ (Bremer Bündnis

8 Siehe http://www.frontex.europa.eu/newsroom/news_releases/art59.html, Stand 15.7.2011

9 Siehe <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200908/20090813ATT59613/20090813ATT59613EN.pdf>, Seite 18. Stand 15.7.2011

10 Siehe <http://www.gmes-gmosaic.eu/project-overview/27>, Stand 15.7.2011

gegen FRONTEX 2009b: 43). Auch die NATO verwendet die GMES-Daten (Lange/Schlusche 2010:17, vgl. Slijper 2008: 38). Die Nachfolger-Projekte von LIMES und MARISS sind die 2011 begonnenen Projekte DOLPHIN (Development of Pre-operational Services for Highly Innovative Maritime Surveillance Capabilities) und NEREIDS (New Service Capabilities for Integrated and Advanced Maritime Surveillance) aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. NEREIDS hat eine Laufzeit bis 2014 und hat die Verbesserung der weltraumgestützten Seeüberwachung zum Ziel, mit dem Fokus auf der Erkennung von kleinen Booten. Als Anwendungsgebiet wird auch hier die Bekämpfung irregulärer Einwanderung über See angegeben¹¹. DOLPHIN läuft bis 2013 und „explores how maritime situational awareness can be enhanced by the use of space assets that support operations carried out by civilian and military authorities such as monitoring of sea pollution, maritime traffic, and the fight against illegal trafficking of human beings and drugs.“¹² „In particular, DOLPHIN will facilitate the detection of ‘small and noncooperative maritime objects’ by means of innovative radar satellite technologies in response to such policy needs.“¹³

► Nationalstaatliche Dimension

Die deutsche Raumfahrtindustrie ist in Europa mit knapp zwei Milliarden Euro Umsatz und etwa 6.200 Beschäftigten¹⁴ nach Frankreich die zweitgrößte. Die Bundesregierung sieht in der Raumfahrt den „zentrale[n] Pfeiler der Hochtechnologiepolitik“ (BMW 2010: 5) und fördert sie entsprechend: Die Weltraumsparte erhält im Jahr 2011 von insgesamt 5,3 Milliarden Euro Fördergeldern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Forschung mit 1,1 Milliarden knapp über 20%. Das DLR bekommt davon 299 Millionen Euro, etwas über die Hälfte geht an die ESA¹⁵. Auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist

11 Präsentation von José Luis Sousa Freitas (GMV) auf einem Symposium zur Weltraumsparte des 7. EU-Forschungsrahmenprogramm am 26. Mai 2011 in Lissabon, Quelle: http://www.gppq.mctes.pt/fp7space-gio-symposium/_docs/27_1630_JoseFreitas.pdf, Stand 28.10.2011

12 Siehe <http://www.gmes.info/pages-principales/projects/other-gmes-projects/security/>, Stand 28.10.2011

13 Siehe <http://www.gmes.info/pages-principales/projects/project-database/database-of-projects/?idp=238&what=1&filter=4&page=0&chash=46901c8ff0c9dd8cbb9fed9da11f90>, Stand 28.10.2011

14 Die meisten sind bei EADS Astrium und OHB beschäftigt. Zahlen für 2009 (BMW 2010: 8).

15 In 2010 erhielt das DLR 280 Millionen Euro vom Bundesministerium, davon 151 Millionen Euro für die Raumfahrt (siehe für 2011: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/H/haushalt-2011-tabellarische-uebersicht,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, für 2010: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/H/haushalt-2010-tabellarische-uebersicht,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand 15.7.2011).

mit 96 Millionen Euro bei GMES, Galileo und an Wettersatelliten beteiligt (ebd.: 7). Die Bundesregierung sieht in der deutschen Raumfahrtstrategie nicht nur einen Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge (ebd.: 10), sondern führt auch konkrete Nutzen an:

„Weltraumgestützte Systeme zur Erdbeobachtung, Kommunikation, Navigation [...] sind zentraler Bestandteil vieler Bereiche staatlicher Sicherheit. Satellitendaten und -dienste leisten z. B. entscheidende Beiträge zu Katastrophenhilfe und -bewältigung, Umwelt- und Klimaschutz, Warnung vor Gefahren, Entwicklungshilfe, Grenzüberwachung oder Rüstungskontrolle. [...]. Wir werden [...] wo immer möglich, Synergien mit zivilen Entwicklungen und „Dual-Use“-Technologien nutzen.“ (BMWi 2010: 20f.).

► Bremische Dimension

Auch auf der Ebene der Bundesländer findet die Förderung dieser Dual-Use-Projekte statt. Analog zur Bundesregierung wird auch auf lokaler Ebene - wie in Bremen - die öffentliche Förderung von offensichtlich auch militärisch nutzbaren und zu nutzenden Infrastrukturen mit der Standortentwicklung und dem globalen Wettbewerb legitimiert.

„Heute zählt Bremen zu den bedeutendsten Luft- und Raumfahrt-Regionen Europas. Global Player wie EADS mit seinen Gesellschaften Airbus Operations und ASTRIUM sowie RDE¹⁶ und OHB-System, aber auch wichtige Zulieferer wie KAEFER Aerospace, Premium Aerotec und VOITH prägen Bremens Expertise.

- Mehr als 12.000 Beschäftigte in über 100 Unternehmen und Instituten
- Weltbekannte Projekte: Airbus A 350, Ariane- Rakete (Oberstufen), GALILEO (Satellitennavigationssystem)¹⁷.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen unterstützt das 2009 gegründete

16 In einer frühen Hochglanzbroschüre informiert der Senat über RDE (Rheinmetall Defence Electronics GmbH) wie folgt: „Führendes deutsches Systemhaus für Verteidigungs- und Sicherheitstechnik. Die Angebotspalette reicht dabei von Aufklärungs- und Führungssystemen überanspruchsvolle Simulatoren bis hin zu Drohnensystemen. Bietet wirkungsvolle Lösungen für die innere Sicherheit mit den Schwerpunkten Überwachung und Schutz von Landgrenzen, des maritimen Raumes inkl. der Küstenbereiche, kritischer Infrastrukturen für Verkehr und Energieversorgung und des urbanen Umfeldes. Siehe <http://www.gmes-bremen.eu/downloads/big7288gmesbroschuered1405.pdf>, (Seite 16). Stand 15.7.2011

17 WFB- Broschüre „Bremen beflügelt. Luft- und Raumfahrt an der Weser“ unter http://www.wfb-bremen.de/sixcms/media.php/120/Flyer_Luft-_und_Raumfahrt_100x210_web_32229.pdf, Stand 15.7.2011

regionale GMES-Büro CEON (Center for Communication, Earth Observation and Navigation Services) mit 1,23 Millionen Euro originäre Landesmittel (Brem. Senat 2010: 2) zwischen 2010 und 2012. CEON gehört zu 51% der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB), eine 100% Gesellschaft der Hansestadt Bremen, und zu 49% dem Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der Freien Hansestadt Bremen e. V. CEON soll Kompetenzen und potenzielle Nutzer von GMES bündeln (Lange/ Schlusche 2010:18). Als Geschäftsführer hat OHB einen ihrer Mitarbeiter abgestellt (ebd.).

Der Senat ist der Meinung, seine „Förderung innovativer Sicherheitstechnik“ beziehe sich „in jedem Fall auf den zivilen Bereich“ (Brem. Senat 2010: 3), wobei er sich „der generellen, durch ihn nicht beeinflussbaren, so genannten Dual-Use-Problematik bewusst“ sei und ihm des Weiteren bekannt sei, „dass im Rahmen des so genannten Dual Use GMES-Daten grundsätzlich auch für Aktivitäten im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU genutzt werden könnten“ (ebd.). Nicht nur die militärische Nutzungsmöglichkeit der GMES-Daten, sondern auch die Rolle von FRONTEX zur „Verhinderung illegaler Einwanderung“ wird vom Senat mindestens toleriert (ebd.: 3,4).

Über das CEON-Büro werden die beteiligten Unternehmen¹⁸ nicht nur indirekt, sondern einige vom Senat auch direkt gefördert. So erhielt OHB System im Jahr 2008 191.595,58 Euro vom Senat und 2009 75.728 Euro. Auch die Rüstungsfirma Rheinmetall Defense wurde 2008 mit 97.662 Euro vom Senat direkt unterstützt¹⁹. Die Begründung des Senats, mit der Unterstützung „eines bremischen Unternehmens, das einen deutlichen Wehrtechnikanteil hat“, „den Stellenwert der zivilen Produktion in bremischen Wehrtechnikfirmen zu erhöhen“ (Brem. Senat 2010:3), mutet selbst unter konversionspolitischer Perspektive sarkastisch an.

Auch die GAUSS (Gesellschaft für angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr gGmbH), eine hundertprozentig in öffentlicher Hand (Land Bremen 60%, landeseigenen Hochschulen Bremen und Bremerhaven jeweils 20%)²⁰ befindliche Gesellschaft die jedoch zum Ende 2011 abgewickelt werden soll, war

18 u.a. Atlas Elektronik, EADS Astrium, OHB System, Rheinmetall Defense Electronics, aber auch Forschungsinstitute wie das Alfred-Wegener-Institut, das Fraunhofer-Institut und von der Universität Bremen das Institute of Environmental Physics (IUP) und MARUM (Centre for Marine Environmental Sciences)

19 Zuwendungsbericht der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, S. 60 und 66

20 Siehe Vorlage Nr. 17/306-L der Sitzung der Bremischen Deputation für Wirtschaft und Häfen (Land) am 17.3.2010 unter http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/17_306_L-VorlageCEON_GAUSS-nachDepuSitzung-B.pdf, Stand 15.7.2011

bzw. ist beteiligt an Überwachungsprojekten. So war die GAUSS seit 2008 federführend am dreijährigen Projekt DeMarine Sicherheit des DLR beteiligt und beherbergt dessen Projekt- Nutzerbüro. Dabei hat es neben den üblichen Unternehmen auch mit der Bundesmarine und der Bundespolizei kooperiert²¹.

Ziel von DeMarine Sicherheit, das im März 2011 beendet wurde, war „die Entwicklung von satellitengestützten Verfahren bzw. exemplarischen Demonstrationsprodukten zur Verbesserung der Überwachung der maritimen Umwelt und zur Verbesserung der Sicherheit der Seeschifffahrt.“²² DeMarine Sicherheit war eine von drei GMES- Schnittstellenprojekten in der BRD. Die „Detektion von Schiffen“ soll „küstenstaatliche[n] Belange in Bezug auf Immigration, Piraterie, Terror etc.“ entsprechen²³, ebenso wie bei künstlichen Objekten, deren Erkennung „für alle Organe zur Grenzüberwachung oder zur Sicherstellung des Küstenschutzes von Bedeutung“ sei (GAUSS 2010: 38). Die Schiffsdetektion dient laut GAUSS der Bekämpfung von Piraterie, illegale[n] Grenzübertritte[n], illegale[m] Fischen, Schmuggeln etc.“²⁴.

Die GAUSS und mit ihr auch die Freie Hansestadt Bremen wie auch die Bundesregierung sind also nicht nur über die EU- Gremien, sondern auch direkt in die Grenzsicherungspolitik und Flüchtlingsabwehr involviert.

Einwanderung wird als Risiko oder als Gefahr betrachtet und behandelt, Flüchtlinge werden in den scheinbar apolitischen Verwaltungs- und Exekutivgremien abzuwehrende Objekte. FRONTEX spielt bei der Migrationsabwehr eine zentrale Rolle und wird seit seiner Gründung 2005 permanent finanziell und personell gestärkt und mit mehr Kompetenzen versehen. FRONTEX begeht im Auftrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten, allen voran der BRD, Menschenrechtsverletzungen, indem Flüchtlingen durch die verweigerte Einreise ein Asylverfahren vorenthalten wird, indem sie auf hoher See abgedrängt, von EU-Territorium direkt in Drittländer, mit denen Rückübernahmeabkommen bestehen, zurückgeschoben und abgeschoben werden. Bremen trägt durch öffentliche Unterstützung und durch seine Firmen wesentlich dazu bei, dass FRONTEX und andere Sicherheitsorganisationen die Festung Europa noch unerreichbarer werden lassen.

21 Siehe <http://www.demarine-sicherheit.de/downloads/agendaabschlussveranstaltungbonn-stand30032011.pdf>, Stand 15.7.2011

22 Siehe <http://www.demarine-sicherheit.de/dasprojekt/index.html>, Stand 15.7.2011

23 Ebd.

24 Siehe Vortrag der Prokuristin von GAUSS, Kapitänin Ute Hannemann beim Nautischen Verein Vogel- fluglinie am 16.07.2009 unter <http://www.dnvev.de/media/pdf/Vortrag%20Ute%20Hannemann.pdf>, Seite 7, Stand 15.7.2011, vgl. Lange/ Schlusche 2010: 18.

Quellenangaben:

- KOM(2008) 68 endgültig: Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel, den 13.2.2008
- Marischka, Christoph 2008: FRONTEX - Die Vernetzungsmaschine an den Randzonen des Rechtes und der Staaten. In: Pflüger, Tobias / Informationsstelle Militarisierung (IMI) (Hrsg.): Was ist Frontex? Aufgaben und Strukturen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse I gegen Krieg, Repression Nr. 4, Tübingen/Brüssel. S. 16-23
- KOM(2005) 565 endgültig: Globale Überwachung von Umwelt und Sicherheit (GMES)- Vom Konzept zur Wirklichkeit. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel, den 10.11.2005
- Remuss, Nina-Louisa 2010: Space and Security – Challenges for Europe. In: Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 3/ 2010, S. 151- 160
- BMW 2010: Für eine zukunftsfähige deutsche Raumfahrt. Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, November 2010. URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/zukunftsaehige-deutsche-raumfahrt,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand 15.7.2011
- Slijper, Frank 2008: From Venus to Mars. The European Union's steps towards the militarisation of space. Amsterdam URL: <http://www.space4peace.org/eurospace/Venus%20to%20Mars%20EU%20Space%20Report.pdf>, Stand 15.7.2011
- Brem. Senat 2010: Beteiligung des Landes Bremen am EU-Programm „Global Monitoring for Environment and Security – GMES. Mitteilung des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft (Drucksache 17/1149 (zu Drs. 17/1074)) vom 2. Februar 2010 URL: <http://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/volltext.php?area=dn&navi=informationsdienstes5tbuergerschaftart=1&dn=D171149.DAT&lp=17&format=pdf&datum=2010-02-02>, Stand 27.9.2011
- GAUSS 2010: Satellitenfernerkundung zur Verbesserung der maritimen Sicherheit Tätigkeitsbericht des Verbundprojekts DeMarine Sicherheit. Bremen, Januar 2010. URL: <http://www.demarine-sicherheit.de/downloads/demarinetaetigkeitsberichtendversion2010.pdf>, Stand 15.7.2011
- Bremer Bündnis gegen FRONTEX 2009a: Bremer Raumfahrtindustrie und Flüchtlingsabwehr für die EU. In: Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung Bremen/ Bremer Friedensforum/ Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden/ Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsgegnerInnen Bremen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen (Hrsg.): Rüstungsstandort Bremen: „Erlebnisland“ als Lieferant der Zutaten für Kriege. Bremen, S. 55-59
- Bremer Bündnis gegen FRONTEX 2009b: Bremer Raumfahrtindustrie und Flüchtlingsabwehr für die EU. In: Pflüger, Tobias / Informationsstelle Militarisierung (IMI) (Hrsg.): FRONTEX. Widersprüche im erweiterten Grenzraum. Tübingen, S. 45-46
- Lange, Katrin/ Schlusche, Torsten 2010: Bremer Know-how zur Flüchtlingsabwehr. Initiative Ziviles Bremen will Forschung und Technologieentwicklung entmilitarisieren. In: WATERKANT, Sonderdruck 1-10.
- OHB 2011: 6-Monatsbericht 2011 für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni, URL:http://www.ohb.de/tl_files/ohb/pdf/finanzberichte_hauptversammlung/2011/OHB_6M_DEU_2011.pdf, Stand 28.10.2011, Bremen
- Düvell, Franck 2002: Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa. Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Heft 7, Berlin, Hamburg, Göttingen

Ezra, Esther 2004: European integration and refugee protection: The development of asylum policy in the European Union. Diss. Ludwig-Maximilians-Universität München

PRO ASYL 2011: Kurzstellungnahme zu den Änderungsvorschlägen der Frontex-Verordnung vom 6.6.2011, Frankfurt/Main

Die Zivilklausel

Bewegung für eine Demilitarisierung der Hochschulen

Dietrich Schulze

Innerhalb eines Zeitraums von nur drei Jahren ist der Begriff „Zivilklausel“ zur knappen und griffigen Charakterisierung für eine Friedensbindung aller Hochschulen geworden, bundesweit gefordert und international beachtet.

Für eine selbst verpflichtende und gelebte Friedensbindung, wonach Forschung, Lehre und Studium auf ausschließlich zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet sind.

Vorbemerkung

Rudolph Bauer zeichnet in seinem Beitrag zur Broschüre die Geschichte der Zivilklausel an der Uni Bremen anschaulich nach, wie diese aus einem Kompromiss aufgrund des 1986 vom Ministerium geforderten forcierten Aufbaus einer Weltraumforschung vor dem Hintergrund einer deutschen Teilnahme an Ronald Reagans „Strategischer Verteidigungsinitiative“ (SDI) entstanden ist. Im Beitrag wird deutlich, dass die Auseinandersetzung heute wie damals im Kern um den gleichen Sachverhalt geht: Wirtschaft, Politik und etablierte Wissenschaft wollen die Universitäten dienstbar machen für deutsche Großmachtpolitik und beteiligen sich an der Militarisierung. Studierende, Beschäftigte, kritische WissenschaftlerInnen und Friedensorganisationen suchen Wege, die Autonomie, die Freiheit des Denkens und die geschichtliche Verpflichtung der Hochschulen zu Friedensbeiträgen zu verteidigen.

Eine ähnliche Auseinandersetzung zur geforderten Teilnahme am SDI-Programm gab es vor 25 Jahren in den ehemaligen Kernforschungseinrichtungen. Die öffentlich finanzierten Großforschungseinrichtungen haben seit ihrer Gründung 1956 wegen des Kernwaffenforschungsverbots eine Zivilklausel mit dem Wortlaut: „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“



In einer Betriebsrats-Dokumentation werden die die aufschlussreichen Ereignisse treffend skizziert (Kasten). Die wichtigste Botschaft: Die Zivilklausel wurde geschützt und die erfolgreichen Proteste haben das Verantwortungsbewusstsein gestärkt. Mehrere weitere Versuche einer zivilmilitärischen Ausweitung der Zivilklausel wurden gleichfalls zurück gewiesen. Die Friedensbindung wurde gelebt und dadurch zum Selbstverständnis der WissenschaftlerInnen, Beschäftigten und des Managements. Nebenbei bemerkt eine Ironie der Geschichte: Die Zivilklausel für die Kernforschung musste als völkerrechtlich bedingter Passierschein für den deutschen Eintritt in diese atomwaffenfähige Technologie akzeptiert werden, die aber von Adenauer und Strauß bei der erstbesten Gelegenheit beiseite geräumt worden wäre, um selber Atommacht zu werden. Die Geschichte nahm einen anderen Verlauf und die demokratischen Abwehrkämpfe haben ausgerechnet diese Zivilklausel zu einem Exportprodukt gemacht.

KIT-Gründung, Urabstimmung, Denninger-Gutachten

Diese Frage wurde vor mehr als drei Jahren akut, als die Pläne zur Zusammenlegung des Forschungszentrums Karlsruhe mit der Universität Karlsruhe zum Karlsruher

Auszug Betriebsratsdokumentation * Forschungszentrum Karlsruhe »HGF-Tradition Zivildforschung - Nein zu ‚dual use‘«

SDI-Forschung

Am 23. März 1983 kündigte US-Präsident Reagan in einer Rede an die amerikanische Nation ein milliardenschweres Rüstungsprogramm zur Raketenabwehr (SDI) an, das von Beginn an in den USA und weltweit auf starke Kritik stieß. Die Bundesrepublik und andere NATO-Länder wurden von den USA zu einer Beteiligung eingeladen. Am 27. März 1986 unterzeichnete die Bundesregierung gegen starken bundesweiten Protest und trotz gewichtiger Ablehnungsgründe einen Vertrag („Memorandum of Understanding“), der eine möglichst umfassende Beteiligung bundesdeutscher Firmen und Forschungseinrichtungen vorsah.

Als erste der Betroffenen in den Einrichtungen, die Wissenschaft und Forschung betreiben, hatten am 13. Juni 1985 WissenschaftlerInnen der beiden Münchener Max-Planck-Institute und der beiden Universitäten ihren Protest in Form eines offenen Briefs an Bundeskanzler Kohl an die Öffentlichkeit gebracht. Sie erklärten darin unter Berufung auf das Beispiel der 18 Göttinger Atomwissenschaftler ihre Weigerung, am SDI-Projekt mitzuarbeiten. ... Der DGB unterzog das SDI-Programm einer umfassenden Bewertung. Diese fiel vernichtend aus und verstärkte den Protest. Der DGB warnte vor der „Gefahr der Bildung eines militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten, der zunehmend auch Hochschulen und Forschungseinrichtungen umfassen würde.“ Im September 1985 lehnte die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der hochschulfreien Forschungseinrichtungen (AGBR) unter Bezug auf den DGB-Beschluss und den offenen Brief an den Kanzler eine Beteiligung der Bundesrepublik und deutscher Forschungseinrichtungen am SDI-Programm ab.

In einer Reihe von Großforschungseinrichtungen (heute Helmholtz-Einrichtungen) existieren Zivilklauseln, d. h. satzungsgemäße Verbote für Militärforschung, u. a. auch in unserer Einrichtung. Der Vorstand erklärte in einer Betriebsversammlung im November 1986, dass deswegen eine Beteiligung am SDI-Projekt nicht in Frage kommt.

Anfang 1986 wandten sich auf Initiative der Naturwissenschaftler-Friedensgruppe am Kernforschungszentrum Beschäftigte des Zentrums als Erstunterzeichner an ihre KollegInnen mit der Bitte, den offenen Brief der Münchener an den Kanzler zu unterstützen und sich damit persönlich der Weigerung anzuschließen, am SDI-Projekt mitzuarbeiten. Die Resonanz war beachtlich. Bis April schlossen sich 380 UnterzeichnerInnen an. Am Ende waren es 600 Unterschriften, die an den Kanzler gingen. ... Die Industrie hatte sich für die Teilnahme an SDI positioniert. Bedenken - wie sich später herausstellte - sehr berechtigte Bedenken - gab es lediglich in der Frage, ob die USA nicht lediglich Wissen abzapfen und die Finanzmittel vorwiegend der einheimischen Industrie zu gute kommen lassen wollte. Das Forschungsministerium bemühte sich getreu dem Argumentationsmuster von Minister Riesenhuber „SDI = Verteidigung gegen Waffen = Schutz von Menschen = Gut“, die Beschäftigten in der Forschung zu gewinnen. Dazu wurden die Betriebs- und Personalräte als Bündnispartner auserkoren. Der denkwürdige Auftritt von MinDir Dr. Borst aus dem Forschungsministerium in der AGBR-Konferenz im April 1986 im Hahn-Meitner-Institut in Berlin wird allen TeilnehmerInnen noch lange im Gedächtnis bleiben. Er meinte, dass das SDI-Rüstungsprogramm einer friedlichen Zweckbestimmung nicht widerspreche. In der Entschließung erteilten die KonferenzteilnehmerInnen Herrn Dr. Borst's Ansinnen eine eindeutige Abfuhr. ... In allen Forschungseinrichtungen wurden aufgrund der Haltung des Ministeriums Unterschriften für eine Anzeige „Keine

Institut für Technologie (KIT) konkret wurden. Die Universität hat keine derartige Friedensbindung und wollte auch keine, unisono mit der schwarz-gelben Landesregierung.



Wie sich später heraus stellte: Die Uni betrieb Militärforschung und will das auch künftig tun. Angesichts der geplanten völligen Verschmelzung gibt es nur zwei Alternativen, entweder die Großforschung einschließlich Kernforschung wird militarisiert oder die Uni-Forschung wird demilitarisiert (Bindung im KIT-Gesetz: „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke“). Mit einer Reihe von faulen Kompromissen, die alle auf die Abschaffung der Zivilklausel hinaus laufen (Bindung nur für die Großforschung, Ethik-Kommission als Ersatz für die Bindung) versuchen KIT-Präsidium und KIT-Senat sich aus der Verantwortung zu stellen. Die größte Gruppe der Betroffenen, die über 20.000 Studierenden haben eine Entscheidung getroffen. Im Januar 2009 votierte eine Zweidrittel-Mehrheit der abstimmenden Studierenden in einer Urabstim-

mung für die zitierte Selbstbindung. Eine Dreiviertel-Mehrheit ist dafür, den Senat einstimmig über Auslegungstreitfälle befinden zu lassen. Die Gewerkschaft ver.di hatte als erste öffentlich die Übertragung der bewährten Zivilklausel auf das KIT gefordert und diese Position mit vielfältigen Initiativen unterstützt, u.a. zusammen mit der GEW mit einem von der Hans-Böckler-Stiftung bei Erhard Denninger (em. Prof. Uni Frankfurt a.M.) in Auftrag gegebenen Gutachten. Im Gegensatz zur damaligen Landesregierung, die die Zivilklausel wegen Art 5.3 GG für verfassungswidrig hält, kommt Denninger zur Schlussfolgerung, dass die Zivilklausel für KIT und für Hochschulen nicht nur zulässig ist, sondern mit der von den Verfassungsvätern im Grundgesetz angelegten „Friedensfinalität“ für die öffentlichen Bildungseinrichtungen in völliger Übereinstimmung steht. Dieses Gutachten vom Februar 2010 ist allgemein anerkannt und nicht widerlegt worden.

Zivilklausel bundesweit und international

Der Streit um die KIT-Zivilklausel ist bis heute nicht beigelegt, hat aber zu einer wachsenden Zivilklausel-Bewegung beigetragen. Hier einige wichtige Etappen:

- ▶ Januar 2009: Urabstimmung an Uni Karlsruhe mit 63 % Zustimmung zur Zivilklausel.
- ▶ Mai 2009: Internationaler Appell INES “Abandonment of Military Research. Support the University of Karlsruhe/Germany to keep their Civil Clause” mit Hiroshima-Bürgermeister und Nobelpreisträgern als Erstunterzeichner.
- ▶ Dezember 2009: Der US-Friedenswissenschaftler und Whistleblower Subrata Ghoshroy spricht im voll besetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe über die verheerenden Folgen der Militarisierung am Beispiel MIT („Pentagon on the Charles“).

SDI-Forschung in der Bundesrepublik!“ in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ gesammelt, die im Mai 1986 erschien. ...

Das Gesamtergebnis ist bekannt. Bis auf eine Ausnahme - das Institut für Raumfahrtssysteme an der Universität Stuttgart - wurde aus der SDI-Forschung in der Bundesrepublik nichts. Es wäre nicht objektiv zu behaupten, dass dieses ermutigende Ergebnis allein den Protesten von Tausenden von Wissenschaftlern und der kritischen Öffentlichkeit geschuldet ist. Eine bedeutende Rolle spielte sicherlich die Ernüchterung der Industrie darüber, wer den finanziellen Nutzen haben wird.

Die Proteste haben einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins der WissenschaftlerInnen geleistet, persönliche Verantwortung für den Inhalt ihrer Forschung zu übernehmen und öffentlich Stellung zu beziehen.

* <http://hikwww1.fzk.de/br/content/pdf/HGF-Zivil-140602.pdf>

- ▶ Dezember 2009: Der Senat der Uni Tübingen beschließt auf Initiative des Bildungstreiks eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung (rechtskräftig im Sept. 2010 mit Zustimmung derjenigen Landesregierung die die Klausel als verfassungswidrig bezeichnet hatte).
- ▶ Februar 2010: Konferenz „Kooperation für den Frieden“ in Heidelberg mit neun Thesen des AK Rüstungsforschung. Die wichtigste: Bildet studentische Arbeitskreise zur Aufdeckung der militärischen Zwecke in Forschung und Lehre.
- ▶ November 2010: Tagung „Kriegsforschung oder Zivilklausel?“ an FH Frankfurt a.M. mit hessen- und bundesweiter Ausstrahlung. Aktiv: GEW-Gruppe der Uni Frankfurt.
- ▶ Dezember 2010: An Uni Köln endet die zweite Urabstimmung für die Zivilklausel mit 65 % JA. Nachhaltig aktive Rolle des AK Zivilklausel.
- ▶ Januar 2011: Internationaler Appell „Commit Universities to Peace – Reject Research for the Military. It is time to act.“ für alle Universitäten, erneut mit Nobelpreisträgern und Persönlichkeiten überwiegend aus Japan als Erstunterzeichner.
- ▶ Februar 2011: Über 60 Bremer ProfessorInnen wenden sich gegen die Aushöhlung der universitären Autonomie und Freiheit durch privatwirtschaftlich finanzierte Stiftungsprofessuren (Rüstungsfirma OHB, s. Wikileaks Spionagesatellit HIROS).
- ▶ Mai 2011: Uni Braunschweig Kongress gegen Rüstungsforschung (erster seit zwei Jahrzehnten) verbunden mit internationalem Seminar. TeilnehmerInnen aus 34 Hochschulen. Kurz davor Gründung des bundesweiten Bündnisses „Hochschule für den Frieden - Nein zur Kriegsforschung – Ja zur Zivilklausel “ mit aktiver Beteiligung der Gewerkschaften.
- ▶ Juni 2011: Das Konzil der Uni Rostock beschließt auf Initiative der Studierenden mit überwältigender Mehrheit eine Zivilklausel als Ergänzung der Grundordnung.
- ▶ Sept./Okt. 2011: Der ver.di-Bundeskongress, das höchste demokratische Gremium der über 2 Mio. Mitglieder zählenden Gewerkschaft fordert Zivilklauseln für alle Hochschulen und unterstützt alle Uni-Angehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken. Ebenso hat sich der DFG-VK-Bundeskongress einstimmig dafür ausgesprochen, die Bewegung für die Zivilklausel an Hochschulen zu unterstützen.

Widersprüchliche Entwicklungen

Es ist allerdings unangebracht, sich ob dieser unbestreitbaren Erfolge vergnügt zurück zu lehnen. Die Militarisierung und Ökonomisierung der Hochschulen schreitet munter voran. Nur drei aktuelle Belege:

- ▶ Erstmals im Oktober 2010 wird die Antwort der Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE. nach militärischen Zwecken der an den Hochschulen finanzierten Sicherheitsforschung vom Bundesverteidigungsministerium unter Geheimschutz gestellt. Ähnliche Anfragen waren 2008 noch öffentlich. Eine neue Dimension der inneren Militarisierung. Direkt betroffen sind 48 Hochschulen.
- ▶ Der Berliner Politologe Peter Grottian deckt im Mai den geheimen Kontrakt zwischen Deutscher Bank und TU Berlin / Humboldt-Universität auf. Im Sponsoren- und Kooperationsvertrag werden der Bank weitgehende Mitspracherechte im akademischen Betrieb eingeräumt. Ein typisches Beispiel dafür, wie weit die Unterwerfung der Wissenschaft unter ökonomische Interessen vorangeschritten ist.
- ▶ In einer im Juni vorgelegten Studie des Technikfolgenabschätzungsbüro des Deutschen Bundestags TAB über „Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme“ wird die Kampfroboter-Entwicklung (UMS) als „unumgänglich“ angesehen und ein „ethischer Diskurs“ zu Bundeswehr-Drohnen (UAV) für gezielte Tötungsaktionen angeregt. Unfassbar: eine ehemals geachtete Kontroll-Instanz betätigt sich als Rüstungspromoter. Mit von der Partie: Rheinmetall Defence, Bundeswehr-Uni München, mehrere Hochschulen, darunter KIT Karlsruhe und Uni Tübingen.

Ermutigend dagegen: An mehreren Hochschulen werden studentische Urabstimmungen nach dem Muster von Karlsruhe und Köln vorbereitet. In der FU Berlin hatten im Januar 90 % der Studierenden einen Forderungskatalog „Für eine solidarische FU!“ u.a. mit der Forderung nach einer Zivilklausel angenommen. In zwei Dutzend Unis gibt es entsprechende Arbeitskreise.

Insgesamt an acht Unis gibt es Zivilklauseln: Bremen, Konstanz, TU Berlin, TU Dortmund, TU Ilmenau, Oldenburg, Rostock und Tübingen. In einer Umfrage der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative wurde von Natascha Bisbis Mitte letzten Jahres die Praxis dazu ermittelt, die so zusammen gefasst werden kann: Vertuschte Verstöße, Verschweigen der Existenz der Klausel, Versuch der Aushöhlung und Pervertierung der Friedensbindung, aber auch Initiativen zu deren Einhaltung. Dafür legt gegenwärtig die Uni Bremen ein beredtes Zeugnis ab, das

in den Beiträgen dieser Broschüre ausführlich beschrieben wird. In Bremen, aber noch deutlicher in Tübingen wird eine neue, von Oben dirigierte Linie gegen die Zivilklausel sichtbar.



Olivgrüne „Friedens“-Klausel

Dazu hatte der Autor im Juni Thesen vorgelegt, die so zusammen gefasst werden können: Neben der bisherigen passiven Linie, die auf Ablehnung der Zivilklausel bzw. auf unverbindliche Ethik-Leitlinien hinausläuft, wird seit Beginn des Jahres eine aktive Linie sichtbar, die auf Durchsetzung einer zivilmilitärischen Kooperationsklausel gerichtet ist und deren politische Wurzel in der NATO-Strategie CIMIC, der zivilmilitärischen Zusammenarbeit liegt. Als Hintergrund muss die Ökonomisierung der Hochschulen und die Elitförderung gesehen werden, verbunden mit einer bewusst gesteuerten

chronischen Unterfinanzierung, Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Drittmiteinnahmen als Exzellenzmerkmal.

In der Uni Bremen soll die Zivilklausel (Ablehnung Forschungsthemen und -mittel, die Rüstungszwecken dienen können) so abgeändert werden, dass sie mit der Stiftungsprofessur des Bremer Weltraumrüstungsunternehmens OHB-Systems vereinbar wird.

In der Uni Tübingen wird die Zivilklausel („Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“) so aufgefasst, dass sie mit der Ende 2010 bei gültiger Zivilklausel beschlossenen Honorar-Professur für den Kriegsbefürworter und Chef der NATO-„Sicherheits“-Konferenz Wolfgang Ischinger vereinbar ist.

Diese klammheimlich eingefädelt Honorar-Professur, die erst Anfang Mai aufgrund der Ischinger-Antrittsvorlesung bekannt wurde, hat die örtliche Zivilklausel-Bewegung und darüber hinaus einige Zeit gekostet, ehe sie sich diese verantwortungslose Absicht überhaupt vorstellen konnte. Und dennoch häufen sich die Fakten:

- ▶ Kürzlich konnten zwei Rüstungsforschungsprogramme aufgedeckt werden, die gegen die im Dezember 2009 beschlossene Zivilklausel verstoßen. Ein Programm zur Abwehr von Chemiewaffen gegen Soldaten und Zivilisten, BMVg-finanziert mit einer halben Mio. EURO, und ein Forschungsprogramm für Minidrohnen mit EU-Rüstungsfinanzierung.
- ▶ Erst nach einer Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE. gab es eine offizielle Antwort. Das wehrmedizinische Programm diene „ausschließlich humanitären Zwecken“ und sei vereinbar mit der Zivilklausel. Experten zufolge geht es eindeutig um militärische Zwecke, nämlich den Umbau der Bundeswehr als Einsatztruppe für „humanitäre Interventionen“ und die Illusion, mit medizinischen Gegenmitteln den Bundeswehrkämpfer fern der Heimat schützen zu können. Zum zweiten Thema hüllt sich die Uni weiter in Schweigen.
- ▶ Schweigen ebenso zu dem an den Uni-Rektor zum Antikriegstag gerichteten Offenen Brief mit der Aufforderung zu einem friedenspolitischen Kurswechsel, unterzeichnet von mehr als 20 Gruppen und 40 Personen, überwiegend Studierenden-Vertretungen, Friedensgruppen, Uni-Professoren, Gewerkschafter und Pfarrer.
- ▶ Nachdem die gegen die Zivilklausel verstoßenden Fakten geschaffen worden sind, soll in einer Ringvorlesungsreihe im Rahmen des studium generale vom 18. Oktober bis 31. Januar über den „friedlichen Zweck“ geplaudert werden, u.a. mit einer Referentin der Bundeswehr-Führungsakademie und gleich vier Referenten aus dem Institut für Politikwissenschaften, an dem Ischinger Honorar-Professor wurde. „Krieg ist Frieden“ sollte über dieser Reihe stehen.
- ▶ Nicht erstaunlich, dass der Autor - unter absichtsvollem Verschweigen der Ischinger-Bestellung im März als Auftaktredner für die Ringvorlesung engagiert - kürzlich eingeladen wurde. Er hatte es gewagt, die Rücknahme der Ischinger-Honorarprofessur öffentlich zu fordern und die Rüstungsforschungsprogramme zu kritisieren. Solcherart Kritik hätte er der Ehre des Vortrags in einer traditionsreichen Uni halber wohl sein lassen sollen. Apropos Tradition: Möglicherweise hätte er mahnende Worte an den Untergang der freien Wissenschaft am Ende der Weimarer Republik und an deren späterer Teilnahme an den Nazi-Verbrechen gefunden. Nur zwei Bei-

spiele dafür aus den Unis Tübingen und Karlsruhe (Kasten). Diese verbrecherische Sorte von Rassismus ist überwunden. Eine Verharmlosung oder gar Förderung von neuem Militarismus ist aber nicht die gebotene geschichtliche Konsequenz für eine verantwortungsbewusste Wissenschaft.

- ▶ Anlässlich des 10. Jahrestags des Afghanistankriegs kam an die Öffentlichkeit, dass Ischinger als deutscher Botschafter in Washington persönlich die deutsche Kriegsbeteiligung mit der Formel von der „uneingeschränkten Solidarität“ eingefädelt hat (Spiegel 5.9.11). Erst kürzlich hat er sich für den weiteren Ausbau der EU-Kriegsführungsfähigkeit nach US-Vorbild und für die Einschränkung des Parlamentsvorbehalts für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen.
- ▶ Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass in Tübingen eine olivgrüne „Friedens“-Klausel, d.h. eine Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Hochschule durchgesetzt werden soll, so ist dieser in Gestalt eines Presse-Interview von Wolfgang Ischinger selbst erbracht worden (Schwäbisches Tagblatt 7.10.11). Dort erklärt der Kriegstreiber voller Entrüstung: „Ich habe mich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt.“ Unisono mit der Uni-Leitung erklärt er die Rüstungsforschung zur Friedenspolitik. Orwells Wahrheitsministerium hat eine Abteilung in der Uni Tübingen eröffnet. Mit der Ringvorlesungsreihe ist beabsichtigt, den Studierenden die neue Wahrheit „Krieg ist Frieden“ einzutrichern.

Robert Ritter - Oberarzt in

Universitätsnervenklinik Tübingen

1936 mit der Leitung der Erbwissenschaftlichen Forschungsstelle betraut, die mit der systematischen Untersuchung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma beauftragt wurde. Sie waren für ihn nichts anderes, als „eine Mischung, die durch Beziehungen zwischen den Zigeunern von minderwertigen Elementen der verschiedenen Völker Südwestasiens und Osteuropas entstanden war. Für Ritter waren die Zigeuner „Untermenschen“, weil ihre „geistige Eignung“ für die „Welt der Naturvölker typisch war.“ In einem Arbeitsbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft schreibt er: „Die Zigeunerfrage kann nur dann als gelöst angesehen werden, wenn das Gros der asozialen und nichts nutzen Zigeunermischlinge in großen Wanderarbeitslagern gesammelt und zur Arbeit angehalten und wenn die weitere Fortpflanzung dieser Mischlingspopulation endgültig unterbunden wird. Nur dann werden die kommende Geschlechter des deutschen Volkes von dieser Last wirklich befreit sein.“ Robert Ritter arbeitete mit dem Reichsministerium des Inneren und dem Reichskriminalpolizeiamt die Erlasse aus, mit denen die Sinti und Roma nach Auschwitz deportiert wurden.

erbracht worden (Schwäbisches Tagblatt 7.10.11). Dort erklärt der Kriegstreiber voller Entrüstung: „Ich habe mich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt.“ Unisono mit der Uni-Leitung erklärt er die Rüstungsforschung zur Friedenspolitik. Orwells Wahrheitsministerium hat eine Abteilung in der Uni Tübingen eröffnet. Mit der Ringvorlesungsreihe ist beabsichtigt, den Studierenden die neue Wahrheit „Krieg ist Frieden“ einzutrichern.

Eine olivgrüne „Friedens“-Klausel, d.h. eine Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Hochschule an der Uni Tübingen und anderswo muss verhindert werden.

Alle demokratischen Mittel sollten dafür eingesetzt werden, die Zivilklausel der Uni Tübingen zu schützen, d.h. mitzuhelfen, dass die

Ischinger-Honorarprofessur beendet wird. Die gesamte Friedensbewegung ist aufgerufen, diese neue Dimension der Militarisierung der Hochschulen zu begreifen und den Widerstand dagegen zu unterstützen.

Am 28./29. Oktober hat in Tübingen ein landesweiter Zivilklausel-Kongress stattgefunden.

Ebenso gilt es, die Zivilklausel der Uni Bremen, zu schützen, d.h. die OHB-Stiftungsprofessur zu beenden. Über die Aktivitäten dazu wird in der Broschüre ausführlich berichtet.

Anstelle einer umfangreichen Fußnotenliste wird zwecks Quellen-Studium auf die Web-Dokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hingewiesen www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf. In der Dokumentation werden die Aktivitäten der Zivilklausel-Bewegung anhand der verfügbaren Dokumente regelmäßig nachgezeichnet. Die Initiative ist vor drei Jahren gebildet worden, ein Produkt der nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung um die KIT-Zivilklausel.

Aus Platzgründen muss auf Einzelheiten zur hochaktuellen Forderung an die neue baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) verzichtet werden, die sich anstatt die Wahlversprechen einzulösen von der Zivilklausel zu distanzieren beginnt. Mehr in der genannten Web-Dokumentation.

Drei Vorbilder gegen Militarismus

Die Studierenden haben das Recht, sich an wirklichen Vorbildern orientieren zu können. Dafür am Schluss drei Beispiele mit Positionen und Zitaten.

Albert Einstein: „Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen und -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit

Konrad Henkel – Doktorarbeit an der Universität Karlsruhe

Der bekannte Chef des Henkel-Konzerns (Waschmittel Persil) promovierte 1939 an der Universität Karlsruhe über die biochemische Wirkung von Nervengasen. Bald danach wurde er in die Kampfstoff-Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung in Heidelberg berufen. Dort entdeckte er 1944 das Nervengas Soman, das allen bis dahin bekannten Giftgasen weit überlegen war. Eine Nazi-„Wunderwaffe“, die zum Glück nicht mehr zum Einsatz kam. Die alliierten Streitkräfte waren schneller. Henkel stellte sich selbst einen Persilschein aus und wurde zum Weißwäscher der Nation. Dessen verbrecherische Forschungstätigkeit für Hitler wurde mit Fleiß vertuscht und erst vor 6 Jahren aufgedeckt.

abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“ und „Ich möchte mich lieber in Stücke reißen lassen, als mich an einem so elendem Tun zu beteiligen.“

Yoshiyuki Sankai: Der Wissenschaftler an der Uni Tsukuba / Japan entwickelt Exoskelette für zivile Anwendungen, vorwiegend im medizinischen Bereich für Querschnittsgelähmte. Diese Forschungen sind hochinteressant für das Militär. Sankai lehnt jegliche Militäranfragen kategorisch ab. Japan ist durch dessen Grundlagenforschung und die Umsetzung in ausschließlich zivile Produkte weltweit führend.

Martin Löwenberg: Antifaschistischer Widerstandskämpfer aus München und Überlebender des KZ Flossenbürg. In seiner Ansprache zur NATO-Sicherheitskonferenz 2010 erklärte er zu dem Gedanken »Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen«: „Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag.“

Die Zivilklausel der Universität Bremen – nur ein Kompromiss?

Rudolph Bauer

Vor 25 Jahren hat sich der Akademische Senat gegen jede Beteiligung an einer Wissenschaft und Forschung ausgesprochen, die militärischen Zwecken dient. Wie ist es 1986 zu jenem Beschluss Nr. 5113 gekommen, der besagt: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und Mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können“¹? Unter Berufung auf die Aktualität der damaligen Entscheidung wird von Mitgliedern der Universität auch heute – 25 Jahre nach jenem Votum – erneut gefordert, mit Entschiedenheit jeglichen Tendenzen entgegenzutreten, die darauf hinauslaufen, in Forschung und Lehre militärdienliche Entwicklungen zuzulassen. Entzündet hat sich der Konflikt jüngst an der Frage, ob die von Christa und Manfred Fuchs, dem Unternehmerehepaar der Firma OHB-System AG², in Aussicht gestellte Stiftungsprofessur „Raumfahrttechnologie“ die Zivilklausel verletzt oder nicht.

Von Seiten der Befürworter der Stiftungsprofessur – an ihrer Spitze der Rektor Wilfried Müller – wird argumentiert, die Professorenstelle diene ausschließlich der Grundlagenforschung und weise keinen rüstungsrelevanten Bezug auf. Allerdings sei grundsätzlich nicht auszuschließen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse angesichts der Dual-Use-Problematik³ auch militärisch genutzt werden können. Dies veranlasste einen Teil der Befürworter der Stiftungsprofessur „Raumfahrttechnologie“, den Sinn der Zivilklausel überhaupt in Frage zu stellen. Es lasse sich nie ausschließen, dass die Resultate ziviler Forschungsprojekte auch zu militärischen Zwecken

25 Jahre Zivilklausel

Militarisierung der Universität?



Nein Danke!!

Diskussionsveranstaltung mit
- Prof. Gerhard Stuby (em. Juraprofessor)
- Lena Graser (Studentin)
- Ralf Streibl (GEW)
- Reiner Braun (IANLANA, Berlin)

Montag, 31.10.2011
18 Uhr
Raum GW2 B 3009



AK Zivilklausel

Bremer



Friedensforum

- 1 Protokoll der X/24. Sitzung des Akademischen Senats der Universität Bremen am 14.05.1986
- 2 Die Abkürzung OHB geht zurück auf den ursprünglichen Namen der Firma „Otto Hydraulik Bremen“, die ein Reparaturunternehmen für Schiffssysteme war. Daraus ist 1981 der europäische Raumfahrt- und Technologiekonzern OHB AG mit dem Tochterunternehmen OHB-System AG hervorgegangen. Der Firmenname OHB steht heute für „Orbitale Hochtechnologie Bremen“.
- 3 Der Begriff „Dual Use“ kennzeichnet die prinzipielle Verwendbarkeit eines Wirtschaftsgutes (z.B. einer Maschine, Software oder Technologie) sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken.

genutzt würden. Eine strikte Einhaltung der Zivilklausel würde entsprechende Vorhaben unterbinden und in letzter Konsequenz die Freiheit von Forschung und Lehre beschneiden. Die Zivilklausel sei somit obsolet. Zu diesem Ergebnis gelangen auch jene Gegner der Zivilklausel, die sie deshalb für nicht mehr zeitgemäß und pazifistisch überzogen halten, weil sich die aktuelle sicherheits- und geopolitische Lage gegenüber der Zeit von vor einem Vierteljahrhundert grundlegend geändert habe.⁴

Angesichts der gegen die Zivilklausel erhobenen Einwände, dass sie weder der Ambiguität heutiger Grundlagenforschung gerecht werde noch den sicherheits- und geopolitischen Erfordernissen entspricht, ist zu fragen: Was stand im Zentrum jener Auseinandersetzung, die dem Zivilklausel-Beschluss vor 25 Jahren vorangegangen sind? Welche Berechtigung haben die heutigen Einwände der Zivilklausel-Gegner? Ist die Zivilklausel wirklich noch aktuell, oder ist sie einfach überholt und nicht mehr zeitgemäß? – Um zur Beantwortung dieser Fragen einen Beitrag zu leisten, referiert und kommentiert der folgende Aufsatz das Procedere und die Diskussionen, die dem Zivilklausel-Beschluss Nr. 5113 des Akademischen Senats (AS) der Universität Bremen am 14.05.1986 vorausgegangen sind.

Vorgeschichte: Militarisierung des Weltraums

Ausgangspunkt der gesamten Debatte war eine erpresserische Entscheidung der Bremer Landesregierung. Diese verlangte 1985 von der Universität, die Stelle für eine Forschungsprofessur im Bereich Weltraumforschung und -technologie einzurichten. Um dafür die Bereitschaft der Universität und ihrer Gremien zu erzwingen, kürzte der politische Senat die Mittel des Universitätshaushalts – und zwar um einen bestimmten Betrag, den er nur unter einer Bedingung erneut zu bewilligen bereit war: um den Preis der damit zu finanzierenden Einrichtung des Forschungsgebiets „Raumfahrttechnik/Weltraumforschung“. Im Zivilklausel-Beschluss vom 14.05.1986 spricht der AS daher von einer ihm durch die Politik aufgeherrschten „Zwangslage“. Die Universität beuge sich zwar diesem Oktroy, obwohl „die Möglichkeiten vielfältiger negativer Auswirkungen, insbesondere die Gefahr dieser Technologie, auf der Hand liegen“⁵. Es bestünden „weiterhin kontroverse Einschätzungen über die Möglichkeit, die militärische Anwendung

4 Im Entwurf eines Entschließungsantrages, der nach Meinung der Antragsteller in der Sitzung des Akademischen Senats am 15.06.2011 verabschiedet werden sollte (gegen massiven Protest dann aber nicht verabschiedet wurde), wird ein „absoluter Pazifismus“ attackiert, der die „ethisch gebotene Notwendigkeit, die Menschen und die Menschenrechte zu schützen (negiert) sowie die Tatsache, dass dies ... durch Waffengewalt geschehen muss“.

5 Punkt 1 des zitierten Beschlusses

von Weltraumforschung wenigstens zu minimieren, wenn sie schon nicht durch forschungsethische Argumente zu verhindern ist“⁶.

Das Interesse der politischen Seite, die Universität zu nötigen, ein Forschungsgebiet „Raumfahrttechnik/Weltraumforschung“ einzurichten, dürfte nicht zuletzt durch die seinerzeitige, militärstrategisch motivierte Konjunktur verschiedener weltraumbezogener Projekte beflügelt worden sein. So starteten beispielsweise am 12.03.1985 der Erdbeobachtungssatellit „Geosat“ der US Navy vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg, und am 17.06. startete das Space Shuttle „Discovery“ zur Mission STS-51-G in den erdnahen Orbit. Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts mehrerer europäischer Staaten zur astrophysikalischen Forschung wurde am 29.06. das Roque-de-los-Muchachos-Observatorium auf La Palma eingeweiht, und am 2.07. hob die europäische Raumsonde „Giotto“ vom Weltraumbahnhof in Kourou ab, angeblich um den Halleyschen Kometen zu erforschen. Nach dem Start der sowjetischen Raumstation „Saljut 6“ am 23.07. absolvierte am 3.10. das Space Shuttle „Atlantis“ der USA seinen Erstflug⁷. Den Hintergrund all dieser Aktivitäten bildete die am 23.03.1983 von US-Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufene Strategic Defense Initiative⁸ (SDI) zum Aufbau eines ‚Abwehrschirms‘ gegen Interkontinentalraketen.

GEW: „Weltraumforschung – Nein danke!“

Das Vorgehen des Bremer Senats, der Universität Budgetmittel vorzuenthalten und diese nur um den Preis der Einrichtung einer Weltraum-Professur zu bewilligen, stieß in der Universität zunächst sowohl auf Skepsis als auch auf entschiedene Ablehnung. Vor allem die Uni-Betriebsgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) positionierte sich in einem 14-seitigen Papier grundsätzlich und mit eindeutiger Entschiedenheit gegen das Ansinnen der Landesregierung. Sie erklärte: „Weltraumforschung – Nein danke!“⁹

6 Ebd.

7 Die damit verbundene Mission STS-51-J hatte zur Aufgabe, zwei militärisch genutzte DSCS III-Kommunikationssatelliten auszusetzen.

8 Dt.: Strategische Verteidigungsinitiative; das seit den 1990er Jahren (Ende des „Kalten Krieges“) unterbrochene Programm wurde von der Regierung Clinton unter neuem Namen als National Missile Defense (NMD) wieder aufgegriffen und unter George W. Bush fortgeführt.

9 In den Archiv-Unterlagen der Universität erscheint das GEW-Papier „Weltraumforschung – Nein danke!“ als Vorlage X/238 für die X/21. AS-Sitzung am 12.02.1986. Dieselbe Vorlage-Kennziffer „X/238“ trägt auch der schriftliche Vermerk über die Ergebnisse eines Hearings der Vorprüfungskommission (VPrüfK) „Weltraumforschung/Raumfahrttechnik“ am 7.01.1986. Zur Unterscheidung der zitierten Quellen ist im Folgenden von den Vorlagen „X/238-GEW“ bzw. „X/238-VPrüfK“ die Rede.



Weltraumforschung sei „ein gesellschaftlich nicht legitimierbares Unterfangen“¹⁰. Begründet wird die Forderung, „für die Universität Bremen ... (eine) Beteiligung an der Weltraumforschung ... ohne jedes Wenn und Aber abzulehnen“, sowohl mit dem Kostenargument als auch aufgrund der militärischen Verwert- und Verwendbarkeit der damit gewonnenen Forschungsergebnisse: „Jeder, der Weltraumforschung betreibt, beteiligt sich, ob er will oder nicht, an militärischer Rüstungsforschung.“ Der Versuch, „Weltraumforschung als zivile Forschung“ zu deklarieren, sei „unpolitische und unrealistische Selbsttäuschung“. Wörtlich erklärte die GEW-Betriebsgruppe: „Die Bemühungen um die Unterscheidung von ziviler und militärischer Weltraumforschung und die Entwicklung von Kriterien, die Unterscheidung inhaltlich und organisatorisch operationabel zu machen, stellen allenfalls Versuche zur Gewissensberuhigung dar.“

Ein weiteres GEW-Argument gegen den vom politischen Senat geforderten Weltraum-Forschungsbereich an der Universität thematisiert die immensen Kosten, die dafür von staatlicher Seite aufgebracht werden (und die letztlich eine totale Verschuldung der öffentlichen Haushalte zur Folge haben werden¹¹): „Die Kosten für die Weltraumforschung sind allemal höher als Mittel demokratisch legitimiert,

¹⁰ Quelle dieses Zitats und ebenso der nachfolgenden Zitate ist die Vorlage X/238-GEW.

¹¹ Ein Argument, dessen Richtigkeit nicht zuletzt heute – angesichts der Euro-Krise und der „Schutzschirm“-Erfordernisse für einzelne der hochverschuldeten EU-Staaten – offenkundig ist.

begrenzt und kontrolliert in der Bundesrepublik Deutschland bereit gestellt werden können.“ Das „Risiko der Fehlallokation von Produktionsfaktoren“ führe „zu einem immer weiteren Einsatz öffentlicher Mittel, die damit für andere Projekte, die in erster Linie etwa auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung abzielen, nicht mehr verfügbar sind.“

Vorprüfungskommission: ein Verfahrensumweg

Angesichts der massiven Bedenken, die 1985 an der Universität gegen das politisch aufgenötigte Weltraum-Projekt erhoben wurden und zu einer mehrheitlichen Ablehnung hätten führen können, entschieden sich das Rektorat unter Jürgen Timm und die Mehrheit im AS dazu, einen parlamentarischen Verfahrensumweg einzuschlagen. Sie beschlossen die Einrichtung einer „Vorprüfungskommission“ (VPrüfK), die dazu diene, die Entscheidung zunächst hinauszuzögern, um im Endergebnis die Gegner in der Zwischenzeit für eine Zustimmung zum Weltraum-Antrag zu gewinnen.

In der Folgezeit tagte die „VPrüfK Weltraumforschung/Raumfahrttechnik“ sechs Mal: am 30. September, 21. Oktober, 11. November und 2. Dezember 1985, sowie am 7./8. Januar¹² 1986. Am 22. Januar stimmte sie über einen Abschlussbericht ihrer Beratungen ab. Dieser kam in der 21. AS-Sitzung am 12. Februar zur Vorlage und wurde dort unter TOP 11 „zur Kenntnis“ genommen. In ihrem Bericht sprach die VPrüfK die Empfehlung aus, „dass die Weltraumforschung an der Universität Bremen nur zivilen wissenschaftlichen Zielen verpflichtet ist und sich nicht an Rüstungsprogrammen (wie z. B. SDI) und deren Teilprogrammen beteiligt. Entsprechende Drittmittel werden von der Wissenschaftlichen Einrichtung (...) nicht eingeworben und nicht angenommen.“¹³ Als eine Art „Einrichtungsaufgabe“ verlangte der Bericht: „Verletzt die Organisationseinheit die ... Einrichtungsaufgaben ..., so wird die Organisationseinheit durch Beschluss des Akademischen Senats aufgelöst.“

Eines der Mitglieder der VPrüfK übte in einem Sondervotum¹⁴ Kritik am Bericht und daran, dass in der Kommission keine umfassende Diskussion der – seiner

12 Die Unterlagen lassen nicht exakt erkennen, ob die VPrüfK am 7. oder 8. oder am 7. und 8. Januar 1986 getagt hat. Mit Sicherheit jedoch hat an einem der beiden Tage ein Hearing der VPrüfK stattgefunden, über das ein Vermerk von Rektor Timm berichtet (siehe Vorlage X/238-VPrüfK). Da das genaue Datum irrelevant ist, wurde hierzu nicht weiter recherchiert.

13 Dieses und das folgende Zitat sind der Vorlage X/238-VPrüfK in den Unterlagen zur X/21. AS-Sitzung am 12.02.1986 entnommen.

14 A. a. O.



Meinung nach entscheidenden – Frage stattgefunden habe: „Die Ob-Frage wurde ausgeblendet. Die Problematik militärischer Forschung wurde auf den Missbrauch von militärischen Forschungsergebnissen reduziert.“ Außerdem seien folgende Fragen nicht erörtert worden: die Konzentration privatwirtschaftlicher Macht, die Folgen für die „Zwei-Drittel-Welt“ der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie die Auswirkungen auf die Möglichkeit eigenständiger Forschung. Eine Kosten-Nutzen-Betrachtung habe die VPrüfK nicht vorgenommen.

Die Mehrheit in der AS-Sitzung am 12. Februar quittierte den Bericht der VPrüfK wie folgt: „Der Akademische Senat nimmt den Bericht der Vorprüfungskommission zur Kenntnis und beschließt ... endgültige Entscheidung Anfang des Sommersemesters 1986.“¹⁵ Der Rektor wurde aufgefordert, bis zu diesem Zeitpunkt eine Stellungnahme der staatlichen Seite in Sachen „Verhinderung des militärischen Missbrauchs“ zu erwirken¹⁶ und vor der endgültigen Beschlussfassung eine universitätsöffentliche Diskussion zu organisieren.

Ein ähnlich gelagerter Beschluss wurde in der 23. AS-Sitzung am 16. April gefasst. Bei der Beschlussfassung zur Tagesordnung sprach sich die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer dafür aus, dass das Ergebnis eines Hearings am 30.04. abgewartet und erst dann in der Mai-Sitzung des AS über die Professur „Raumfahrt-

¹⁵ Quelle: Protokoll der X/21. AS-Sitzung am 12.02.1986 unter TOP 11

¹⁶ Die entsprechende Stellungnahme des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst ist datiert vom 22.04.1986 (siehe Vorlage X/290).

technik/Weltraumforschung“ entschieden werden soll.¹⁷ Gegen Ende derselben Sitzung nahm der AS unter Punkt „Personalangelegenheiten“, TOP 6, eine Vorlage mit dem Betreff „Konzeptions- und Stellenbeschreibung für eine Professorenstelle ‚Raumfahrttechnik/Weltraumforschung‘“ zur Kenntnis.¹⁸

Beschluss Nr. 5113: „Ja, aber ...“

Einen Monat später dann, in der 24. AS-Sitzung am 14. Mai 1986, erfolgte der mehrheitlich gefasste Beschluss 5113, in dem die eingangs zitierte Formulierung der Bremer Zivilklausel enthalten ist. Der Entscheidung vorausgegangen waren in der betreffenden Sitzung verschiedene Statements von AS-Mitgliedern, die sich teils „eindeutig“ befürwortend, teils auch ablehnend¹⁹, zum Großteil aber mit einem „Nein, aber ...“ bzw. „Ja, aber ...“²⁰ zu Wort gemeldet haben.

Der Beschluss Nr. 5113 umfasste fünf Unterpunkte. Neben dem ersten Teil mit der Zivilklausel (1.) präzisierten die nachfolgenden Teile „Bedingungen der Weltraumforschung“ (2.), „Verfahren der Forschungsförderung“ (3.) sowie Aussagen zur „Organisationsform“ (4.) und zur „Einrichtung einer Professur“ (5.). Die beschlossenen Bedingungen für die universitäre Etablierung der Weltraumforschung trügen dafür Sorge, „dass institutionelle Voraussetzungen für eine kritische Begleitung von Vorhaben der Weltraumforschung zur Einhaltung friedlicher Zielsetzung geschaffen werden.“

Im Zusammenhang mit den kontroversen Debatten über die Einrichtung des

17 Quelle: Protokoll der X/23. AS-Sitzung am 16.04.1986

18 Quelle: A. a. O., unter TOP 6

19 So der Sprecher der GEW-„Fraktion“ u. a. mit der Feststellung, die Universität sei vom politischen Senat zu ihrer Entscheidung „genötigt“ worden (hierzu und zu den folgenden Zitaten siehe das Protokoll der X/24. AS-Sitzung unter Punkt X „Strukturangelegenheiten“, TOP 19 „Raumfahrttechnik/Weltraumforschung“). Die Bedenken der GEW teilte auch eines der Mitglieder der Statusgruppe der Professoren. [Ihm stimmte ein weiterer Professor „im Prinzip“ zu, befürwortete dann aber den Beschlussantrag im Vertrauen auf die „Verlässlichkeit des gegebenen Worts“, keine militärisch relevante Forschung zuzulassen – mit anderen Worten: sich strikt an die Zivilklausel zu halten.] Von einem Vertreter des Dienstleistungssektors der Universität wurde vorgeschlagen, den beantragten Beschluss nicht zu fassen und an der Universität vorrangig lieber andere Themen wie Humanisierung der Arbeit, Friedenspolitik und Energie/Umwelt zu bearbeiten. Eine weitere Stimme sah in der Einrichtung des Weltraum-Lehrstuhls einen weiteren Schritt zur „endgültige(n) Kolonialisierung der 3. Welt“.

20 Beispielsweise äußerte ein Professor, der sich als Vertreter der Fraktion der SHL („Sozialistische Hochschullehrer“) zu Wort meldete, dass für die Ablehnung des Weltraum-Projekts gute Gründe sprächen. Die dennoch erfolgende Zustimmung seiner Gruppe erklärte er damit, dass ein Nein „nicht ohne (negative) Auswirkungen auf die Stellung der Universität als Ganzer bleiben könnte“. Das zu verantworten könne jedoch nicht in seinem und seiner Gruppe Interesse sein.

Forschungsgebietes „Raumfahrttechnik/Weltraumforschung“ wurde auch die Forderung erhoben, an der Universität eine Ethik-Kommission ins Leben zu rufen. Dieser Vorschlag stand in der 25. AS-Sitzung der X. Legislaturperiode auf der Tagesordnung, wurde dann aber per Beschluss wie folgt auf die nächste, die XI. AS-Legislaturperiode vertagt: „Der Akademische Senat bittet den AS XI, sich mit der Frage der Einrichtung einer Ethik-Kommission zu befassen.“²¹

Nachtrag: Eine Ethik-Kommission der Universität Bremen wurde 1986 nicht eingerichtet. Sie existiert erst seit dem Jahre 2003, nachdem der AS in seiner Sitzung am 15.10.2003 eine „Ethik-Verfahrensordnung“ beschlossen hat. Aufgabe der Ethik-Kommission ist allerdings keineswegs die ethische Bewertung von Projekten der Weltraumforschung oder ähnlicher Vorhaben, sondern „1. die Prüfung und Beurteilung der ethischen Zulässigkeit von Forschungsvorhaben, die Untersuchungen an Menschen, an vom Menschen genommenen Proben oder Forschungen mit personenbezogenen Daten von Probanden oder Patienten beinhalten, 2. die Beratung und Verabschiedung von Grundsätzen der ethischen Bewertung von Tierversuchen“. Merke: Tier- und Menschenversuche verdienen es, ethisch beurteilt zu werden, nicht jedoch Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Dienste oder mit Förderung des militärisch-industriellen Komplexes.

Die Zivilklausel: ein Kompromiss

Die Zivilklausel in Teil 1 des AS-Beschlusses Nr. 5113 vom 14. Mai 1986 war ein Ergebnis des Ringens zwischen der Universität und der Bremer Landesregierung. Es ging bei dieser Auseinandersetzung um das Verhältnis zwischen universitärer Autonomie und akademischer Selbstverwaltung einerseits, staatlicher Macht und Einflussnahme auf Angelegenheiten des Wissenschaftsbetriebes andererseits. Die staatliche Seite machte ihren Anspruch geltend, indem sie einen erpresserischen Deal anbot. Sie legte fest, dass Budgetmittel, die der Hochschule zur Verfügung stehen sollten, so lange nicht gewährt werden (und gegebenenfalls verfallen), bis die Universität bereit ist, den vom politischen Senat geforderten Forschungsbereich Weltraumforschung und -technologie einzurichten. Nur für diesen Zweck sollten die zunächst vorenthaltenen Finanzmittel verwendet werden dürfen.

Angesichts dieser Ausgangssituation war die Universität in drei Lager gespalten: in Gegner, Befürworter und Skeptiker. Während die Gegner sich eindeutig positioniert hatten und bereit waren, auf die öffentlichen Gelder zu verzichten, hatten die beiden anderen Lager – die Befürworter und Skeptiker – ein gemeinsames

²¹ Protokoll der X/25. AS-Sitzung am 11.06.1986, S. 5

Ziel: Sie verfolgten die Absicht, die vom politischen Senat vorenthaltenen Mittel für die Universität zu „retten“. Auch die Skeptiker wollten erreichen, auf die von der Landesregierung vorenthaltenen Mittel zugreifen zu können – wenn es denn sein musste, um den Preis der Zustimmung zu dem als problematisch kritisierten Forschungsgebiet „Raumfahrt/Weltraumtechnik“. Die Kritik der Skeptiker galt dem potentiell militärischen bzw. militärdienlich-strategischen Charakter der Weltraumforschung.

Anders die Gegner: Sie verurteilten nicht nur die Kriegstauglichkeit der Ergebnisse weltraumbezogener Forschung, sondern kritisierten zudem deren immense, in keinem Verhältnis zum Nutzen stehende Kosten. Die für die Weltraum-Projekte aufzuwendenden Mittel würden an anderer Stelle fehlen, obwohl sie dringend benötigt würden für Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen hierzulande und weltweit.

Die Position der Gegner der Weltraumforschung war eindeutig ablehnend und nicht verhandelbar. Zwischen Befürwortern und Skeptikern indes war ein Verhandlungskompromiss möglich. Diesen Kompromiss bildete die Zivilklausel. Sie versprach einerseits, „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung abzulehnen“. Andererseits nahm sie billigend in Kauf, dass die vom politischen Senat erpresste Einrichtung eines Forschungsgebietes „Raumfahrttechnik/Weltraumforschung“ erfolgte, obwohl gute (politische, ökonomische und soziale Gründe) gegen das Weltraum-Projekt ins Feld geführt wurden – und nach wie vor ins Feld geführt werden können.

OHB-Deal: Stiftungsprofessur versus Zivilklausel

Gegen die Zivilklausel, die angesichts der Machtkonstellation vor 25 Jahren den Charakter eines inneruniversitären Kompromisses hatte, werden heute – im Zusammenhang der für die Universität in Aussicht gestellten OHB-Stiftungsprofessur „Raumfahrttechnologie“²² – massive Einwände erhoben. Die Polemiker gegen die Zivilklausel bemängeln, dass diese weder der Ambiguität von Grundlagenforschung (Stichwort: „Dual Use“) gerecht werde, noch den sicherheits- und geopolitischen Erfordernissen der Jetztzeit entspräche. Mittels der Argumente gegen die Zivilklausel wird zu bezwecken versucht, den einmal erreichten Kompromiss an der Universität rückgängig zu machen.

Die Zivilklausel, ursprünglich ein Übereinkommen, ausgehandelt angesichts

²² Siehe dazu in der vorliegenden Broschüre die Beiträge von Wieland von Hodenberg und Sören Böhrnsen.

widersprüchlicher Interessen von Landesregierung und Universität, soll gekippt werden – und zwar jetzt im Interesse der Privatwirtschaft²³. Die Machtkonstellation ist heute eine andere als vor einem Vierteljahrhundert: In der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es um das Verhältnis zwischen universitärer Autonomie und akademischer Selbstverwaltung einerseits, privatwirtschaftlicher Macht und Einflussnahme auf Angelegenheiten des Wissenschaftsbetriebes andererseits. Auf der Seite der Ökonomie macht das Unternehmen OHB seinen Anspruch auf Einfluss geltend, indem es einen erpresserischen Deal anbietet: den Deal Finanzierung einer Stiftungsprofessur versus Abschaffung der Zivilklausel. Mit den Worten des OHB-Chefs Marco Fuchs: „Entweder die Uni ändert ihre Klausel, oder wir lassen die Professur sein.“²⁴

Wie vor einem Vierteljahrhundert gibt es gegenwärtig an der Universität Befürworter und Skeptiker. Wie vor einem Vierteljahrhundert ein Befürworter und Skeptiker der Wunsch, die in Aussicht stehenden Finanzmittel für die Universität zu „retten“. Wie vor einem Vierteljahrhundert sind aber auch heute die Fragen derer unbeantwortet, die das Projekt Weltraumforschung und -technologie grundsätzlich ablehnten. Wie seinerzeit stehen Antworten auf folgende Fragen aus: Wem nützt und wem schadet Raumfahrttechnologie? Wer profitiert davon? Sind ihre Kosten demokratisch legitimierbar angesichts der horrenden Summen, der Staatsverschuldung und der Notwendigkeit, Probleme wie die sich verschärfenden sozialen Spannungen und ökologischen Verwerfungen vordringlich zu lösen? Können wir es uns leisten, die erforderlichen Mittel für die Grundlagenforschung im Nahraum zu verschwenden für die Grundlagenforschung im Weltraum? Wie werden künftige Generationen, wenn es sie denn überhaupt gibt, über unsere Entscheidungen urteilen?

23 Wobei die Politik sich nicht zu schade dafür ist, sich auf die Seite der Wirtschaft zu stellen; siehe Weser-Kurier vom 9.06.11 („Wirtschaftssenator setzt sich für OHB-Stiftungsprofessur ein“) und vom 5.08.11 („Streit um OHB erreicht den Bundestag“ – Zitat: „Verteidigt das OHB-Engagement an der Universität: Der Bremer FDP-Bundestagsabgeordnete Torsten Staffeldt“).

24 taz-bremen, 16.06.2011, S. 7

Kraftprobe für die Zivilklausel – Auseinandersetzung um OHB-Stiftungsprofessur an der Uni Bremen

Sören Böhrnsen

„Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN !“

Wolfgang Borchert, Dann gibt es nur eins!, 1947

Als 2009 das Ehepaar Fuchs, die Gründer von OHB, vom Akademischen Senat (AS) geehrt wurde, konnten selbst die, die protestierten, noch nicht ahnen, dass sich hier schon der Konflikt um Rüstungsforschung an deutschen Universitäten anbahnte, der jetzt häufig unter dem Begriff „Zivilklauselbewegung“ gefasst wird und an der Universität Bremen besonders heftig geführt wird. Zur Beschwichtigung der Proteste ließ sich Rektor Müller auf eine Diskussion zur friedlichen Forschung ein.

Diese „Diskussion“ fand im Wintersemester 2010/11 statt. Der „Friedensforscher“ Götz von Neueneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung wurde hierzu vom Rektorat als Referent zu einer Sitzung des Akademischen Senats eingeladen; inhaltlicher Schwerpunkt war die Problematik des „Dual Use“. Auffällig war dabei, dass wenig darüber diskutiert wurde, ob und wie die Zivilklausel eingehalten werden kann, sondern ob nicht vielmehr eine generelle Debatte über die Aktualität und Angemessenheit solch einer Zivilklausel in sogenannten modernen veränderten Kontexten geführt werden sollte. Hierbei erfolgte insbesondere der Hinweis darauf, dass Menschenrechte und die Würde des Menschen (Art. 1 GG) ggf. auch mit Waffengewalt verteidigt werden müssten.

Hier zeigte sich bereits, dass sich einige Mitglieder des AS gegen die Zivilklausel stellen¹ die Zivilklausel wurde viel mehr als „eine Art Alibi“ diffamiert². Der Antrag von studentischen Vertreter_Innen, sich erneut zur Zivilklausel zu bekennen, wurde dann schließlich auch mit großer Mehrheit abgelehnt³. Die Universität (bzw. die entsprechenden Vertreter_innen im AS) war zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht bereit, sich zur zivilen Forschung zu bekennen – und das, obwohl sie sich in ihren Leitzielen auf friedliche Wissenschaft und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung beruft und es in der Vergangenheit bereits verschiedene AS- Beschlüsse gab, in denen die eigentliche Zivilklausel enthalten

1 Vgl. Protokoll der AS- Sitzung vom 27.10.2010 XXIII/11

2 taz vom 27.10.2010 „Faustische Wissenschaft“

3 Vgl. Protokoll der AS- Sitzung vom 27.10.2010 XXIII/11

ist⁴. Der Allgemeine Studierenden-ausschuss (AStA) der Universität kritisierte dieses Verhalten bereits zu diesem Zeitpunkt aufs Schärfste⁵ und wurde nachdrücklich auf die aktuelle Bedeutung der Zivilklausel verwiesen⁶.

Kaum war jedoch der erste Protest abgeklungen, verkündete der Rektor die Einrichtung einer Stiftungsprofessur der Firma OHB Technology, das Unternehmen von Manfred Fuchs⁷. Stiftungsprofessur bedeutet, dass ein Unternehmen einer Hochschule eine Professur für einen gewissen Zeitraum „stiftet“, also finanziert. Anschließend wird die Professur in den regulären Haushalt



der Universität übernommen⁸. OHB ist hierbei besonders problematisch, da es sich um einen Betrieb handelt, der der Rüstungsindustrie zuzuordnen ist. Zwar bezeichnet sich das Unternehmen selbst nicht als Rüstungsbetrieb⁹, gibt aber an, dass die Bundeswehr ein „hochgeschätzter Kunde“ ist¹⁰. Die Einordnung als Rüstungsunternehmen ist auch an den vielen Projekten ablesbar, die sie in Zusammenarbeit mit bzw. für militärische Partner machen, wie z.B. das Projekt SAR Lupe, ein Überwachungssatellit, welcher für das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung entwickelt wurde (vgl. Lühr Henkens Beitrag in diesem Band)¹¹.

4 Vgl. AS- Beschluss 5113 von 1986, Zivilklausel, entscheidende Passage: “Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.”; und AS- Beschluss 5757 von 1991

5 Pressemitteilung des AStA der Universität Bremen vom 27.10.2010

6 taz vom 27.10.2010 „Faustische Wissenschaft“

7 Weser – Kurier vom 23.11.2010 „Firmen stiften weiteren Lehrstuhl“

8 <http://de.wikipedia.org/wiki/Stiftungsprofessur> abgerufen am 11.10.2011

9 Weser- Kurier vom 05.06.2011 „Weiter Streit um OHB Stiftung“

10 Taz vom 16.06.2011 „Uni streitet über Zivilklausel“

11 Junge Welt vom 07.02.2011 „Rüstungsschmiede kauft sich Professur“; vgl. auch taz vom 16.06.2011 „Uni streitet über Zivilklausel“

Die Universität begibt sich mit der Einrichtung der Stiftungsprofessur weiter in Richtung einer Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie und bewegt sich gleichzeitig weg von ihrem in den 80er Jahren selbstgesteckten Anspruch der rein zivilen Forschung. Statt sich aktiv gegen Rüstungsforschung auszusprechen und sich an die selbstgegebene Zivilklausel zu erinnern, werden Rüstungsunternehmen noch enger an die Universität gebunden.¹²

Der Protest gegen die Stiftungsprofessur von OHB wird aber auch von Gruppen außerhalb der Uni getragen. So initiierte das Bremer Friedensforum eine Erklärung, die die Einrichtung besagter Professur kritisiert. Hier wird neben der Kritik im Hinblick auf die Zivilklausel auch ein genereller Einwand an Stiftungsprofessuren geäußert und die Sorge formuliert, dass sich die Universität in die Abhängigkeit der Wirtschaft begibt und die Freiheit von Forschung und Lehre durch Einfluss privater Unternehmen in Gefahr gerät. Diese Erklärung wurde (Stand 01.03.2011) von 66 Bremer Wissenschaftler_Innen sowie weiteren Personen unterzeichnet. Unterstützt wurde das Ganze auch vom AStA der Uni Bremen. Diese Veröffentlichung löste ein großes Medienecho¹³ und auch eine kritische Berichterstattung aus¹⁴. Die Universität und der Fachbereich Produktionstechnik, wo die Stiftungsprofessur angesiedelt werden soll, reagierten äußerst dünnhäutig und verwiesen u.a. darauf, dass sich die Unterzeichner_Innen nur unzureichend informiert hätten. Zu den eigentlichen Vorwürfen nimmt die Universität allerdings keine inhaltliche Stellung¹⁵. Einige Schritte weiter gehen die Forderungen des Dekans für den Fachbereich Produktionstechnik, Arnim von Gleich, denen sich ein großer Teil der Mitglieder des Akademischen Senats der Bremer Uni anschlossen¹⁶: Darin erklärt er zunächst, dass einem „die Wettbewerbsposition der hiesigen Unternehmen (...) nicht egal sein“ darf¹⁷. Weiterhin äußerte er, dass „auch die Menschenrechte immer wieder mit Waffengewalt geschützt werden müssen“ und rechtfertigt somit auch die Forschung an Rüstung¹⁸. Hier zeigt sich erneut der Anspruch einiger Mitglieder der Universität, sich nicht auf eine zivile Universität einzulassen und sie vielmehr durch Begründungen, die eine kriegs-

12 Pressemitteilung des AStA der Universität Bremen vom 24.11.2010

13 Vgl. statt vieler dpa- Meldung vom 01.02.2011 „Wissenschaftler kritisieren Stiftungsprofessuren“

14 taz vom 01.02.2011 „Akademischer Ungehorsam“; Kommentar von Benno Schirmermeister „Letztes Gefecht um verlorene Ziele“ in taz vom 01.02.2011

15 Pressemitteilung der Universität Bremen Nr. 029 vom 02.02.2011

16 Vgl. Protokoll der AS- Sitzung vom 16.02.2011 XXIII/15

17 Pressemitteilung der Universität Bremen Nr. 031 vom 02.02.2011

18 a.a.O.

treiberische Tendenz enthalten, in eine andere, nicht zivile Richtung zu lenken: Weg von der friedlichen Universität, hin zur Uni in Olivgrün.



Neben den Debatten und Aktionen zur Zivilklausel an der Universität Bremen gibt es auch an vielen anderen deutschen Hochschulen Aktivitäten zur Zivilklausel. So wird an der Universität Tübingen ebenfalls gegen einen Verstoß gegen Zivilklausel gekämpft¹⁹. In Karlsruhe und Köln fordern Studierende die Einführung einer Zivilklausel an ihren Universitäten. Hier gab es jeweils erfolgreiche, von Student_Innen initiierte Urabstimmungen unter den Studierenden²⁰. Um den Protest der Studierenden, aber auch von einigen Wissenschaftlichen Mitarbeiter_Innen und Professor_Innen mehr Ausdruck zu verleihen und die Zivilklauselbewegung weiter voranzubringen, wurde ein bundesweites Bündnis gegründet, welches als vorläufigen Höhepunkt einen dreitägigen Kongress in Braunschweig veranstaltet hat. In seiner Abschlusserklärung wurde die Zivilklausel der Universität Bremen als positives Beispiel angeführt²¹.

In Bremen ging es indessen weiter. Die Bremer Bürgerschaft begrüßte mit ihrem Beschluss vom 10.05.2011 die Zivilklausel an der Universität Bremen und fordert

19 Neues Deutschland vom 30.09.2011 „Olivgrüne Zivilklausel“

20 F.A.Z. vom 12.01.2011 „Wenn sie dir morgen befehlen“

21 Vgl. Gemeinsame Erklärung der Initiative „Hochschule für den Frieden – ja zur Zivilklausel“ vom 04.06.2011 abgerufen unter www.zivilklausel.org am 12.10.2011

die anderen Hochschulen des Landes dazu auf, sich ebenfalls eine solche Selbstbindung zu geben²². Jedoch ist die stellenweise sehr breit gefasste Formulierung, die zu viel Interpretationsspielraum zulässt, besorgniserregend. „Die Bürgerschaft (Landtag) würde es begrüßen, wenn die Universität Bremen den [...] gefassten Beschluss aus dem Jahr 1986 generalisieren und an die Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre anpassen würde.“ Wenn „anpassen“ und „generalisieren“ bedeutet, dass eine Stiftungsprofessur eines Rüstungsunternehmens möglich wird und der selbst gegebenen Zivilklausel nicht widerspricht, so ist diesem Beschluss jedoch nachdrücklich zu widersprechen²³. Vielmehr birgt eine Überarbeitung der Zivilklausel die Gefahr, die Stiftungsprofessur durch die Hintertür zu rechtfertigen²⁴.

Nach diesem Beschluss begann erneut eine mediale Debatte, die den Bürgerschaftsbeschluss mitaufgreift. Hier zeigte sich auch erstmals die wahre Haltung des Rektorats. Rektor Müller fordert öffentlich, dass die Zivilklausel überarbeitet werden soll²⁵. Die oben angesprochene Kritik vom AstA aufnehmend, meldet sich nun auch Marco Fuchs, Vorstandsvorsitzender von OHB, zu Wort. Er sieht in dem Engagement von OHB an der Uni generell keinerlei Probleme. Allerdings fordert er von der Uni: „Entweder die Uni ändert die Zivilklausel, oder wir lassen die Professur sein“.²⁶ Diesem Erpressungsversuch, der zeigt, wie leicht doch die Universität trotz aller anderslautender Beteuerungen von Drittmittelgebern zu beeinflussen ist, wurde selbstverständlich von Seiten der Universität beiegpflichtet und betont, wie wichtig diese Kooperation mit OHB sei. Die Zivilklausel soll von daher nun nach dem Willen der Uni-Leitung geändert werden. Selbstverständlich alles im Sinne einer „freien“ Wissenschaft²⁷.

Auf den gleichen Zug sprang Martin Günthner (Wirtschaftssenator SPD) auf und bedankte sich in einem öffentlichen Brief für das Engagement der Familie Fuchs und OHB. Günthner preist die Professur als Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bremen. Er verkennt dabei, dass es Aufgabe des Staates ist, die Universität voll auszustatten, also in einer Weise zu finanzieren, dass sie unabhängig von dem Engagement von Unternehmen ist und aus wirklich freien Stücken entscheidet,

22 Bremische Bürgerschaft Drs. 17/1772 vom 10.05.2011

23 Stellungnahme des AstA der Universität Bremen vom 20.05.2011

24 Weser- Kurier vom 05.06.2011 „Weiter Streit um OHB Stiftung“

25 a.a.O.

26 Weser- Kurier 08.06.2011 „OHB- Chef droht mit Ausstieg“

27 Vgl. Mitteilung der Universität Bremen vom 10.06.2011

wie und in welchem Umfang Kooperationen mit Industrie, Wirtschaft oder anderen Einrichtungen stattfinden sollen²⁸.

Nach all diesen Presseartikeln kam die Unileitung nun nicht mehr daran vorbei, das Thema im Akademischen Senat zu behandeln. 50 Studierende erschienen zu dieser Sitzung am 15.06.2011, um ihren Unmut über das Vorgehen möglichst lautstark kundzutun. Im Verlauf der Sitzung wurde eine Unterschriftenliste an das Rektorat überreicht, im Zuge derer sich innerhalb von nur drei Tagen mehr als 600 Menschen für den Erhalt der Zivilklausel ausgesprochen hatten. Statt jedoch auf den Protest zu reagieren, wurde von Seiten der Dekan_Innen ein nicht hinnehmbarer Antrag eingereicht, der erneut argumentierte, dass Menschenrechte gelegentlich mit Waffengewalt verteidigt werden müssten. Die Zivilklausel wird als ein verstaubtes Relikt aus den 80er Jahren bezeichnet, die lediglich im Kontext des Kalten Krieges von Relevanz gewesen wäre.

Die Zivilklausel ist jedoch keinesfalls „von gestern“, sondern noch immer hochaktuell. Kontext und Anlass der Beschlüsse zur Zivilklausel von 1986 und 1991 haben sich zwar auf bestimmte Forschungsthemen und -kooperationen bezogen. Die Prinzipien und Formulierungen gelten aber für die gesamte Forschung und Lehre. Die Verpflichtung der Universität Bremen auf zivile Forschung und zur Unterstützung von Rüstungskonversionsprozessen im Sinne einer verantwortungsbewussten Wissenschaft, die an friedlichen Lösungen globaler Probleme interessiert ist, besitzt unverändert Gültigkeit. Forderungen nach einer Änderung der Klausel können daher nur in eine Richtung der Abschwächung zielen.

Bei den Angriffen auf die Zivilklausel von verschiedenen Seiten kommt man nicht umhin, den Eindruck zu gewinnen, Rüstungsforschung (bzw. mittelbar oder unmittelbar mit Rüstungsforschung verbundene Forschung) würde den Menschen zu humanitärem Fortschritt verhelfen oder Krieg wäre gar mit Frieden zu vereinbaren²⁹ bzw. zu erreichen.

Nachdem sich die Verfechter_Innen der Zivilklausel einige „Schmähungen“ anhören durften, so wurden sie zum Beispiel als absolute Pazifisten belächelt und einer Bunkermentalität beschuldigt, konnte der Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel der Überarbeitung der Zivilklausel abgewehrt werden³⁰.

Nun wird das Schicksal der Zivilklausel im Dezember 2011 entschieden werden.

28 Weser- Kurier vom 09.06.2011 „Günthner setzt sich für OHB- Professur ein“

29 Pressemitteilung des AstA vom 09.06.2011

30 Vgl. Protokoll der AS- Sitzung vom 15.06.2011 XXIII/18

Nach drei Diskussionsveranstaltungen, die über das Thema aufklären sollen, wird es dann eine abschließende Entscheidung geben. Schützenhilfe erhalten die Aktivisten an der Universität dabei von verschiedenen Seiten. Zuletzt beschloss die SPD Bremen, eine Zivilklausel in das Bremische Hochschulgesetz aufzunehmen³¹. Das wäre ein großer Erfolg, weil es einerseits alle Hochschulen im Land Bremen zu Zivilklauseln verpflichten und andererseits die Zivilklausel aus ihrem reinen Selbstbindungsstatus herausheben und sie damit rechtlich verbindlich werden würde.

Wir sind ermutigt von so viel Zuspruch von so vielen unterschiedlichen Seiten und hoffen auf ein erfolgreiches, auf ein friedliches Ende der Debatte. Und wir hoffen, dass die Debatte um gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft und Forschung weiter geführt wird: unter den Studierenden und Dozent_Innen, in den Fachbereichen und natürlich an anderen Hochschulen.

FÜR EINE FRIEDLICHE UND ZIVILE UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

³¹ Parteitagbeschluss vom 28.09.2011 Antrag A 11

Militärischer Heimatschutz - Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand?

Rolf Gössner

Die Anschläge in den USA vom 11. September 2001 haben weltweit eine Gewaltwelle ausgelöst, die zu Krieg und Terror, Folter und Elend führte. Mithin zu gravierenden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen – und zwar nicht allein durch die zahlreichen Terrorakte, die wir seitdem erleben, sondern in weit größerem Maße durch die Art und Weise der weltweiten Terrorbekämpfung. Der „War on Terror“ hat nicht nur außenpolitisch eine Periode des permanenten Ausnahmezustands eingeläutet, sondern auch im Inneren der westlichen Demokratien Freiheitsrechte ausgehöhlt.

Deutschland macht da leider keine Ausnahme: Als Reaktion auf 9/11 sind hierzulande während der rot-grünen Regierungsära die umfangreichsten Sicherheitsgesetze in Kraft getreten, die in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte jemals auf einen Streich verabschiedet worden sind – mit zahlreichen Befugnisserweiterungen für Polizei und Geheimdienste, wie es heißt: zur Bekämpfung „islamistischer Extremisten“ und des „internationalen Terrorismus“, aber weit darüber hinaus wirkend. Insgesamt hat sich damit ein Trend fortgesetzt, der schon längere Zeit zu beobachten war: die Erhöhung der Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft – im Namen der Sicherheit und zumeist auf Kosten von Freiheitsrechten.

Entgrenzungstendenzen und neue Sicherheitsarchitektur

Doch der moderne Sicherheitsdiskurs dreht sich längst nicht mehr allein um einzelne Gesetzesverschärfungen und Maßnahmen. Stattdessen ist die offizielle Rede von einer neuen „Sicherheitsarchitektur“, also von einer Strukturveränderung im Staatsgefüge – vermeintlich notwendig, um die neuen Bedrohungen durch islamistischen Extremismus, internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität bewältigen zu können.

Dieser immer wieder beschworene Umbau des Rechtsstaats ist schon seit längerem im Gange, wird aber seit dem 11.9.2001 verstärkt vorangetrieben. Es geht dabei im Kern um zwei Strukturveränderungen mit entgrenzender Wirkung, die man insbesondere auf dem Hintergrund deutscher Geschichte als Tabubrüche bezeichnen kann:¹

1 Zum einen geht es um eine **Vernetzung und engere Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten**, eine Entwicklung, die dem Gebot der Trennung dieser beiden Sicherheitsorgane widerspricht – immerhin einer wichtigen Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. Stichworte: gemeinsame Lagezentren und Antiterrordatei, Umbau des Bundeskriminalam-

1 Dazu ausführlicher: Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors, Hamburg 2007, S. 45 ff.

tes und verdeckte Ermittlungsmethoden zur Gefahrenabwehr (u.a. heimliche Online-Durchsuchung von Computern) etc.

Mit der weiteren Vernetzung und Verzahnung der Sicherheitsorgane wächst mehr und mehr zusammen, was nicht zusammen gehört, wird eine wichtige Lehre aus der deutschen Geschichte weitgehend entsorgt – mit der Folge einer fatalen Machtkonzentration der Sicherheitsbehörden, die sich kaum mehr demokratisch kontrollieren lassen.

- 2 Die zweite große Strukturveränderung: Seit Jahren erleben wir nicht allein eine **Militarisierung der Außenpolitik, sondern auch der „Inneren Sicherheit“**, in deren Mittelpunkt der Bundeswehreinsatz im Inland steht, der längst schon begonnen hat und der nach vorliegenden Plänen noch ausgeweitet und verfassungsrechtlich abgesichert werden soll.

Im Kontext bundesdeutscher Geschichte ist dieser Tabubruch besonders schwerwiegend, denn hierzulande sind Polizei und Militär aus historischen Gründen nach der Verfassung strikt zu trennen. Diese Trennung geht auf die schrecklichen Erfahrungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zurück, als die auch bei inneren Unruhen einsetzbare Reichswehr unverhältnismäßig agierte, ungeheures Unheil stiftete und sich zum „Staat im Staat“ entwickelte.² Der Grundgesetzgeber, der für Westdeutschland ursprünglich aus guten Gründen überhaupt auf eine Armee verzichtete, war sich dieser Missbrauchsgefahr bewusst. Ebenso der Tatsache, dass die auf kriegerische Einsätze gedrillten Soldaten für polizeilich-zivile Aufgaben nicht ausgebildet und demnach auch nicht auf den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit eingeschworen sind – mit dem schon die Polizei mitunter große Schwierigkeiten hat. Soldaten sind auf Kriegseinsatz mit zerstörerischer Waffengewalt konditioniert – im Zuge vermehrter Out-of-area-Einsätze womöglich nach dem Leitbild eines „archaischen Kämpfers“, der auch den „High-Tech-Krieg führen kann“, so wie sich Generalleutnant Hans-Otto Budde, der Inspekteur des Heeres, den neuen Soldatentypus eines „Kolonialkriegers“ vorstellt.³

Militarisierung der „Inneren Sicherheit“

1. **Bundeswehreinsätze im Inland als Ultima Ratio?** Im Falle eines Bundeswehreinsatzes im Landesinnern sollte es sich, zumindest nach der Rechtslage, um absolute Ausnahmefälle handeln: So muss der *Verteidigungsfall* nach den

2 Dazu: Wette, Militarisierung der Innenpolitik, in: Ossietzky 2/2007, S. 40 ff.

3 Die Welt, 29.02.2004.

berühmt-berüchtigten Notstandsgesetzen (gemäß Art. 87a, 115a Grundgesetz = GG) vom Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit festgestellt werden, was bislang noch nie passiert ist; Voraussetzung ist hier, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht.⁴



Oder aber der Bundeswehreinsatz erfolgt nach Art. 87a Abs. 4 GG im *inneren Notstandsfall* „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ auf Einsatzbefehl der Bundesregierung – allerdings subsidiär zur Unterstützung der Polizei beim Schutz von zivilen Objekten und bei der „*Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer*“. Hier haben wir bereits ein Element der militärischen Aufstandsbekämpfung als Unterstützungshilfe für die Polizei. Nach Art. 35 Abs. 2 GG schließlich kann ein Bundeswehreinsatz im Rahmen *logistischer Amtshilfe für die Polizei* in Fällen von Naturkatastrophen oder etwa bei Sturmfluten, Hochwasser oder Waldbränden erfolgen.⁵

Inzwischen zählen offenbar auch Fußball-Weltmeisterschaften und G-8-Gipfel zu solchen Unglücks- und Katastrophenfällen, die einen Bundeswehreinsatz im Innern legitimieren. Allerdings ist nach Art. 35 ein Militäreinsatz im Innern lediglich mit nicht-militärischen Mitteln zugelassen – wie wir inzwischen wissen, sind davon AWACS-Aufklärungsflugzeuge, Abfangjäger und Fuchs-Spürpanzer offenbar ausgenommen.

2. Bundeswehr als nationale Sicherheitsreserve. Dass das Militär bei Inlandseinsätzen in der Regel lediglich als Hilfspolizei der Länder fungieren darf und sich dabei strikt an die polizeilichen Regeln zu halten hat, diese verfassungsrechtliche Beschränkung weicht in der Planung mehr und mehr einer Strategie der

4 Die Feststellung des Verteidigungsfalles erfolgt gemäß Artikel 115a GG mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestags, wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“.

5 Auch bei Flugzeug-, ICE-Unglücken, „Schnee-Chaos“ wie 2010 (zur Versorgung von Hiddensee) oder Epidemien/Pandemien wie Vogelgrippe. Von 1996 bis 2007 gab es Bundeswehr-Einsätze bei 71 Katastrophen und Unfällen sowie in 61 Amtshilfe-Fällen.

Entgrenzung. Längst gibt es ausgereifte Pläne, die Bundeswehr künftig auch in Friedenszeiten flexibler im Innern des Landes einsetzen zu können. Das ehemalige CDU-Ministerduo der Großen Koalition, Wolfgang Schäuble (Inneres) und Franz Josef Jung (Verteidigung), trachtete in der letzten Legislaturperiode danach, die Bundeswehr nicht nur im Verteidigungs-, Notstands- oder Katastrophenfall, sondern regulär als nationale Sicherheitsreserve im Inland einzusetzen – ohne lästige Zwei-Drittel-Mehrheit, mit militärischen Mitteln und nach Militärrecht. Dafür fordern sie und andere in CDU/CSU (sowie Teilen der SPD) eine verfassungsrechtliche Ermächtigungsgrundlage – was einem Frontalangriff auf das demokratische Fundament des Grundgesetzes gleichkäme und eine Aufhebung mühsam erkämpfter rechtsstaatlicher Begrenzungen zur Folge hätte. Die Weichen in diese fatale Richtung sind tatsächlich bereits unter rot-grüner Regentschaft gestellt worden.

- 3. Staatliche Lizenz zur gezielten Tötung.** Beispiel *Luftsicherheitsgesetz*: Dazu gehört die von der rot-grünen Regierungsmehrheit im Juni 2004 im Luftsicherheitsgesetz legalisierte Möglichkeit,⁶ gekaperte Passagierflugzeuge durch das Militär präventiv abschießen zu lassen, wenn mutmaßliche Terroristen, sonstige Straftäter oder verwirrte Personen drohen, diese als Waffen oder fliegende Bomben zu missbrauchen und Anschläge zu verüben – so wie bei den Terrorattacken am 11.09.2001 in den USA. Die rot-grüne Gesetzesinitiative war seinerzeit höchst umstritten, handelte es sich doch ganz offenkundig um die staatliche Lizenz zum gezielten Töten Unschuldiger. Im Falle eines solchen vorbeugenden Flugzeugabschusses auf Befehl des Verteidigungsministers würden mit Sicherheit Hunderte unschuldiger Passagiere gezielt getötet, um möglicherweise andere unschuldige Menschen aus einer Lebensgefahr zu retten.⁷ Kaum war dieses Gesetz in Kraft getreten, meldete der Inspekteur der Luftwaffe gehorsam-zackige Vollzugsbereitschaft:

„Wenn wir den Befehl bekommen abzuschießen, dann wird abgeschossen. Befehlsverweigerung gibt’s nicht. Wer den Befehl verweigert, kommt vors Wehrstrafgericht.“⁸

Vor Gericht müssten jedoch nicht Gehorsamsverweigerer, sondern die Initia-

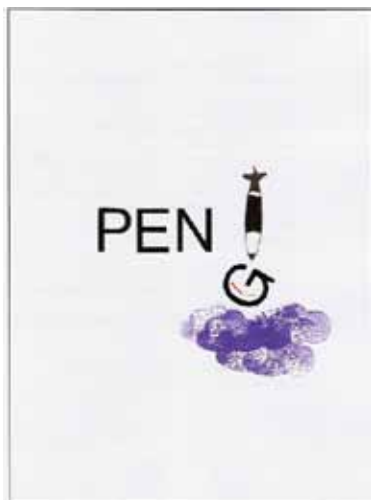
6 Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drs. 15/2361 vom 14.01.2004. Es geht speziell um die §§ 13-15 (v.a. § 14 Abs. 3) Luftsicherheitsgesetz.

7 Zur verfassungsrechtlichen Problematik: Merkel, Wenn der Staat Unschuldige opfert, in: Die Zeit, 08.07.2004, S. 33 f.

8 Zit. nach Hirsch, in: Grundrechte-Report 2007, Ffm 2007.

toren und Vollstrecker dieses Gesetzes: Denn damit wird der Mensch gegen den Menschen verrechnet, werden unschuldige Menschen in Hinblick auf ein „höheres Ziel“ instrumentalisiert und aus dem Recht exkludiert, zu Objekten degradiert und als „Kollateralschäden“ geopfert – ein klarer Verstoß gegen die Menschenwürde, weshalb das Bundesverfassungsgericht zurecht mit diesem Gesetz befasst worden ist.

„Ein Rechtsstaat kann seine Aufgabe, das Leben seiner Bürger zu schützen, nicht dadurch erfüllen, dass er die Opfer einer Straftat vorsätzlich tötet“,



schreibt Burkhard Hirsch, der insoweit von einem „finalen Rettungstotschlag“ spricht und mit Gerhard Baum, einem Flugkapitän und mehreren Vielfliegern gegen diese gesetzliche Ermächtigung Verfassungsbeschwerde eingelegt hatte.⁹ Auch Kampfpiloten der Luftwaffe protestierten gegen diese Abschusslizenz und kündigten vorsorglich an, sich zu weigern, entführte Passagierflugzeuge abzuschießen.¹⁰ Wie üblich, perlte an den verantwortlichen Politikern, wie dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), jegliche Kritik ab: Das Gesetz sei verfassungskonform, Verfassungsbedenken seien „irrig“.

Solche „Sicherheitspolitiker“ haben offenbar sämtliche Maßstäbe verloren. Denn wieder einmal musste das Bundesverfassungsgericht eines ihrer Gesetze für verfassungswidrig und nichtig erklären. Die Kernaussage des Urteils vom Februar 2006:¹¹ Das Grundgesetz erlaube keinen „Kampfeinsatz der Streitkräfte im Inneren mit spezifisch militärischen Waffen“. Die Abschuss-Ermächtigung im Luftsicherheitsgesetz missachte das Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 2 GG) und die grundgesetzlich garantierte Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG), weil die in einer entführten Passagiermaschine befindlichen Fluggäste nicht nur von den Entführern, sondern auch durch den Staat zum Objekt des Handelns

⁹ Hirsch, in: Ansprüche 1-2/2005, S. 9.

¹⁰ Der Spiegel, 26/2004, S. 17.

¹¹ BVerfGE v. 15.2.2006; 1 BvR 375/05.

degradiert würden. Besatzung und Passagiere seien ihm „wehr- und hilflos ausgeliefert mit der Folge, dass sie zusammen mit dem Luftfahrzeug gezielt abgeschossen und infolgedessen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit getötet“ würden.

„Eine solche Behandlung“ – so erklären die Verfassungsrichter weiter – „missachtet die Betroffenen als Subjekte mit Würde und unveräußerlichen Rechten. Sie werden dadurch, dass ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht; indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird den als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt“. ¹²

Folgerichtig gelangen die Karlsruher Richter zu dem Schluss, dass eine staatliche Abschusslizenz für entführte Passagierflugzeuge unvereinbar sei mit dem „Menschenbild des Grundgesetzes“, soweit von dem Einsatz der Waffengewalt tatunbeteiligte Menschen an Bord des Luftfahrzeuges betroffen werden. Wörtlich:

„Unter der Geltung des Art. 1 Abs. 1 GG (Menschenwürdegarantie) ist es schlechterdings unvorstellbar, auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung unschuldige Menschen, die sich in einer derart hilflosen Lage befinden, vorsätzlich zu töten.“ ¹³

Ein vernichtenderes Urteil über die menschenrechtswidrige Antiterrorpolitik von verantwortlichen Ministern und des Gesetzgebers kann wohl kaum gefällt werden.

- 4. Zurück zum Boden, der schon unter Rot-Grün bereitet worden ist:** Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ ¹⁴ der rot-grünen Bundesregierung von 2003 sehen nicht allein bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in aller Welt vor, sondern eben auch im Innern des Landes. Zitat:

„Angesichts der gewachsenen Bedrohung des deutschen Hoheitsgebiets durch terroristische Angriffe gewinnt der Schutz von Bevölkerung und kritischer Infrastruktur im Inland an Bedeutung und stellt zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland...“.

¹² Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 11/2006 v. 15.02.2006

¹³ Ebda.

¹⁴ VPR des Bundesverteidigungsministeriums vom 21.05.2003. Inzwischen gibt es eine Fortschreibung in den VRP 2011.

Mit solchen Zielsetzungen wird die „Landesverteidigung“ auf „Krisenbewältigung“ und „Terrorismusbekämpfung“ umgestellt und der Militäreinsatz letztlich zum normalen Interventionsinstrument der Innen- und der Außenpolitik erklärt.

5. Und aus dem letzten **„Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr** aus dem Jahre 2006 erfahren wir, dass sich die bisherige Trennung in „Friedenszeit und Kriegszustand“ in Zeiten des transnationalen Terrorismus und „asymmetrischer terroristischer Bedrohungen“ nicht länger aufrechterhalten lasse. Diese „neuartige Qualität des internationalen Terrorismus“ erfordere ein „weites Verständnis von Verteidigung, das sich in den letzten Jahren heraus gebildet“ habe (so schon die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“). Und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sekundiert: „Die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist von gestern“.

Entsprechend soll auch die verfassungsmäßige Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit, zwischen Militär und Polizei zugunsten eines „Gesamtverteidigungskonzepts“ geschleift werden. Das *Weißbuch* sieht bereits vor, den „Verteidigungsfall“ nach Art. 87a GG per Definition – also ganz ohne Grundgesetzänderung – vorzuverlagern, um ihn auch im Fall drohender Terroranschläge ausrufen zu können, die damit kriegerischen Angriffen von feindlichen Armeen im Sinne des Kriegsvölkerrechts gleichgesetzt würden.¹⁵ Schäuble sprach hier von einem „Quasi-Verteidigungsfall“. Als „Krieg“ sollen folglich nicht mehr, wie nach der herkömmlichen Definition, ausschließlich bewaffnete Konflikte zwischen Staaten definiert werden, sondern auch Attacken nichtstaatlicher Gruppierungen auf zivile oder militärische Ziele im Inland, und auch die Verhinderung solcher Angriffe bereits im Vorfeld.

Damit wird das Tor mit einer Art Generalklausel geöffnet: Dann kann der staatliche Antiterrorkampf auch hierzulande zum nicht erklärten Antiterrorkrieg werden, in dem menschenrechtliche Garantien außer Kraft gesetzt würden – bis hin zur vorsätzlichen Tötung unschuldiger Menschen. Denn unter Kriegsbedingungen könnte der Tod Einzelner in Kauf genommen werden, um den möglichen Tod vieler zu verhindern; oder aber zugunsten wichtiger Gemeinschaftsgüter wie Versorgung, Luft, Wasser, Umwelt.

¹⁵ Vgl. Gaus, Schäuble: Kriegsrecht nach innen; dies., Militarisierte Innenpolitik, beides in: taz, 20./21.05.2006. Schäuble beruft sich auf den Weltsicherheitsrat, der nach den Anschlägen vom 11.9.2001 das Völkerrecht weiterentwickelt habe: Das Gremium habe die Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit aufgehoben. Diese neue Interpretation des bewaffneten Angriffs werde auch vom NATO-Rat geteilt.

6. Ausdehnung gemäß EU-Terrorismusdefinition. Aber auch nicht-terroristische Gefahrenlagen, wie etwa ein politischer Generalstreik gegen Versorgungseinrichtungen oder gewaltförmige Massenproteste und Unruhen, könnten nach einer solchen Generalklausel den Bundeswehreinsatz im Innern ermöglichen – zumal auch militante Straßenproteste, Formen zivilen Ungehorsams oder Streiks im Transport-, Energie- oder Gesundheitswesen unter die weite EU-Terrorismusdefinition fallen können.¹⁶ Im Vertrag von Lissabon, den der Bundestag nahezu im Blindflug verabschiedete (Burkhard Hirsch) und der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, versprechen sich die Mitgliedstaaten in der „Solidaritätsklausel“ (Art. 222) auch den Einsatz militärischer Mittel innerhalb der EU, also im Inneren von EU-Mitgliedsstaaten, zur Abwehr und zum Schutz vor terroristischen Bedrohungen –, also auch vorbeugend und ohne parlamentarische Beteiligung. Ganz abgesehen von dem Aufrüstungsgebot im Artikel 42 Absatz 3 des Lissabon-Vertrages, das besagt, dass alle Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken.

7. Zivil-Militärische Zusammenarbeit: Als Einfallstor für den Bundeswehreinsatz im Innern und als Transmissionsriemen zugleich dient im Übrigen die sogenannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ): Sie ist ein eigenständiger Aufgabenbereich innerhalb der Bundeswehr¹⁷ und umfasst alle Maßnahmen, Kräfte und Mittel, welche die Beziehungen zwischen Bundeswehr auf der einen Seite und zivilen Behörden sowie der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite regeln, unterstützen oder fördern – und zwar innerhalb Deutschlands, aber auch bei Bundeswehreinmätsen im Ausland.¹⁸ Es geht dabei vordergründig um militärische Hilfe zur Erfüllung ziviler Hilfeleistung – etwa bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen. Dies schließt die Zusammenarbeit mit zivilen Hilfsorganisationen und anderen nicht-staatlichen Organisationen sowie internationalen Organisationen ausdrücklich ein.

Im Rahmen der ZMZ trägt die Bundeswehr, so heißt es offiziell, *„mit ihren Fähigkeiten ... in einem vernetzten gesamtstaatlichen übergreifenden Sicherheitskonzept“* und mit bundesweit etwa 480 Verbindungskommandos (16

¹⁶ So auch Hochhuth, in: taz, 06./07.01.2007, S. 12.; Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors, Hamburg 2007, S. 35 ff.

¹⁷ Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes 2005, insbes. § 6c, mit dem der Einsatz der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet wurde.

¹⁸ Problem der Vermischung militärischer und ziviler Aufgaben und Akteure; Beeinträchtigung der Neutralität ziviler Hilfsorganisationen und deren Gefährdung.

Landeskommandos, 463 Bezirks- und Kreisverbindungskommandos) sowie einem koordinierenden „Streitkräfteunterstützungskommando“ *„zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen sowie von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland bei“* (www.streitkraeftebasis.de). ZMZ-Stützpunkte mit Pionieren, Spezialpionieren, Sanitätsdienst und ABC-Schutz sind darauf ausgelegt, die Länder bei Katastrophen- bzw. Unglücksfällen zu unterstützen (subsidiär) oder Not- bzw. Amtshilfe im Inland zu leisten.

Die Wahrnehmung der ZMZ-Aufgaben gegenüber zivilen Stellen auf Kreis- und Bezirksebene wird überwiegend von Reservisten (Stabsoffiziere, Offiziere, Feldwebel) wahrgenommen – den sogenannten Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit, die als wertvolle „Bindeglieder“ oder *„Scharniere zwischen ziviler und militärischer Seite“* gelten und als *„Mittler zur Gesellschaft“* mit guten Ortskenntnissen und Wissen um die Strukturen der Regionen ausgestattet sind. So entsteht praktisch eine Reservearmee von mehr als 5.000 militärisch ausgebildeten Reservisten – letztlich könnten 80.000 bis 100.000 mobilisiert und aktiviert werden, die bislang nur im Spannungs- und Verteidigungsfall oder zu Übungen einberufen werden konnten.

Diese territoriale Heimatschutz-Infrastruktur überzieht inzwischen flächendeckend das ganze Land. Dies sei den *„neuen Herausforderungen an die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge“* geschuldet und stelle sicher, so der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), *„dass die Bundeswehr in unserer Heimat jederzeit und an jedem Ort unseres Landes Hilfe und Unterstützung leisten kann“*.¹⁹ Der zivilgesellschaftliche Preis ist hoch: Denn damit rückt die Bundeswehr erheblich näher an die zivilen Behörden und nichtstaatlichen Einrichtungen heran und schickt sich an, eine *„schlafende, aber im Ernstfall zu aktivierende militärische Parallelorganisation zum zivilen Krisenmanagement zu schaffen“*.²⁰ Mit der Folge einer schleichenden Militarisierung des landesweiten Katastrophenschutzes durch die Bundeswehr – eine Militarisierung, die sich allmählich auch auf weitere zivile Strukturen wie Rettungsdienste, Krankenhäuser oder Forschungseinrichtungen, aber auch auf die Polizei auswirkt. Es handelt sich um die schleichende Einbindung der Bundeswehr in die innere Gefahrenabwehr(struktur).

Zur Illustration: Gemeinsame „Objektschutz-Übung“

von Soldaten, Reservisten und zivilen Hilfsdiensten

¹⁹ Bundeswehr-Magazin „Y“, 2/2008

²⁰ Pütter, in: Bürgerrechte & Polizei, 2/08, S. 39.

Im Oktober 2009 fand eine dreitägige gemeinsame „Objektschutz-Übung“ von Soldaten, Reservisten und zivilen Hilfsdiensten statt, die Aufschluss gibt über die Zielsetzungen dieses neuen territorialen Netzwerkes; dessen Ziele gehen offenbar weit über bloßen Katastrophenschutz hinaus und umfassen auch Kampfeinsätze im Inland. Ich spreche von der „Objektschutz-Übung“ mit dem Codenamen „Hoher Franke II“. ²¹ Die Bundeswehr ging dabei von folgendem Szenario aus: Durch die Ausweitung ihres Afghanistan-Einsatzes und die Intensivierung der NATO-Bündnisverpflichtungen habe sich die Gefährdung vor allem für Verbände der Luftverteidigung und der Luftraumüberwachung im Inland erhöht. Geheimdiensten seien bei einer Fahrzeugkontrolle (seit wann dürfen die das?) Karten und Koordinaten der Radarstation auf dem Döbraberg in die Hände gefallen – ein Angriff von Terroristen sei also zu befürchten.

Daraufhin startete der gemeinsame Einsatz mit „spektakulären Szenarien“, so die Bundeswehr: Die zahlreichen Soldaten und 57 Reservisten des Landeskommandos Bayern hatten es zunächst mit harmlosen, Flugblätter verteilenden Friedensaktivisten zu tun, sind dann aber in Feuergefechte im Wald verwickelt worden. Munitionstransporte werden beschossen, Besatzungen versprengt, Soldaten verletzt. Eine Stellung wird angegriffen, ein Fahrzeug durchbricht die Sperren und explodiert, viele Soldaten bleiben schwer verletzt liegen. Daraufhin werden die zivilen Hilfsorganisationen mit 55 Helfern alarmiert: Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Bergwacht und freiwillige Feuerwehren. Jetzt greifen Terroristen den Radarturm mit Panzerfäusten an – Soldaten feuern aus Maschinenpistolen, schalten die Angreifer aus oder schlagen sie in die Flucht. Zahlreiche Schwerverletzte im Inneren des Turms müssen versorgt und die Feuer gelöscht werden.

„Das Ziel gemeinsamer, praxisnaher Ausbildung von aktiven Soldaten, Reservisten und zivilen Rettungskräften wurde erreicht“, so die Bundeswehr zufrieden. Der gemischt militärische Einsatz im Katastrophenfall erfolgt also nicht nur bei Hochwasser, so die Streitkräftebasis der Bundeswehr, sondern auch zur Unterstützung „bei Terroranschlägen“. ²² *„Denn ob ein katastrophales Schadensereignis durch die Natur, technisches Versagen oder Terroristen verursacht worden ist, ist für die Schadensabwehr und die Möglichkeiten der Bundeswehr, dabei zu unterstützen, unerheblich.“*

Auf diese Weise rücken, so die nicht unbegründete Befürchtung, Katastrophenschutz und Aufstandsbekämpfung im Innern des Landes immer näher.

²¹ Spindler, Fast echte Schüsse und Flammen, in: Frankenpost, 13.10.2009; www.bundeswehr.de

²² www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis/kexml/04

Militärische Intervention der Bundeswehr also nicht mehr nur zur Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch, sondern auch im Sauerland, in Franken und bundesdeutschen Städten. Das verweist auf einen fatalen Zusammenhang: Je mehr sich deutsche Außenpolitik an Militärinterventionen im weltweiten „Antiterrorkrieg“ beteiligt, desto größer wird die Gefahr von Terroranschlägen gegen die Bundesrepublik. Das heißt: Die Bundesregierung wappnet sich gegen mögliche Reaktionen auf ihre eigene fatale Außen- und Kriegspolitik mit Quasi-Kriegsrecht und Bundeswehreinsatz im Innern. Kollateralschäden an der Heimatfront inbegriffen.

- 8. Inlandseinsätze der letzten Jahre:** Tatsächlich ist die Bundeswehr in letzter Zeit – außerhalb von Katastropheneinsätzen – so selbstverständlich im Innern eingesetzt worden, als hätte das Grundgesetz schon lange ausgedient. An solche heimischen Militäreinsätze soll sich die Bevölkerung allmählich gewöhnen – und bereits die Fußball-WM 2006 mit über 3.000 Soldaten im Einsatz und 3.000 in Reserve, und insbesondere der G-8-Gipfel 2007 dienten dafür als willkommenes Exerzierfeld, um diesem Paradigmenwechsel jede Anstößigkeit zu nehmen. Tatsächlich wird der Bundeswehreinsatz im Innern immer alltäglicher: Gab es Ende der 1990er Jahren jährlich eine militärische Amtshilfemaßnahme zur Unterstützung der Polizei, so waren es 2007: 16 Einsätze, 2008: 31; 2009: 44 und im ersten Halbjahr 2010: 19 (Pressemitteilung MdB Ulla Jelpke, 27.10.2010).

Wir erlebten im Jahr 2007 rund um Heiligendamm einen ganzen Landstrich im Ausnahmezustand. Die Bundeswehr wurde in angeblicher Amtshilfe für die Polizei wie selbstverständlich gegen die massenhaften G-8-Proteste in Stellung gebracht: Getarnte Spähpanzer, Hubschrauber, Hunderte bewaffneter Feldjäger und 2.500 Soldaten waren im Demonstrationseinsatz – mit durchaus einschüchternder Wirkung. Eurofighter und Phantom-Abfangjäger jagten durch den Luftraum und 14 Tornados fegten – teils in furchterregendem Tiefstflug – dicht über die Köpfe der Gipfelgegner hinweg zur Ausspähung der Protest-Camps und ihrer Bewohner – während zeitgleich ebensolche Bundeswehr-Maschinen mit der Aufklärung von Taliban-Stellungen ihren Kriegsbeitrag am Hindukusch leisteten. An der Heimatfront in Heiligendamm interessierten sich die Sicherheitskräfte für die Stellungen globalisierungskritischer Aktivisten, die zu Zig-Tausenden aus der ganzen Republik und aus vielen anderen Ländern nach Rostock und Heiligendamm gereist waren, um gegen den G-8-Gipfel und die führenden Industrienationen zu protestieren – und damit gerade auch gegen die Ursachen von Gewalt und Terrorismus, gegen völkerrechtswidrige

Angriffskriege und eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Armut und soziales Elend mit Millionen von Opfern.

Auch der Polizeieinsatz zur Absicherung des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg ist durch das Militär unterstützt worden (600 Soldaten, Hubschrauber, AWACS, Spürpanzer). An solchen Einsätzen zeigt sich beispielhaft: Die herrschende Sicherheitspolitik, die sich als vernetzte, gesamtgesellschaftliche und globale Aufgabe begreift, gebärdet sich mitunter so, als befänden wir uns hierzulande in einem Antiterrorkrieg, der einen permanenten Ausnahmezustand und entsprechende Notstandsmaßnahmen rechtfertige. Doch wer Notstand predigt, so warnte Burkhard Hirsch im „Grundrechte-Report“ 2009, der wird Krieg ernten. Und weiter:

„Innere Sicherheit ist kein Selbstzweck. Sie muss dem inneren Frieden einer Gesellschaft dienen und nicht dazu, sie in einen Ausnahmezustand zu versetzen. Terrorismus ist nicht nur politisch motivierte Kriminalität, sondern auch die Einladung zur Selbsterstörung. Wir wissen, dass es Terrorismus gibt. Aber wir verlieren deswegen nicht die Fassung. Und wir sollten auch nicht bereit sein, seinetwegen unsere Verfassung zu verlieren.“²³

Apropos Ausnahmezustand...

Ursprünglicher Sinn eines durch ein autoritäres Regime verhängten Ausnahmezustands war es, für kurze Zeit das Recht förmlich zu suspendieren, um nach erfolgter Krisenbewältigung wieder zur alten Ordnung zurückzukehren. Der moderne – quasi präventive – Ausnahmezustand verliert demgegenüber nach und nach seinen Ausnahmecharakter und wird zum rechtlichen Normalzustand der langfristigen Krisenverhütung und -bewältigung; er erweist sich für den modernen Staat immer mehr als „herrschendes Paradigma des Regierens“, wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben konstatiert – oder anders ausgedrückt: als präventive Herrschaftssicherung in Zeiten kapitalistischer Krisen mit ihren negativen sozioökonomischen Auswirkungen, in Zeiten von Rohstoffknappheit und „Flüchtlingsströmen“. Schließlich gilt es, so eine These, den Staat nicht nur vor Terror zu schützen, sondern auch gegen mögliche soziale Unruhen, Straßenschlachten und gewaltsame Aufstände vorsorglich zu wappnen; auch gegen unkontrollierte Flucht- und Migrationsströme sowie Gefährdungen der Infrastruktur und der Versorgung mit Energie und Rohstoffen. Gerade in Zeiten der ökonomischen Krise und des sozialen Niedergangs weist die aktuelle Anhäufung

²³ Hirsch, in: Grundrechte-Report 2009, Ffm 2009, S. 169 ff. (175).

von sicherheitspolitischen Instrumenten der Überwachung und Kontrolle, der Gefahrenvorsorge und -abwehr auf Vorrat über reine Terrorabwehr weit hinaus und kann auch auf künftige Entwicklungen der genannten Art abzielen, die sich heute schon abzeichnen, zumindest erahnen lassen.

Tatsächlich scheint der präventive Sicherheitsstaat in dem Maße aufgerüstet zu werden, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird. Unverkennbar ist die Tendenz dieser Art von Sicherheitspolitik und des Antiterrorkampfes, rechtsstaatliche Demokratie und Bürgerrechte auszuhöhlen und dabei den Rechtsstaat radikal umzubauen, die Grenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten zu schleifen, die Grenzen zwischen Innerer Sicherheit und Außenpolitik zu verwischen und beide Bereiche zu militarisieren – kurz: das Instrumentarium des Ausnahmezustands zu präventiven Zwecken zu normalisieren.

Zahlreiche Sicherheitsgesetze, die in den letzten Jahren vom Bundesverfassungsgericht und auch vom Europäischen Gerichtshof (für Menschenrechte) ganz oder teilweise für verfassungswidrig erklärt werden mussten, offenbarten die besorgniserregende Tatsache, dass Regierungen und Parlamente dabei unveräußerliche Grund- und Bürgerrechte, die Menschenwürde und den Kern privater Lebensgestaltung einer vermeintlichen Sicherheit beziehungsweise unhaltbaren Sicherheitsversprechen opfern. Die hohe Anzahl verfassungswidriger Gesetze und Maßnahmen, aber auch der seinerzeit von Deutschland mitgeführte völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien – übrigens auch ein Tabubruch – und die Beihilfe zum Völkerrechtsverbrechen gegen den Irak: All dies verweist auf ein Völkerrechts- und Verfassungsbewusstsein in der politischen Klasse und mancher Sicherheitsbehörde, das im Zuge der Terrorismusbekämpfung immer mehr zu schwinden scheint – strenggenommen ein Fall für den Verfassungsschutz.

Diesem Umbau und Zerstörungsprozess müssen Menschen- und Bürgerrechtsgruppen, Gewerkschaften und politisch-soziale Bewegungen energischer als bisher entgegentreten. Zum einen brauchen wir einen anderen, einen sozialen, friedens- und umweltpolitischen Sicherheitsbegriff, der an den Ideologien, an Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und Kriminalität ansetzt, von denen kaum noch die Rede ist. Und wir brauchen eine Revision des Antiterror-Sonderrechtssystems, eine Revision der Strukturen und Vorratsgesetze für den täglichen Ausnahmezustand.

Dieser Beitrag ist die gekürzte und aktualisierte Version eines Vortrags, den der Autor Ende 2009 während der Konferenz der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen gehalten hat. Der Text basiert auf einem Referat des Autors

für den 15. Friedensratschlag in Kassel.

Jugend im Visier: Offiziere werben an Schulen für deutsche Kriegseinsätze

Heike Hey

Erfreulicherweise geht der Bundeswehr seit längerem der „Nachwuchs“ aus. Bereits vor der Aussetzung der Wehrpflicht haben viele junge Menschen den Militärdienst abgelehnt. Das hat verschiedene Gründe:

- Die „Heldengedenkfeiern“ für Soldaten, die tot aus Afghanistan zurückgebracht wurden, haben nachdenklich gemacht: „Wofür und für wen sind diese jungen Menschen gestorben?“
- Die Bombardierung des Tanklastzuges in Kundus, die durchaus als Kriegsverbrechen bezeichnet werden kann, zeigt die Verlogenheit des Argumentes der sog. Terrorabwehr auf.
- Durch das Bekanntwerden von Gewalt- und Exzessen in deutschen Kasernen, als vermeintliche Vorbereitung auf Kriegseinsätze, wurden kritische Einstellungen entwickelt.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr als Berufsarmee mit Aussetzung der Wehrpflicht setzt die Bundeswehr zusätzlich unter Handlungsdruck. Jährlich „müssen“ 25.000 neue SoldatInnen rekrutiert werden, die den Zugriff auf Rohstoffe, die Versorgung mit Energie, „freie“ Transport- und Handelswege und die Abwehr von Flüchtlingen gewährleisten und sichern sollen.¹

Wie todernt für PolitikerInnen und Militär die Gewinnung neuer SoldatInnen ist, zeigt die Erhöhung des Etats für Werbetätigkeit der Bundeswehr auf über 10 Millionen Euro jährlich in der Zeit von 2009 bis 2011. Insbesondere Schulen sind in den Fokus der Werbekampagnen gerückt.²

„Die Schule ist der richtige Ort, an dem wir junge Menschen erreichen“, meinte (Ex-)Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) Ende Oktober 2010 in einem Artikel in der *Berliner Morgenpost*.³

Die Schulbesuche teilen sich Wehrdienstberater und Jugendoffiziere, die eng verknüpft zusammenarbeiten. Wehrdienstberater sind für die direkte Nachwuchswerbung zuständig und erreichten 2009 an Schulen bei rund 12.600 Veranstaltungen mehr als 280.000 Schülerinnen und Schüler. Jugendoffiziere sind Referenten der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Im Berichtsjahr 2010 haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr bei insgesamt 7.350 Veranstaltungen 176.862 Menschen „informiert“. Bei den Veranstaltungen geht es offiziell nicht

¹ www.bundeswehr.de

² Christian Stache, Gastbeitrag für die Informationsstelle Militarisation e.V. vom April 2/2011 - 23

³ TAZ vom 21.12.2010

um Nachwuchswerbung, sondern um die Vermittlung der staatlichen militärischen Sicherheitsdoktrin. Militäreinsätze der Bundeswehr sollen den Schülern und Schülerinnen als ein normales Mittel der Politik erklärt werden. So halten die Soldaten Vorträge über Auslandseinsätze der Bundeswehr, internationalen Terrorismus und diskutierten mit den Schulklassen bis vor kurzem auch noch über den Sinn der Wehrpflicht.



Wo genau die Trennlinie zwischen reinem Informieren und Werben liegt, ist bei den Schuleinsätzen unklar. Obwohl in den Veranstaltungen in Schulen durch sog. Jugendoffiziere die Rekrutierung untersagt ist, bleibt der Übergang zwischen Werbung und Anwerbung fließend. Dadurch wird auch gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstoßen: Sie verbietet die Militärwerbung für Minderjährige. Besorgt schrieb deshalb Mitglieder von Terre des hommes, des Darmstädter Signals⁴, des Forum Menschenrechte, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Januar 2011 an den damaligen Bundesverteidigungsminister:

„(...) Auch der Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen und generell gegenüber Minderjährigen ist problematisch. Viele Berichte und die Aussagen der Bundeswehr verdeutlichen, dass Jugendoffiziere bei Schulbesuchen einseitig für militärische Einsätze in Krisengebiete werben. Insbesondere werden die erheblichen

⁴ Arbeitskreis Darmstädter Signal, das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform

Risiken der Soldaten und auch die Probleme, wie zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung, gar nicht oder nicht ausreichend angesprochen. Dagegen werden die Vorteile des Soldatenberufes betont, wie der sichere Job, kostenlose Berufsausbildung oder Studium und gute Bezahlung. Viele Schüler interessieren sich nach den Jugendoffiziersbesuchen für eine militärische Laufbahn in der Bundeswehr und werden in der Regel auch an die Wehrdienstberater weiterverwiesen. Es erfolgt also auch durch die Jugendoffiziere eine Werbung von jungen, minderjährigen Rekruten, welche einen Verstoß gegen die Schutzpflichten der KRK⁵ darstellt.“⁶

Trotz dieser und anderer grundsätzlicher Bedenken sind in inzwischen sieben Bundesländern Kooperationsverträge zwischen Schulen und Bundeswehr geschlossen worden.

Begonnen hat im Oktober 2008 die damalige nordrhein-westfälische Schulministerin Barbara Sommer (CDU), es folgten Baden-Württemberg (Dezember 2009), Rheinland-Pfalz (Februar 2010), Bayern (Juni 2010), Mecklenburg-Vorpommern (Juli 2010), Hessen (November 2010) und Sachsen (Dezember 2010). Auf der Internetseite des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen werden die Ziele der Kooperationsverträge benannt:

„Diese Vereinbarung – die erste dieser Art in Deutschland – soll die Kooperation zwischen Schulen und Jugendoffizieren bekräftigen. Zudem soll sie eine noch engere Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung erreichen.

Jugendoffiziere der Bundeswehr betreuen wie bisher die Schulen in Nordrhein-Westfalen und werden in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Referendarinnen und Referendaren eingebunden. Die Bundeswehr bietet Lehrkräften und Mitgliedern der Schulverwaltung Besuche ihrer Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an. Angebote zur politischen Bildung sollen regelmäßig in den Medien des Schulministeriums und des Wehrbereichskommandos II veröffentlicht werden (...“⁷

In der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr heißt es u.a.:

- 5 UN-Kinderrechtskonvention (KRK) Artikel 1: Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt
- 6 Vollständiger Wortlaut unter dem Link: <http://www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/weitere-themen/bundeswehr-an-schulen.html>
- 7 2006 - 2011 Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

„Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schülerinnen und Schülern Aufklärung und Informationen über sicherheitspolitische Fragestellungen zu ermöglichen.

Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern.“⁸

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr lesen sich die Ziele der vorgeblichen Friedenssicherung allerdings wie folgt: *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“⁹*

Daraus entwickelt das Sächsische Staatsministerium für Kultur und Sport in konsequenter Weise folgende Fragen: *„Was hat die Bundeswehr mit Piraten zu tun? Warum sind deutsche Soldaten in Afghanistan und wieso ist eine Pipeline Bestandteil internationaler Sicherheitspolitik?“*, veröffentlicht in einer Pressemitteilung. Die Armee möchte Schülern die aufgeworfenen Fragen erklären und sie nebenbei für sich rekrutieren.¹⁰

Spielend sollen Schülerinnen und Schüler für Kriegseinsätze gewonnen werden. Das Planspiel *Politik und internationale Sicherheit* (POL&IS) wird von Jugendoffizieren besonders gern methodisch eingesetzt. Ziel des zwei bis fünf Tage dauernden interaktiven Spieles ist es, über eine vereinfachende Weise den politischen und militärischen Aufbau der Welt nachzustellen. Ökologische und ökonomische Aspekte fließen ein. Sie simulieren Weltpolitik mit all ihren Wechselwirkungen und zu beachtenden politischen und wirtschaftlichen Vernetzungen.

„Neben dem Schulvortrag mit im Kern sicherheits- und verteidigungspolitischem Themenbezug als Schwerpunktaufgabe erfreuen sich das Planspiel Politik und internationale Sicherheit (POL&IS) und die ebenfalls mehrtägigen sicherheitspolitischen Seminare einer ungebrochen hohen Nachfrage. Das Angebot konnte die Wünsche insbesondere zu POL&IS nicht vollständig decken, da die Kapazitäts-

8 http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/Kooperationsvereinbarung_Schulen_NRW.pdf

9 Siehe: Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 2003

10 TAZ vom 21.12.2010

grenzen erreicht wurden.“¹¹

Markus Pflüger¹² hat mitgespielt und berichtet: „Wir waren eine ziemlich bunte Gruppe aus der Friedensbewegung: Von Mitgliedern unabhängiger Friedensorganisationen über internationale Entsendeorganisationen von Friedensdiensten und Trainingsanbietern bis zu Vertretern von kirchlichen Friedensgruppen sowie Schüler- und Gewerkschaftsvertreter. Das Spiel fand in der Bundeswehrseminarstätte Winterberg im Sauerland statt.

Nach einer kurzen Einführung ging es direkt los. Wir verteilten die Rollen, also Regierungschefs, Wirtschaftsminister, UN-Generalsekretär – bei uns eine Generalsekretärin –, Weltpresse und NGOs¹³. „Polis heißt, realitätsnah ein paar Tage Weltpolitik zu spielen“, meinte ein Jugendoffizier (...).

Der Schwerpunkt von POLIS liegt auf volkswirtschaftlichen Fragen. „Es gibt Simulationen, in denen [im militärischen Bereich] kaum etwas passiert“, erklärte ein Jugendoffizier. Es führt also nicht direkt zu militärischen Interventionen, es zeigt erst ausführlich vor allem wirtschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten auf – allerdings in einem festen Weltgefüge mit einem eher herrschaftsorientierten Menschenbild; die Bevölkerung kommt nicht vor, nur ihre Vertreter – auch das Parlament spielt in demokratischen Staaten keine Rolle, es musste aus Vereinfachungsgründen entfallen – es gibt ja Repräsentanten.

Die drei beteiligten Jugendoffiziere erklärten kompetent das Spiel und halfen den Einzelnen geduldig bei ihren Berechnungen und Maßnahmen – eine dankbare Rolle als Freund und Helfer im simulierten Weltgeschehen. Allein ihre Präsenz als Spielleiter bzw. als durchführende Institution impliziert, dass Militär selbstverständlich ist und seine Rolle unentbehrlich. „Militär ist ein politisches Mittel, das leider hier und da in der Welt eingesetzt werden muss“, so die klare Ansage an die friedensbewegte POLIS-Versammlung.¹⁴

Pflügers Fazit:

„Insgesamt sind die kapitalistischen Rahmenbedingungen, zivil-militärische Zusammenarbeit und generell eine herrschaftsorientierte Politikansicht im Spiel vorgegeben. Generell stellt sich mir jetzt noch stärker die Frage, warum die Bun-

¹¹ Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr hier: Ausgabe 2010

¹² Markus Pflüger ist DFG-VK-Mitglied und aktiv bei der AG Frieden Trier

¹³ Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO)

¹⁴ <http://www.dfg-vk.de/thematisches/kindersoldaten/2010/574>

deswehr damit an Schulen gehen darf – politische Bildung gehört für mich nun mal in die Hände von pädagogischen Fachkräften und nicht in die von Soldaten. Alleine dass sie so etwas machen können, beinhaltet eine Message mit Werbeeffekt fürs Militärische. POLΘIS informiert über weltpolitische Zusammenhänge und wirbt damit geschickt indirekt für die Selbstverständlichkeit und Unabkömmlichkeit des Militärs und die Notwendigkeit seines Einsatzes.“

Die Einseitigkeit der Darstellung verstößt gegen die Grundlage der Politischen Bildung, den „Beutelsbacher Konsens“:

- I. Überwältigungsverbot.
- II. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
- III. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und

seine eigene Interessenlage zu analysieren.¹⁵

Auch der der CDU nahestehende Dr. Siegfried Schiele, 1976 Mitinitiator des Beutelsbacher Konsenses, kritisiert die Kooperationsabkommen:

„ (...) Es muss sichergestellt sein, dass die politische Bildung nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses vermittelt wird. Das scheint mir bei solchen Abkommen nur eingeschränkt der Fall zu sein. Es ist ungewiss, ob die Bundeswehr auch andere Sichtweisen als die der Bundesregierung und des Verteidigungsministeriums – also beispielsweise die der Friedensbewegung – wiedergibt.

15 Der Beutelsbacher Konsens im Wortlaut:

1. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich - etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer - erhobene Vorwurf einer „Rückkehr zur Formalität“, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

Ich halte solche Abkommen für fragwürdig.“¹⁶

Aber auch die Einladung, dass Vertreter der Friedensbewegung am Unterricht teilnehmen, löst das Grundsatzproblem nicht. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr steht immer im Missverhältnis zu den zumeist ehrenamtlichen arbeitenden AktivistInnen der Friedensbewegung. Die Friedenserziehung und die gewaltfreie Konfliktlösung ist in den Lehrplänen zu verankern, wie es in Artikel 29 der Kinderrechtskonvention gefordert wird.

Kriegsspiele auch in Bremer Klassenzimmern

Zwischen Bremer Schulen und der Bundeswehr gibt es keine Kooperationsverträge, wie aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 23. Dezember 2009 hervorgeht. Das heißt allerdings nicht, dass es in Bremens Schulen keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gab. An 12 von 59 allgemein bildenden Schulen (Sek I und II) in Bremen und Bremerhaven wurden im Jahr 2009 insgesamt 17 Veranstaltungen mit Jugendoffizieren durchgeführt. Die Schulen gaben mehrheitlich an, die Besuche von Jugendoffizieren der Bundeswehr im Rahmen der Berufsorientierung veranlasst zu haben. An einer Schule wurde als Grund der Einladung das Planspiel POL&IS angegeben.

¹⁶ Neues Deutschland vom 22. Oktober 2010

Für eine zivilisierte Bildung und Wissenschaft

Ralf E. Streibl

Aus dem DUDEN-Herkunftswörterbuch (DUDEN Bd. 7, 2001):

Zivilisation

»die Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen [verbesserten] Lebensbedingungen«

zivilisieren

»gesittet machen, verfeinern, kultivieren; mit der Zivilisation vertraut machen«

1 Kein bisschen Frieden ...

Johan Galtung, der bekannte norwegische Friedens- und Konfliktforscher, unterscheidet verschiedene Arten von Gewalt: direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt. Direkte Gewalt bezeichnet den Typus von Gewalt, bei der es einen spezifischen Akteur gibt und die daher eher sichtbar ist. Strukturelle Gewalt geht zurück auf (repressive oder ausbeuterische) Machtverhältnisse, auf ökonomische, rechtliche, organisatorische Strukturen etc. Unter den Begriff der kulturellen Gewalt fasst Galtung insb. die Legitimationsprozesse, die innerhalb einer Kultur direkte oder strukturelle Gewalt rechtfertigen. Direkte Gewalt manifestiert sich somit – nach Galtung (1998) – als ein Ereignis, strukturelle Gewalt hingegen ist ein Prozess. Kulturelle Gewalt wiederum zeichnet sich seiner Ansicht nach durch eine längerfristige Stabilität aus, weshalb er sie als „eine Invariante, eine »Permanenz«, die aufgrund der nur langsamen Transformationen grundlegender Aspekte der Kultur über lange Zeiträume hinweg im wesentlichen unverändert bleibt“ (S.348) beschreibt. Beispiele hierfür beschreibt Galtung u.a. in Religion, Ideologien, Kunst, Sprache und auch Wissenschaften (1990, S.296ff).

Die drei genannten Gewalttypen sind dabei nicht unabhängig voneinander, sondern können sich gegenseitig befruchten: „Gewalt kann ihren Ausgang nehmen an jeder Ecke des Dreiecks direkte-strukturelle-kulturelle Gewalt und leicht zu den anderen Ecken überspringen“ (1998, S.365). Vor dem Hintergrund institutionalisierter struktureller Gewalt und internalisierter kultureller Gewalt manifestieren sich beispielsweise Tendenzen, direkte Gewalt selbst auch zu institutionalisieren (1990, S.302). Umgekehrt kann direkte Gewalt ihrerseits wieder strukturelle und kulturelle Gewalt verstärken.

Solch ein differenzierter Gewaltbegriff impliziert auch ein erweitertes Friedenskonzept: Galtung unterscheidet daher zwischen *negativem Frieden*, der einzig durch die Abwesenheit von direkter Gewalt (z.B. in Form zwischenstaatlichem Krieg) gekennzeichnet ist, und dem Konzept eines *positiven Friedens*, der durch Wegfall von Ausbeutung, Unterdrückung, Entfremdung sowie Verwirklichung von

Entwicklungschancen und sozialer Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Frieden in diesem Sinne ist Bedingung für eine Entwicklung ohne Gewalt (vgl. Galtung 1998, S.387). Weiterhin betont Galtung, dass es hierbei aber nicht um eine statische Systemeigenschaft geht. Infolgedessen formuliert ein „Dynamisches Friedenskonzept“: *„Frieden haben wir dann, wenn eine kreative Konflikttransformation ohne den Einsatz von Gewalt stattfindet“* (S.458) – Kriterium für Frieden ist somit die Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen. Erforderlich hierfür ist gleichermaßen eine Friedensstruktur wie auch eine Friedenskultur. Dem entgegen steht jedoch die bis heute in vielen Köpfen fest verwurzelte Überzeugung, Frieden sei nur durch Stärke erreichbar. Boehnke, Christie und Anderson zeigen gleichermaßen die Langlebigkeit und die Verbreitung solcher kultureller Überzeugungen auf, wenn sie schreiben: *„Die dominante kulturelle Überlieferung unserer Zeit entstammt der Antike. Sie lautet: »Si vis pacem para bellum!« und findet sich fast wortgleich im vormaligen Credo der Nationalen Volksarmee der DDR »Der Frieden muss bewaffnet sein!«“* (2004, S.35).

Auch wenn Galtungs Gewalttypologie wegen ihrer mangelnden begrifflichen Schärfe oder Operationalisierbarkeit kritisiert wurde, bietet sie jedoch einen guten Ausgangspunkt, die unterschiedlichen Ebenen von Individuum, gesellschaftlichen Strukturen und Kultur in Zusammenhang mit den Fragen Gewalt bzw. Krieg zu betrachten.



2 Weltpolitik und Kriegskultur

Die Debatten um Rüstungsforschung oder Dual-Use an Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie die Diskussionen über Werbeveranstaltungen von Militärkräften wie der Bundeswehr in Schulen und auf Bildungsmessen sind vordergründig oft gekennzeichnet durch eine klare Ablehnung und deutlichen Widerstand: Protest wird artikuliert *gegen* Militarisierung von Bildung, *gegen* direkte Kooperationen mit Militär oder Rüstungsbetrieben und – weitergehend – *gegen* die möglichen Dual-Use-Aspekte von Forschung und Entwicklung z.B. an Hochschulen.

Die einführenden Bemerkungen zu Galtungs Gewalt- und Friedensbegriff machen deutlich, warum eine derartige Position zwar sinnvoll und notwendig ist, aber so nicht ausreicht. Die real vorhandenen Rüstungsarsenale sowie das in vielen militärischen Strategiepapieren ausgedrückte Streben nach (u.a. auch technologischer) Überlegenheit belegen die immanenten Strukturen von Unfriedlichkeit.

Ein häufig geäußelter Vorwurf, wenn man diese Position vertritt, ist, dass ein „idealistischer Radikalpazifismus“ nichts mit der Realität dieser Welt zu tun habe – schließlich gäbe es dort Waffen, Konflikte, Bedrohungen, und damit seien Rüstung und militärische Stärke notwendig, um sich zu verteidigen bzw. ggf. anderen beistehen zu können. Dabei wird jedoch verkannt, dass gerade diese Position im Galtungschen Sinne einen Teil kultureller Gewalt darstellt. Natürlich lassen sich solche Einstellungen und Haltungen in einer Gesellschaft und erst recht weltweit nicht kurzfristig verändern. Doch andererseits ist genau an dieser Stelle anzusetzen, um der Rechtfertigung direkter Gewalt in Konflikten langfristig entgegenzuwirken und ihre die scheinbare Legitimation zu entziehen.

Die „neue“ Sicherheitspolitik

Die Umbrüche in Osteuropa ließen manch einen kurzfristig hoffen, dass die langjährige Dominanz militärischen Kalküls sowie die Ideologie von Abschreckung und der Notwendigkeit militärischer Stärke zu Ende gehen könnten. Es dauerte jedoch nicht lange, bis George Bush im Kontext der UN-Intervention gegen den Irak eine „neue Weltordnung“ ausrief. Viele glaubten damals, Zeuge einer positiven Veränderung zu werden: Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes könnten die Großmächte zusammenkommen und im Auftrag der UN den gemeinsamen Kampf des „Guten“ führen, wenn Frieden und Gerechtigkeit in der Welt von einzelnen „Bösen“ bedroht würden. Gerne wurde dabei übersehen, dass – je nach Interessenlage – vorher gerne mit genau diesen „Bösen“ kooperiert wurde.

Deutlich wird dies z.B. an den Verbindungen der USA mit Saddam Hussein, der zeitweise als Gegner des im Iran regierenden Regimes geschätzt wurde. Als während dieser Zeit eine Delegation irakischer Oppositioneller in Washington um Unterstützung ihrer Bestrebungen nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie ersuchten, wurden sie abgewiesen (vgl. Chomsky 1999b). Ähnliches wird nun in jüngster Zeit in Zusammenhang mit den Veränderungen im arabischen Raum offenkundig: Wie sehr wurden zeitweise die jeweiligen Machthaber Ben Ali, Mubarak oder Gaddafi im Westen hofiert!

Die Idee der Hilfe für bedrohte oder unterdrückte Menschen ist orientiert an humanitären Werten und zeugt von gesellschaftlicher Verantwortung. Sie ist nicht zu kritisieren. Zu hinterfragen ist allerdings, dass in den letzten zwei Jahrzehnten der „neuen Weltordnung“ hierunter anscheinend mit zunehmend regelhafter Selbstverständlichkeit militärische Interventionen verstanden werden (wobei die realen Entscheidungskriterien, *in welchen Fällen* interveniert wird, nur teilweise transparent sind; vgl. hierzu auch Chomsky 1999a). Bezogen auf die Bundesrepublik und die neue Rolle der Bundeswehr korrespondiert diese Veränderung auf weltpolitischer Ebene mit den in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom November 1992 skizzierten Planungen, die eine „Wende in der bundesdeutschen Außenpolitik“ markierten, den „Einsatz der Bundeswehr für praktisch beliebige Zwecke“ ermöglichten und damit den Weg zu ziviler Konfliktlösung und Ursachenbeseitigung versperrten (Schluroff 1998, S.199; für eine Analyse der diesbezüglichen Wende in der bundesdeutschen Presseberichterstattung vgl. Meder 1998; zu den aktuellen Prozessen der Normalisierung militärischer Gewalt im öffentlichen Diskurs vgl. u.a. Jäger 2011).

Die Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem damals ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ trieben die Entwicklung weiter voran – militärische Lösungen werden direkt als geeignete Option der Politik und als gerechtfertigte Handlungsoption angesehen. Fuchs (2004, S.241f) beschreibt diesen Weg von den „humanitären Interventionen“ zur Wiedereinführung eines „Rechts auf Kriegführung“ unter der Überschrift „Wiederbelebung der Kriegskultur“. Mit dem Slogan „Kampf gegen internationalen Terrorismus“ werden seither nicht nur Kriegseinsätze gerechtfertigt, sondern auch eine Intensivierung staatlicher Überwachung, Kontrolle und Datensammelerei (d.h. Intensivierung struktureller Gewalt im Sinne Galtung) und sogar offensichtliche Verstöße gegen die Menschenrechte bis hin zu Folter.

3 Militarisierung von Bildung in Deutschland

Will man mittel- und langfristig zu einer echten und nachhaltigen „Neuen Weltordnung“ im Sinne einer kulturellen Änderung kommen, charakterisiert durch einen Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg (selbst von diesem Ziel ist man heute ja weiter entfernt als zuvor!), muss früh in Sozialisation und Bildung angesetzt werden. Wer frühzeitig Alternativen zu Gewalt in der Konfliktlösung kennenlernt, mag auch später darauf vertrauen. Die Ausweitung der Wahrnehmungs- und Handlungsspielräume im Zusammenhang mit Konflikten erleichtert es, Gewaltandrohung, Gewaltausübung und damit auch den Einsatz militärischer Machtmittel als in aller Regel inadäquate und konfliktsteigernde Mittel zu erkennen.

Doch der Trend weist derzeit einmal mehr in eine andere Richtung: Mit Blick auf den Umbau der Bundeswehr zu einer Truppe für flexible Einsätze in verschiedenen Teilen der Welt wird die Öffentlichkeitsarbeit pro Militäreinsätze und pro Bundeswehr auch im schulischen Bereich intensiviert. Neben die Frage der gesellschaftlichen Wahrnehmung ihrer Einsätze tritt – vor dem Hintergrund der Aussetzung der Wehrpflicht – für die Truppe die existentielle Notwendigkeit, geeigneten Nachwuchs zu werben.

Bundeswehrpräsenz in Schulen und auf Bildungsmessen

Aus verschiedenen Bundesländern sind Vereinbarungen der Bundeswehr mit Kultusministerien bekannt, die u.a. die Arbeit von Jugendoffizieren in den Schulen verbessern sollen. In anderen Bundesländern entscheiden die einzelnen Schulleitungen über mögliche Kooperationen. Eine aktuelle Dokumentation zum Thema Bundeswehr und Schule hat terre des hommes in Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herausgegeben (tdh/GEW 2011). Im einleitenden Beitrag von Willinger heißt es darin u.a.:

„Besonders an Schulen versucht die Bundeswehr, ihr Image aufzubessern und Nachwuchs zu werben. 2010 erreichten alleine die Jugendoffiziere und Wehrdienstberater der Bundeswehr 340.000 Schüler, darunter auch Kinder von elf Jahren. (...)

Bei ihren Schulbesuchen gibt es kaum Informationen über Risiken der Auslandseinsätze und getötete, verletzte oder traumatisierte Bundeswehrsoldaten sowie über die Gefahren der Konflikteskalation durch den Einsatz von Gewalt. Ebenso wenig kommen Themen wie Gewaltfreiheit und zivile Konfliktlösung zur Sprache. Stattdessen wird die Notwendigkeit militärischer Interventionen

betont und ein heroisches, verharmlosendes Bild solcher Einsätze gezeichnet. Auch Computer- oder Strategiespiele der Bundeswehr wie »Politik & Internationale Sicherheit« werden systematisch genutzt, um den Einsatz militärischer Gewalt bis hin zur Atombombe zu legitimieren. Jugendoffiziere spielten alleine 2010 mit über 24.000 Schülern und Lehrern dieses Spiel.“
(Willinger 2011, S.22)

Inzwischen manifestiert sich – getragen von Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen und Öffentlichkeit – immer öfter Widerstand gegen derartige Bundeswehr-Werbeoffensiven. Ziel ist es, entweder gar keine Soldaten einzuladen, oder nur in Kontexten, in denen kontrovers diskutiert wird.

Auch die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* kritisiert scharf die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und hat in einem Beschluss ihres Hauptvorstandes am 31.03.2011 u.a. festgehalten:

„Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden. Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. Die GEW fordert die Landesregierungen auf, entsprechende Passagen in den Kooperationsabkommen zu kündigen.“

(Link zum gesamten Beschlusstext siehe Kasten)

Im Internet finden sich inzwischen viele Seiten, die sich kritisch mit den Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen auseinandersetzen. Als Einstieg seien u.a. empfohlen:

GEW:

http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html

junge GEW:

<http://www.jungegew.de/index.php/schule-ohne-bundeswehr.html>

DFG/VK:

<http://www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr/>

IMI-Studie: Die Eroberung der Schulen:

http://imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf

Neben Veranstaltungen direkt in Schulen zeigt die Bundeswehr aktuell v.a. bei Bildungsmessen mit großen Ständen, viel Personal und Fuhrpark Präsenz und

versucht Schülerinnen und Schüler, die auf der Suche nach Ausbildungsplätzen sind oder vor einer Entscheidung für ein Studium stehen, für Ausbildung und Karriere bei der Bundeswehr zu begeistern. Selbstverständlich nutzt die Bundeswehr auch Medien aller Art für die gezielte Ansprache von Jugendlichen, u.a. betreibt sie ein Community-Portal mit Namen *treff.bundeswehr.de* (Slogan: „... mehr erleben!“), wirbt für die Teilnahme an den „Bundeswehr Adventure Games“ (Slogan: „Abenteuer pur“) und ist selbstverständlich auch in Facebook präsent.

In ihrer vor kurzem fertiggestellten Bachelor-Arbeit hat Lena Sachs in dankenswerter Weise die Rolle der Bundeswehr an Schulen historisch und insb. bezogen auf die gegenwärtige Debatte aufgearbeitet. Insbesondere kritisiert sie, *„dass die Bedingungen, welche der Bundeswehr die Türen zu den Schulen öffnen und durch welche die Zusammenarbeit gerechtfertigt wird, nicht eingehalten werden können. Wie auch die Analyse der Unterrichtsmaterialien zeigte, sind weder das Verbot von Nachwuchswerbung, noch die Grundsätze der politischen Bildung durch den Einbezug Bundeswehr in die Schulbildung gewährleistet“* (Sachs 2011, S.78). *Vernichtend klingt ihre Analyse der kulturell negativen Wirkung derartiger Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen: „Mittels der Veralltäglichung militärischer Gewalt wird der Grundstein für die Akzeptanz des Einsetzens militärischer Mittel oder militärischer Aufrüstung in der Bevölkerung gelegt“* (S.78).

Erziehung zur Friedensfähigkeit

Der Widerstand gegen Militärwerbung und einseitige Informationskampagnen ist notwendig und muss weitergehen. Dies alleine reicht jedoch nicht aus. Ebenso wenig würden in der heutigen Gesellschaft aber auch eine Schonraum-Bewahrpädagogik oder eine ausschließlich am Ideal einer gewaltfreien Gesellschaft orientierte Bildung sinnvoll funktionieren. Beides würde den Kindern und Jugendlichen den Blick auf die Realität und Schwierigkeiten der heutigen Welt verstellen oder verkleistern, was ihnen gegenüber in keiner Weise verantwortbar wäre.

„Kriege als historisch, d.h. als vom Menschen herbeigeführt und deshalb als vermeidbar begreifen zu lernen“ ist das erste Lernziel friedensorientierter Bildung (Nicklas 1996, S.469). Friedensorientierte Bildung muss sich selbst *„als Teil des Prozesses, dessen Ziel der Abbau oder die Verringerung von Gewalt ist“* (S.463) verstehen. Dazu muss sie auf allen Stufen organisierter Lernprozesse zur Reflexion gesellschaftlicher Zusammenhänge auffordern sowie kritisches Selbstverständnis und konkrete Handlungsfähigkeit fördern. In diesem Sinne trägt Erziehung zur Friedensfähigkeit gleichermaßen zu einem *„Selbstbefreiungsprozess des Menschen“* (S.471) bei.

4 Wissenschaft in Verantwortung für Frieden

„Ich möchte an alle eine allgemeine Mahnung richten: dass sie berücksichtigen, welches der wahre Zweck des Wissens ist und dass sie weder zum geistigen Vergnügen noch um des Streitens willen danach streben, sondern um des Wohls und des Nutzens für das Leben Willen, dass Hilfe für die Menschen daraus entstehen möge und Erfindungen, die in einem gewissen Maße die Not und das Elend der Menschheit mildern und überwinden können.“

(Francis Bacon; zit. n. Rotblat 2009)

Impulse aus Pugwash und Göttingen

Unter dem Eindruck der Atombombenabwürfe auf Japan und des anschließenden nuklearen Wettrüstens zwischen den USA und der Sowjetunion formulierte der Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell ein noch von Albert Einstein und acht weiteren namhaften Wissenschaftlern mitunterzeichnetes Manifest, in dem vor den Gefahren des Krieges mit Nuklearwaffen gewarnt und die bewusste Entscheidung gegen bewaffnete Konflikte gefordert wurde. U.a. heißt es darin:

„(...) In the tragic situation which confronts humanity, we feel that scientists should assemble in conference to appraise the perils that have arisen as a result of the development of weapons of mass destruction, and to discuss a resolution in the spirit of the appended draft. (...)“

(The Russell-Einstein-Manifesto 1955)

In der Folge kam es 1957 in Pugwash, einem kleinen Fischerdorf in Nova Scotia / Canada zu einem ersten Zusammentreffen von 22 hochrangigen Wissenschaftlern aus zehn Nationen. Der Name *Pugwash Conferences on Science and World Affairs* blieb, auch wenn spätere Zusammenkünfte an vielen verschiedenen Orten stattfanden. Das *Russell-Einstein-Manifest* war ein frühes Signal dafür, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekennen und in dieser Konsequenz auch politisch Position beziehen müssen.

Über dieses erste Pugwash-Treffen 1957 schrieb der Mitbegründer und langjährige Präsident der Pugwash Conferences Józef Rotblat 1996: *„Es ist schwierig, sich das Klima aus Misstrauen und Angst vorzustellen, das zu dieser Zeit herrschte. Es erforderte ein hohes Maß an Zivilcourage zu kommen. Jeder im Westen, der zu solch einem Treffen kam, der über Frieden mit den Russen sprach, wurde als ein Kommunisten-Tölpel angesehen“* (Übersetzung G. Neunack 2009, S.378).

1995 erhielten die *Pugwash Conferences* und Józef Rotblat den Friedensnobelpreis. Bei der Verleihung kritisierte Rotblat den immer noch bestehenden Glauben an Wertfreiheit und Neutralität der Wissenschaft:

„(...) You are doing fundamental work, pushing forward the frontiers of knowledge, but often you do it without giving much thought to the impact of your work on society. Precepts such as »science is neutral« or »science has nothing to do with politics« still prevail. They are remnants of the ivory tower mentality, although the ivory tower was finally demolished by the Hiroshima bomb. (...)“

(Rotblat 1995)

In seiner Rede kritisierte er nicht nur die Wissenschaftler, die durch ihre Arbeiten dem Rüstungswettlauf im Kontext von Nuklearwaffen und Kaltem Krieg Vorschub leisteten. Rotblat stellte dabei auch den Bezug zur Gegenwart her. In unterschiedlichen Forschungsfeldern könne es zu negativen gesellschaftlichen Folgen kommen, deswegen sei stete Wachsamkeit gefragt und die Bereitschaft bzw. Verpflichtung, ggf. kritische Entwicklungen auch an die Öffentlichkeit zu bringen:

„(...) But there are other areas of scientific research that may directly or indirectly lead to harm to society. This calls for constant vigilance. The purpose of some governmental or industrial research is sometimes concealed, and misleading information is presented to the public. It should be the duty of scientists to expose such malfeasance. ‚Whistle-blowing‘ should become part of the scientist’s ethos. This may bring reprisals; a price to be paid for one’s convictions. (...)“

(Rotblat 1995)

In Deutschland wurde am 12. April 1957 von 18 Atomwissenschaftlern die sogenannte „Göttinger Erklärung“ herausgegeben, in der sie ihre tiefe Sorge hinsichtlich der Pläne eine atomaren Bewaffnung der Bundeswehr artikulierten. In der (richtigen) Erwartung, dass ihre Erklärung die Frage aufwerfen würde, mit welcher Berechtigung sich Wissenschaftler zu dieser politischen Frage äußerten, schrieben sie in der Erklärung:

„(...) Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser

*Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.
(...)“*

(zit. n. Albrecht et al. 2009, S.15.)

Obgleich die *Göttinger Erklärung* keine ethischen Überlegungen als Argumente heranzieht, wurde die Erklärung im Nachgang dennoch v.a. als „Aufstand des Gewissens“ apostrophiert, der insb. durch die Selbstverpflichtung der Wissenschaftler über ein bloßes Manifest hinausging (vgl. Stölken-Fitschen 2009, S.87).

Verantwortung für den Frieden auch jenseits des Atomkrieges

„Ganz unabhängig von den Debatten über Nuklearwaffen halte ich es für das Wichtigste, dass man den Krieg als Ultima Ratio ächtet. Es ist keine Ultima Ratio, und zwar nicht nur, weil der Krieg die Falschen trifft, sondern weil er auch das Problem nicht löst. Krieg kann kein Instrument zum Durchsetzen von Interessen sein – ich frage mich, warum man nicht beginnt, Russel-Einstein in diesem Punkt ernst zu nehmen.“

(Hans-Peter Dürr; zit. n. Albrecht et al. 2009, S.354)

Bei der heutigen Diskussion über Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und über die Frage von Zivilklauseln an Hochschulen und Forschungszentren hat die Frage des Nuklearkrieges meist nur noch eine Randbedeutung. Dennoch lässt sich aus diesen historischen Beispielen vieles herleiten. Zentral sind insbesondere das Heraustreten aus dem Elfenbeinturm und die damit verbundene Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.

Seit dem *Russel-Einstein-Manifest* und der *Göttinger Erklärung* haben viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für sich individuelle Entscheidungen getroffen und beschlossen, die ein oder andere Forschungsfrage nicht anzugehen oder bestimmte Projekte nicht durchzuführen. Das Spektrum der angeführten Argumente reicht dabei weit über politische Erwägungen hinaus: Beispielsweise begründete David L. Parnas 1985 seinen Rücktritt aus einem Beratergremium zum SDI-Projekt des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nicht politisch, sondern er bezog sich auf seine Kompetenz im Bereich der Softwaretechnik und seine diesbezüglichen Zweifel an einer verantwortbaren Funktionsfähigkeit des geplanten Systems (Parnas 2009, S.8). Weitere Beispiele – auch aus dem Bereich der Informatik: Benjamin Kuipers veröffentlichte 2003 ein Positionspapier, in dem er begründet, warum er keine Fördermittel seitens des Militärs annimmt (Kuipers 2003) – auch um deutlich zu machen, dass man trotz einer derartigen Entscheidung eine erfolgreiche Karriere haben kann. Bereits 1984 hatte Terry Winograd

mit seinem kleinen, im CPSR-Newsletter erschienenen Aufsatz „Some thoughts on military funding“ einige wesentliche Gedanken publiziert:

„Wenn sich ein Einzelner weigert, militärische Fördergelder anzunehmen, ist das ein »symbolischer Akt« oder etwas, was eine erkennbare politische Wirkung hat? In den letzten Jahren habe ich es vermieden, mich um militärische Förderung zu bemühen, aber insofern ich das privat getan habe, bin ich einer größeren Verantwortung, andere zu beeinflussen, aus dem Wege gegangen. (...)

Der Punkt ist zu fragen, was wir alle zusammen tun und was wir statt dessen tun könnten; dann können wir nach Wegen suchen, wie ein Einzelner Veränderungen bewirken kann.“

Winograd 1985, S.169)



Einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können also – ganz im Sinne des bekannten Textes von Wolfgang Borchert „NEIN“ sagen – und damit ganz für sich individuell Verantwortung zeigen. Wie wäre es also, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen? Rotblat thematisierte dies in seiner Abschlussrede zur 44. *Pugwash-Konferenz* 1994 und sprach über die Schwierigkeit, so etwas wie einen Hippokratischen Eid für die Wissenschaft zu formulieren, ohne dass dies mehr als einen symbolischen Wert hätte. Er hielt

es für „*extrem schwierig, eine Formulierung zu finden, die für eine Mehrheit in der wissenschaftlichen Gemeinschaft sowohl bedeutsam als auch akzeptabel wäre*“. Er versprach sich hingegen sehr viel davon, den sozialen Einfluss und die ethischen Folgen wissenschaftlicher Arbeit in die Lehrpläne der Universitäten aufzunehmen (Rotblat 2009, S.395f) – eine Forderung, die auch heute weiterhin mit Nachdruck vertreten werden muss!

Doch selbst wenn ein übergreifender Eid für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler utopisch erscheinen mag, stellt sich die Frage, ob nicht über individuelle Entscheidungen hinaus zumindest Institutionen als substantielle Teile gesellschaftlicher Strukturen in vergleichbarer Weise Zeichen setzen können und sollten – auch und gerade mit Blick auf die gesellschaftlich-kulturelle Wirkung solcher Beschlüsse.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um Zivilklauseln an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen ausgesprochen spannend. Ziel ist, an weiteren Institutionen derartige Beschlüsse zu implementieren. Gleichzeitig – so scheint es – hat die oben skizzierte „neue Weltordnung“ nun diejenigen Einrichtungen erreicht, welche tatsächlich bereits Beschlüsse in dieser Richtung hatten, mit der Konsequenz, dass diese in Frage gestellt werden.

Als Argument dafür, dass derartige Zivilklauseln „nicht mehr zeitgemäß“ seien, wird zum einen die veränderte weltpolitische Lage angeführt. So wird die Notwendigkeit militärischer Stärke zur Unterstützung humanitärer Einsätze als Argument herangezogen – es gehe ja nicht mehr darum, im Sinne des Wettrüstens Bedrohungspotential aufzubauen, vielmehr wären „friedenssichernde und friedensschaffende Maßnahmen“ Ziel der Militäreinsätze. Wirkliche Belege für nachhaltige Erfolge derartiger Maßnahmen gibt es jedoch nicht – diese bleiben Postulate. Im Gegenteil: An vielen Orten, an denen in den letzten Jahren Militär mit entsprechenden Begründungen eingegriffen hat, ist dieses weiterhin zur notwendigen Stabilisierung im Einsatz – oder es wurden nach dem Abzug instabile Strukturen hinterlassen, in denen sich dann neue Machtstrukturen durch mehr oder weniger offene oder strukturelle Gewalt festigen.

Ein zweites, oft angeführtes Argument gegen Zivilklauseln und ähnliche als Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit interpretierte Regelungen, ist die Schwierigkeit ihrer Operationalisierung: Wer will wie festlegen, ob etwas militärische oder zivile Forschung ist, insbesondere wenn Erkenntnisse und Entwicklungen in beiden Bereichen gleichermaßen wirksam werden (Dual-Use-Fähigkeit). Zugegebenermaßen gibt es viele dieser Grenzbereiche, somit wachsen die „zivil-

militärischen Grauzonen“, wie Liebert anschaulich beschreibt: „*Was früher noch eindeutig »schwarz« erschien und nur militärischen Interessen dienlich war, hat auch Einzug in zivile Zusammenhänge gehalten. Umgekehrt werden ehemals für »weiß« gehaltene Forschungsbereiche mit dem (oft unzutreffenden) Argument, ökonomisch günstiger auch militärische Zielvorgaben erfüllen zu können, in die Grauzone hineingeführt*“ (2009, S.445). Würde dadurch eine Zivilklausel nicht obsolet?

Ganz im Gegenteil: Gerade vor dem Hintergrund der geschilderten Problematik und Notwendigkeit des Umgangs mit Ambivalenz in der Forschung gewinnen diesbezügliche Leitziele von Forschungseinrichtungen und institutionelle Zivilklauseln als klare Bekenntnisse und Rahmen zunehmend an Bedeutung. Nicht alles ist im Vorhinein endgültig beantwort- und entscheidbar, jedoch nimmt gerade dies die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Pflicht, hinsichtlich ihrer Forschungen und Entwicklungen frühzeitig mit antizipativen Analysen zu beginnen, „*die Fragen stellt nach Intentionen, wissenschaftlich-technischen Potentialen, normativen Rand- und Vorbedingungen, ambivalenten Entwicklungslinien, gewollten Wirkungen, nicht-intendierten Folgen und sichtbaren Entwicklungsrisiken*“ (Liebert 2009, S.448). Die Existenz von Zivilklausel fordert zum einen alle Beteiligten in Forschung und Lehre dazu auf, sich selbst und anderen in der Institution entsprechende Fragen zu stellen und in einen stetigen und öffentlichen Diskurs zu treten.

In der Erklärung der bundesweiten Initiative *Hochschule für den Frieden – ja zur Zivilklausel* vom Mai 2011, die von einer ganzen Reihe von Organisationen und Vereinigungen mit getragen wird, heißt es: „*Wir wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten.*“

Um echten Frieden zu schaffen, ist Friedensfähigkeit notwendige Voraussetzung – hieran zu arbeiten ist eine große Herausforderung und zentrale Aufgabe für Bildung und Wissenschaft.

Si vis pacem, para pacem.

5 Quellen:

Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.) (2009): *Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Boehnke, K.; Christie, D.J.; Anderson, A. (2004): *Psychologische Beiträge zu einer Kultur des Friedens*. In: Sommer, G.; Fuchs, A. (Hrsg.): *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim: Beltz, S.31-43.

- Chomsky, N. (1999a): Die neue Weltordnung. Vorlesung, Bates College, Lewiston, Maine, 1991.
In: Chomsky, N. et al.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau: trotzdem, S.11-38.
- Chomsky, N. (1999b): Desinformation und der Golfkrieg. In: Chomsky, N. et al.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau: trotzdem, S.100-122.
- Denninger, E. (2009): Zur Zulässigkeit einer so genannten „Zivilklausel“ im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf
- Fuchs, A. (2004): Vom »neuen Denken« zur »neuen Weltordnung«. In: Sommer, G.; Fuchs, A. (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: Beltz, S.237-249.
- Galtung, J. (1990): Cultural Violence. In: Journal of Peace Research, 27 (3), pp.291-305.
- Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Opladen: Leske + Budrich.
- Hochschulen für den Frieden – ja zur Zivilklausel (2011): Gemeinsame Erklärung „Hochschulen für den Frieden! - Nein zur Kriegsforschung!- Ja zur Zivilklausel!“. Braunschweig, 27.5.2011. http://www.asta.tu-bs.de/images/pdf_dokumente/arbeitsgruppen/zivilklausel/Gemeinsame_Erklaerung.pdf
- Jäger, S. (2011): Militärische Gewalt. Ihre Normalisierung als Produkt multipler Denormalisierung. In: Wissenschaft und Frieden, 29 (3), S. 6-8.
- Kuipers, B. (2003): Why don't I take military funding? <http://www.eecs.umich.edu/~kuipers/opinions/no-military-funding.html>
- Liebert, W. (2009): Umgang mit Dual-Use von Technologien und Ambivalenz in der Forschung. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.445-450.
- Meder, G. (1998): Zur Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr in den deutschen Printmedien. In: Kempf, W.; Schmidt-Regener, I. (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, S.201-210.
- Neuneck, G. (2005): Das Gewissen der Wissenschaft für die Abschaffung der Nuklearwaffen. Nachruf auf Sir Joseph Rotblat. In: Wissenschaft & Frieden, (4).
- Neuneck, G. (2009): Die deutsche Pugwash-Geschichte und die Pugwash-Konferenzen. – Ursprünge, Arbeitsweise und Erfolge – Das Ende des Kalten Krieges und die Herausforderungen der Zukunft. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.378-392.
- Nicklas, H. (1996): Erziehung zur Friedensfähigkeit. In: Imbusch, P.; Zoll, R. (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Opladen: Leske+Budrich, S.463-480.
- Parnas, D.L. (2009): Ein Brief aus dem Jahr 1985. Retrospektive. In: FIFF-Kommunikation, 26 (1), S.7-10.
- Rotblat, J. (1995): Remember your Humanity. Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises.

<http://www.pugwash.org/award/Rotblatnobel.htm>

- Rotblat, J. (2009): Das vielschichtige soziale Gewissen der Wissenschaftler. Abschlussrede auf der 44. Pugwash-Konferenz 1994 auf Kreta. Abgedruckt in: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): *Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.393-400.
- Sachs, L. (2011): Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen. Eine kritische Analyse. Bachelorarbeit im Studiengang Erziehung und Bildung. Pädagogische Hochschule Freiburg.
- Schluroff, M. (1998): Grundlagen der gegenwärtigen deutschen Militärpolitik. In: Kempf, W.; Schmidt-Regener, I. (Hrsg.): *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien*. Münster: Lit, S.195-199.
- Stölken-Fitschen, I. (2009): Die Göttinger Erklärung im zeithistorischen westdeutschen und internationalen Kontext. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): *Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.81-90.
- Tdh/GEW (2011): terre des hommes Deutschland e.V. & Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) (Hrsg.): *Bundeswehr und Schule*. In: „Die Zeitung“, 2. Quartal 2011 sowie in „Erziehung und Wissenschaft, 9/2011.
- The Russell-Einstein-Manifesto (Issued in London, 9 July 1955). <http://www.pugwash.org/about/manifesto.htm>
- Willinger, R. (2011): Kinder im Visier. Wie die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt. In: *Erziehung und Wissenschaft*, (9), S.22.
- Winograd, T. (1985): Einige Gedanken zur finanziellen Förderung durch das Militär. In: Bickenbach, J.; Keil-Slawik, R.; Löwe, M.; Wilhelm, R. (Hrsg.): *Militarisierte Informatik*. Schriftenreihe „Wissenschaft und Frieden“, Bd. 4. Marburg/Berlin/Münster: BdWi/FiFf/Natwiss, S.169-173.
- (Alle Internetquellen Stand 15.10.2011)

Ralf E. Streibl ist Diplom-Psychologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen im Fachbereich 3 (Mathematik/Informatik). Seit 1993 Lehrtätigkeit an der Universität Bremen (Schwerpunkt u.a. „Informatik und Gesellschaft“), dazu seit 2000 Mitarbeit im Studienzentrum Informatik.

Er ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und derzeit Sprecher der GEW-Gruppe an der Universität Bremen, ferner Mitglied im Forum Friedenspsychologie (FFP) sowie im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF).

Anschaung, Krieg gehöre dazu, ...immer normaler? Interview zur Militarisierung der Gesellschaft mit Klaus Boehnke



Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit und dem Ende des Kalten Krieges hat sich der Aufgabenbereich der Bundeswehr verändert. Mit dem Krieg in Jugoslawien 1999 wurde erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg der bis dahin geltende Konsens der deutschen Nichtteilnahme an militärischen Aktionen gegen ein Land, das von der Wehrmacht angegriffen bzw. besetzt worden war, im Bundestag aufgegeben. Die Auslandseinsätze haben seitdem zugenommen. Seit zehn Jahren ist die Bundeswehr am Krieg in Afghanistan beteiligt. Auch wenn Meinungsumfragen aussagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter dem Afghanistaneinsatz steht, nutzt der

Bundestag seine Möglichkeit, sich anders zu entscheiden. Der Protest dagegen ist äußerst gering. Die Rüstungsproduktion konnte in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich gesteigert werden. Deutschland liegt im Rüstungsexport inzwischen an dritter Stelle. Mit Klaus Boehnke, Professor für sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen, sprachen Hartmut Drewes und Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum:

Friedensforum: *Herr Professor Boehnke, sehen Sie eine Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an kriegerische Einsätze der Bundeswehr und die Rüstungsproduktion in Deutschland?*

Klaus Boehnke: Ja, ich denke, dass das ‚Nie wieder Krieg‘ (Käthe Kollwitz), das die Nachkriegszeit dominiert hat, nachhaltig verloren ist. Aber man muss zugeben, dass es im Prinzip schon mit der Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten in den 1950er Jahren aufgegeben wurde.

Auch Waffenexporte hat es von deutschem Boden aus schon viele Jahre gegeben, nicht erst seit den 1990er Jahren. Deutsches Militär auf ausländischem Boden in einem bewaffneten Einsatz gab es 1967 in der damaligen Tschechoslowakei und das Friedensprinzip wurde endgültig mit dem Einsatz im Kosovo aufgegeben.

Wenn Sie nach einer Gewöhnung fragen, so kann ich Ihnen nur zustimmen. Wo nicht immer wieder und penetrant gesagt wird: „Krieg nicht“ und „wir nicht“, gehört das Kriegführen wie bei Bismarck in seiner Realpolitik zur Normalität; der Krieg wird zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, man versammelt sich hinter der Fahne. Auch das ist in Deutschland seit der Vereinigung wieder normal geworden.

Friedensforum: *Politiker wie Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen sprechen davon, dass die Bundeswehr in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. Zugleich ist die zunehmende Nachwuchswerbung der Bundeswehr offensichtlich. Dazu kommen öffentliche Auftritte der Bundeswehr mit Informationsangeboten bei eigenen und Veranstaltungen anderer (z.B. Bigband auf dem Kirchentag in Bremen). Auch die zunehmenden Einsätze der Bundeswehr im Innern (Katastrophenschutz, Unterstützung der Polizei) sind hier zu erwähnen. Haben Sie Erkenntnisse, ob solche und andere Maßnahmen das Image der Bundeswehr verbessern können?*

Klaus Boehnke: Im Weltmaßstab ist die deutsche Bevölkerung von ihrer durchschnittlichen Haltung her nach wie vor deutlich pazifistischer als viele andere OECD-Länder und als aufstrebende Schwellenländer wie China. Der Wert „nationale Sicherheit“, der in der international vergleichenden Werteforschung oft erfragt wird, steht in Deutschland nicht hoch im Kurs. Das Image der Bundeswehr war nie besonders gut und ist es auch aktuell, wie man an Freiwilligenzahlen seit Abschaffung der Wehrpflicht sieht, nicht. Ob marketingstrategische Imagewerbung da hilft, wage ich zu bezweifeln.

Friedensforum: *Neujahrsempfänge werden zum Teil wie in Bremen nicht mehr in der Kaserne sondern im Rathaus veranstaltet. In Berlin wurde 2009 ein zentrales Denkmal für die seit 1955 im Dienst der Bundeswehr ums Leben Gekommenen errichtet. Die ehemalige Garnisonskirche in Potsdam soll wieder aufgebaut werden. Können solche und andere Maßnahmen die Haltung der Menschen wesentlich verändern?*

Klaus Boehnke: Ich denke, man sollte über die Ablehnung solcher Tendenzen nicht die epochale Zunahme an militärkritischen Einstellungen im Langzeitvergleich vergessen. Es werden keine Denkmäler mehr errichtet, auf denen das Motto ‚Dulce et decorum est pro patria mori‘ zu finden ist. Ich denke im Zeichen einer Diversifizierung von Haltungen in einer offenen Gesellschaft werden solche symbolischen Akte in der Gesamtbevölkerung eher nach dem Motto ‚sollen die in ihrem Verein doch machen was sie wollen‘ gesehen. Gleiches gilt auch für Kirchen und Gewerkschaften. Das Verhältnis zur Bundeswehr ist keine Frage der Staatsräson mehr, sondern ebenso wie das Verhältnis zur Kirche eine private Einstellungsfrage. Das kann man aus meiner pazifistischen Sicht durchaus auch mit einem weinenden Auge sehen, weil auch der Nachkriegskonsens des schon angesprochenen ‚Nie wieder Krieg‘ verloren gegangen ist. Jeder kann das, einer norddeutschen Redensart folgend, halten wie ein Dachdecker.

Friedensforum: *Geht durch die Aussetzung der Wehrpflicht die Bereitschaft, sich durch Kriegsdienstverweigerung zu einer pazifistischen Haltung zu bekennen, eine gewisse pazifistische Grundeinstellung in der Bevölkerung zurück?*

Klaus Boehnke: Bekenntnisse werden in der Tat immer unnötiger und unerwünschter, aber das gilt natürlich auch für eine Pro-Entscheidung. Die Haltung zu Krieg und Bundeswehr rückt im Alltag immer weiter aus dem Mittelpunkt des Interesses des Einzelnen. Dennoch gilt der Sponti-Spruch ‚Stell Dir vor es ist Krieg und keine geht hin‘ in Deutschland offenbar mehr denn je.‘

Friedensforum: *Bisher wird vor allem in Krimis das Problem von Verhaltensveränderungen aus Afghanistan zurückgekehrter Soldaten thematisiert. Welche Auswirkungen haben die Kriegserlebnisse für die Soldaten nach ihrer Rückkehr für sie selbst, dadurch aber auch im Zusammenleben mit ihrer Umgebung, besonders mit ihrer Familie?*

Klaus Boehnke: Kriegserlebnisse sind in der Regel traumatisierend. Viele Menschen meiner Generation haben das bei ihren Vätern erlebt. Dass Afghanistanheimkehrer in großer Zahl traumatisiert sind, kann nicht überraschen. Menschen können dieser Belastung Herr werden, aber zu meinen, sie ließe sich vermeiden oder ignorieren, ist abwegig. Gute - staatsseits finanzierte - therapeutische Angebote muss es geben, aber die beste Therapie ist auch hier die Prophylaxe: Nie wieder Krieg.

Friedensforum: *Welchen Einfluss messen Sie den Gewerkschaften und den Kirchen im Blick auf Militär, Rüstung und Krieg zu?*

Klaus Boehnke: Auch Gewerkschaften und Kirchen sind heute keine monolithischen Einheiten mehr. Auch Kirchen- und Gewerkschaftsführer können Menschen nicht mehr maßgeblich sagen, ‚wo es lang geht.‘ In diesem Sinne messe ich gesellschaftlichen Großorganisationen in Bezug auf das Militär keine große Bedeutung bei - weder im Sinne von pro noch von kontra.

Friedensforum: *Welche Bedeutung messen Sie dem vermehrten Tragen von Kleidung mit militärischem Outfit (Tarnfarbenmuster) bei?*

Klaus Boehnke: Da habe ich eine ganz klare persönliche Position: Wir brauchen hier ebenso eine Ächtung wie beim Kriegsspielzeug. Ich selbst hatte im Leben nie eine Spielzeugpistole geschweige denn ein echte Waffe in der Hand, und ich verbiete meiner Kindern alles in der Richtung, bis hin zur Wasserpistole. Aber eine freie Gesellschaft kann natürlich nicht in Mode eingreifen. In der modernen Medienwelt helfen da vielleicht am ehesten Kampagnen, wie es sie mal von der Firma Benetton gab. Letztlich hilft aber wohl nur das individuelle Nein.

Friedensforum: *Wie schätzen Sie als Psychologe die Wirkung des von der Bundeswehr hauptsächlich im Unterricht in Schulen eingesetzten Planspiels „Pol@is“ ein?*

Klaus Boehnke: Solche Spiele haben sicher einen gewissen Reiz, aber ob sie das

Meinungsklima gegenüber dem Militär nachhaltig verändern, wage ich zu bezweifeln. Viel problematischer sind niedlich verpackte Egoshooter, die aus meiner Sicht zutiefst inhuman sind.

Ich sollte vielleicht abschließend noch sagen, dass die Statements, die ich zu Ihren Fragen abgegeben habe, Meinungsäußerungen eines überzeugten Pazifisten sind und dass ich sie als wissenschaftlich ausgebildeter Psychologe und Vorsitzender der wissenschaftlichen Vereinigung „Forum Friedenspsychologie“ abgebe, eines Vereins der seit 1982 existiert, seit 1987 als eingetragener Verein, mit jährlich durchgeführten wissenschaftlichen Tagungen. Die Geschichte dieses Vereins macht mich im Kontext dieses Interviews durchaus optimistisch. Wurden wir in den Zeiten des Kalten Krieges zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs durchaus mit viel Argwohn beäugt, so gab es seit Anfang/Mitte der 1990er Jahre einen großen Schub an wissenschaftlicher Reputierlichkeit inklusive hochrangiger Gutachtertätigkeit vieler Mitglieder. In diesem Sinne würde ich einer Bewertung, alles würde immer militaristischer durchaus widersprechen. Leider wird aber die Anschauung, Krieg gehöre ganz normal dazu, auch immer normaler und da sollten Pazifisten ansetzen, indem sie sich immer und überall mit ihrer Position zu Wort melden.

Das Friedensforum dankt Prof. Dr. Boehnke für das Interview.

Lobby für Militär und Rüstung

Hartmut Drewes

Es gibt eine Reihe von Vereinen, Gesellschaften und anderen Gruppen, die sich für die Interessen der Bundeswehr und der Rüstung einsetzen. Von ihnen sind auch mehrere in Bremen vertreten und wirksam. Untereinander sind diese Lobbyverbände und -gruppen durch Personen, direkte Zusammenarbeit und Internethinweise (Links) miteinander stark vernetzt.

Der Schwerpunkt der Gruppen ist unterschiedlich. Die einen verstehen sich als „Multiplikator für Wehr- und Sicherheitspolitik“ und als „Vermittler sicherheits- und verteidigungspolitischer Sachverhalte“, ¹ Das heißt: Sie wollen Verständnis für den militärpolitischen Bereich in der Bevölkerung wecken. Noch mehr, besonders hinsichtlich des Afghanistankrieges reicht es für diese Politiker und Militärs, aber auch für die Rüstungsindustrie nicht aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung, obgleich mehrheitlich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan eingestellt, keinen Widerstand gegen diesen Krieg leistet. Sie verfolgen das Ziel, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr bejaht und unterstützt.²

Zu diesen Gruppen, die ideologisch und praktisch für das Militärische werben, gehören:

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.(GfW) ab 1952

Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V. ab 1956

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw) ab 1960

Bundesverband der Sicherheitspolitik an Hochschulen (BHS) 1985

Lachen helfen e.V. ab 1996

Sicherheitspolitik Bremen

Die anderen Gruppen vertreten ungeschminkt die Interessen der Rüstungsindustrie und von Firmen, die für die Rüstung arbeiten.

Zu ihnen gehören:

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) ab 1957

Blauer Bund e.V. ab 1990

Förderkreis Deutsches Heer e.V. (FKH) ab 1995

¹ So die Gesellschaft für Wehr-Sicherheitspolitik e.V.

² 2009 hat der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe die mangelnde moralische Unterstützung der Bundeswehr durch die Gesellschaft beklagt. (Rangiert die Bundeswehr unter ferner liefen? In: Weser-Kurier 21.04.2009).

Bundespräsident Wulff macht sich für mehr Rückhalt in der Heimat für die in Afghanistan eingesetzten Soldaten stark und die Grünen fordern, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver wird. (FAZ 18.10.2011 S.4)

*Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV)
ab 2010*

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. (GfW)

Die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.“ (GfW), bereits 1952 im Vorlauf der damals von breiten Kreisen der Bevölkerung abgelehnten Remilitarisierung als „Gesellschaft für Wehrkunde“ gegründet, veranstaltet Seminare, Informationstagungen, Vorträge, Info-Reisen und Truppenbesuche und gibt die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ heraus.

Zu ihrer Zielsetzung gehört die „Erhaltung der allgemeinen Verteidigungsbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Streitkräfte.“³ Ihr geht es darum, „in der Bevölkerung einen breiten Konsens und Verständnis für den notwendigen erweiterten Sicherheitsansatz“ in der Politik der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.⁴ Es ist dabei weithin nicht mehr von „Verteidigung“, sondern von „Sicherheit“ die Rede. Unter diesem Begriff lassen sich auch die militärischen Auslandseinsätze rechtfertigen. Sicher gibt sich die GfW liberal. Sie lässt nicht nur den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr General a.D. Klaus Naumann (2009)⁵ und den ehemaligen Verteidigungsminister Dr. Peter Stuck (2011) bei sich zu Wort kommen, von denen der erste für „vorbeugende nukleare Angriffe der NATO“ und der zweite auch heute noch für die Verteidigung von Deutschlands Sicherheit am Hindukusch eintritt. Die GfW lädt auch den nord-koreanischen Botschafter und den israelkritischen Dr. Heinrich Heiter (2011) als Referenten ein. Aber nur wer die „Notwendigkeit der Landesverteidigung bejaht“, kann zu den etwa 7300 Mitgliedern gehören.⁶

Der Landesbereich Niedersachsen und Bremen veranstaltet auch in Bremen regelmäßig sehr gut besuchte Vortragsveranstaltungen, die vorzugsweise in den Räumen der Handelskammer Bremen (Haus Schütting), aber auch im „Haus der Wissenschaft“ stattfinden.

Interessant ist, wer zum 15 Personen umfassenden Kuratorium des Vereins gehört. Neben sieben Militärs werden u.a. Hans Koschnick (Bürgermeister a.D., ehem. „Mostar-Administrator“ und Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung),

3 Satzung der GfW

4 So die Präsidentin Ulrike Mertin in ihrem Willkommensgruß auf der Website www.gfw-sicherheitspolitik.de

5 Zivilisten als unvermeidliche Opfer unvermeidlicher Kriege? In *Weser-Kurier* 16.01.2009

6 S. Anm. 4

der Industriemanager und Rüstungslobbyist Werner Dornisch⁷ und Professor Peter Tamm (Verleger) aufgeführt. Über Letzteren erfährt man im Internet nicht nur, dass er langjähriger Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG war, sondern in seinem eigenen Verlag Koehlers Verlagsgesellschaft mbH Bücher zu militärischen Erfolgen der Naziwehrmacht herausbringt wie: „Gespensterkreuzer HK 33 Pinguin. Auf Kaperfahrt“ und „Hilfskreuzer THOR. Hecht im Atlantik“.⁸

Nach Meinung von Oberst a.D. Hans Bösenberg, bis 2010 Vorsitzender des Landesbereichs Niedersachsen und Bremen ist die GfW dazu „prädestiniert, eine führende Rolle in der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland einzunehmen und das breite Themenspektrum der erweiterten Sicherheitspolitik zukunftsorientiert zu vermitteln.“⁹

Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V. ab 1956

Wie die vorhergehende GfW ist die Deutsche Atlantische Gesellschaft auch im Kalten Krieg, ein Jahr nach Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO regierungsnah in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn gegründet worden. Ihr Hauptziel ist, das Verständnis für die Ziele der NATO zu vertiefen. Präsident ist der CSU- Bundestagsabgeordnete Christian Schmidt, Vizepräsidenten Werner Dornisch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) und Vorstandsmitglied Diehl Stiftung & Co. KG (1999-2007), Jörg van Essen MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Oberstaatsanwalt a.D., Dr. Karl A. Lamers (CDU), MdBLeiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Präsident der Atlantic Treaty Association (ATA), General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses (1996-1999) Generalinspekteur der Bundeswehr (1991-1996), Reinhold Robbe (SPD), Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (2005-2010), Mitglied des Deutschen Bundestages (1994-2005).

Die Vizepräsidentschaft von Werner Dornisch macht die Verbindung der Gesellschaft zur Rüstungslobby deutlich, die von Klaus Naumann die harte Ausrichtung der Gesellschaft.¹⁰

7 S. seine Erwähnung in der unteren Beschreibung der DWT

8 Der Autor beider Bücher ist Jochen Brennecke. Der Inhalt des ersten Titels wird auf der Verlagsseite mit den Worten umschrieben: „Pinguin war trotz des harmlosen Namens sehr erfolgreich auf den Weltmeeren und hat feindlichen Flotten erheblichen Schaden zugefügt.“

9 www.gfw-lb2.de

10 S. seine Erwähnung in der obigen Beschreibung der GfW

Der Regionalkreis Bremen arbeitet im Blick auf Vortragsveranstaltungen mit der GfW zusammen.

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw) ab 1960

Der Reservistenverband, auch im Zuge der Remilitarisierung gegründet, zählt z.Zt. 124.000 Mitglieder. Er führt im Auftrag des Parlaments die beorderungsunabhängige freiwillige Reservistenarbeit für alle Reservistinnen und Reservisten durch. Aktionsfelder sind sicherheitspolitische Arbeit, Förderung militärischer Fähigkeiten (Übungen), Unterstützungsleistung für die Bundeswehr und Öffentlichkeitsarbeit. Im Mittelpunkt steht die Mittlerrolle zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.¹¹

In dieser Mittlerrolle spielt zunehmend die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) eine Rolle. Diese wurde z.B. im Juni 2011 in der Katastrophenschutzübung „Juni-Desaster“ im Bremer Weserstadion praktiziert. Auf der Website des Reservistenverbandes wurde diese und eine Deichschutz-Aktion im Rheinland mit dem durch Neonazigebrauch anrühigen Begriff „Heimatschutz“ bezeichnet.¹² Zu den etwa 1000 Teilnehmern aus Feuerwehr, Polizei, THW und anderer Rettungs- und Hilfsdienste teil, darunter 80 Reservisten der Landesgruppe Bremen als Komparsen. Es wurde eine durch von Fans mit Böllern und Rauchbomben verursachte Katastrophe simuliert.

Das Problem der zivil-militärischen Zusammenarbeit besteht erstens darin, dass in der Bevölkerung das Image der Bundeswehr verklärt wird, Militär als Retter und Helfer, zweitens aber auch, dass die Gewaltenteilung aufgehoben wird und Militär Polizeifunktionen übernimmt, z.B. zur „Terroristenbekämpfung“, wofür Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) im Mai 2011 eine entsprechende Grundgesetzänderung gefordert hat. Das sind schleichende Schritte zur Entdemokratisierung hin zu mehr Militarisierung.

Die Landesgruppe Bremen wird geleitet von Dr. Stephan Leupold, Hauptmann d. R. und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Biologie/Chemie an der Universität Bremen. Für den Katastrophenschutz zuständig ist Stephan Niedergesäß, Leutnant d. R. und Rechtsanwalt.

Bundesverband der Sicherheitspolitik an Hochschulen (BHS) 1985

¹¹ Wikipedia-Art. „Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr“

¹² In Neonazikreisen bezeichnen sich die sogenannten „freien Kameradschaften“ auch als Heimatschutz, z.B. „Thüringer Heimatschutz“.

Schon 1959 gründete sich eine sicherheitspolitische Hochschulgruppe, 1962 eine zweite, die aber keinen Bestand hatten. 1985 wurde dann von Studenten die Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten (BAGStudRes) auf einem Territorium der Bundeswehr in München gegründet. Sie gilt als Vorgängerorganisation des jetzigen BHS.

Finanziert wird der BHS vom Deutschen Bundestag und vom Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen. Er versteht sich als Netzwerker, Mittler und Multiplikator sicherheitspolitischer Themen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft¹³

In Bremen scheint es z.Zt. keine Hochschulgruppe zu geben. Bei einem anderweitig angezeigten Link erscheint nur ein „Not Found“.

Lachen helfen e.V. ab 1996

Deutsche Soldaten, die in den Kriegsgebieten Jugoslawiens stationiert waren, gründeten 1996 zur „Hilfe für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten“ die Initiative „Lachen helfen“, die 1998 ein eingetragener Verein wurde. Zu den prominenten Förderern gehören u.a. der Publizist Theo Sommer, der Autor Peter Scholl-Latour, Reinhold Robbe (SPD), der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Winfried Nachtwei, Sicherheitsspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Eckart von Klæden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elke Hoff (FDP), Mitglied des Verteidigungspolitischen Ausschusses und Rüstungslobbyistin.¹⁴

Auf seiner Website des Vereins heißt es interessanterweise: „Neben der humanitären Unterstützung - Kindern wieder zum Lachen zu verhelfen - verknüpft Lachen Helfen auch die Hoffnung, dass Soldaten und Polizisten, die oftmals unter schwierigen Umständen Sicherheit schaffen und Wiederaufbauhilfe leisten, nicht als Besatzer geduldet, sondern als Partner begrüßt werden.“¹⁵

Weiter interessant ist, wie ein Großteil der Spenden zusammenkommt: „durch Benefizkonzerte von Musikkorps der Bundeswehr sowie durch Zuwendungen von Firmen der wehrtechnischen Industrie wie EADS Defence & Security, Thales Defence Deutschland GmbH, Krauss-Maffei-Wegmann GmbH & Co. KG und IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, DaimlerChrysler AG, Diehl BGT Defence, ESW GmbH und Eurocopter Deutschland GmbH.“¹⁶

Ganz gleich, warum Soldaten und Polizisten in dieser Initiative aktiv sind, sie dient letztlich der Imagepflege der Bundeswehr wie auch der Rüstungsfirmen, deren Spenden kaum ein Almosen sind im Verhältnis zu dem Profit, den sie

¹³ Wikipedia-Art. „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen“ und www.sicherheitspolitik.de

¹⁴ S.

¹⁵ www.lachen-helfen.de

¹⁶ Ebd.

durch Produktion von Geräten machen, die Tod, lebenslange Behinderungen, Schrecken und Zerstörung bringen.

In Bremen sind Repräsentanten bzw. Aktivitäten für „Lachen helfen“ nicht bekannt. Aber in Diepholz fand im Mai 2011 Open-Air ein Benefiz-Rockkonzert mit mehreren Bands, unter ihnen die Bundeswehr-Einsatz-Rockband „Detonators & Friends“, statt. Präsentiert wurde das Konzert von der Fördergemeinschaft „Lebendiges Diepholz e.V.“, der Stadt Diepholz und dem Bundeswehr-Fliegerhorst Diepholz für „Lachen Helfen e.V.“.

Sicherheitspolitik Bremen

Das Internetportal „Sicherheitspolitik Bremen“ ist ein Privatunternehmen von Hans Bösenberg, Oberst a.D., der bis Oktober 2011 Vorsitzender der GfW war.¹⁷ Er versteht dieses Portal als Beitrag zu der seit der Wende „erweiterten und vernetzten Sicherheitspolitik“. Es soll darüber hinaus als regionale Initiative ein Forum zur Vernetzung der sicherheitspolitischen Community in Bremen offerieren.

Auf diesem Portal werden verschiedenste Informationen und Hinweise geliefert. Der Betreiber selbst lädt auch zu Gesprächskreisabenden und zum Bezug eines von ihm herausgegebenen Newsletter ein. Das Thema Sicherheitspolitik ist bei ihm sehr weit gefasst. Unter den Think Tanks findet sich zwischen „Afghanistan Analysts network (AAN)“ und „AG Geschichte der NVA“ auch die „AG Friedensforschung (Uni Kassel)“, ein wichtiges Portal der Friedensbewegung.

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) ab 1957

Die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ wurde kurz nach der Remilitarisierung auf Initiative der Rüstungsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung gegründet.¹⁸ Sie ist ein Lobbyverband der deutschen Rüstungsindustrie¹⁹. Das wird nicht nur an der Person ihres Präsidenten Werner Dornisch (CSU) deutlich, der als Manager u.a. für die Rüstungsfirmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Daimler Aerospace AG und die Diehl Stiftung (Vorstandsmitglied 1999-2007) tätig war und außerdem Mitglied des Kuratoriums der GWS und einer der Vizepräsidenten der Deutschen Atlantischen Gesellschaft²⁰ ist. Deutlich wird der Charakter der DWT auch an der langen Liste der fördernden Mitglieder (etwa 250), zu denen allein aus Bremen und Bremerhaven, wenn man ABEKING & RASMUSSEN Schiffs-

17 S. oben unter GfW

18 www.dwt-sgw.de

19 Wikipedia „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“

20 S.o.

und Yachtwerft GmbH & Co. KG dazuzählt, 13 Rüstungsfirmen gehören.²¹ Der Vizepräsident ist Thomas Kossendey (CDU), parlamentarischer Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums. Seine Person weist auf die enge Verbindung zwischen Ministerium und Rüstungsindustrie hin.

Zum Präsidium gehören über 50 Personen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft (am stärksten vertreten), Bereich BMVg, Ämter, Streitkräfte und NATO/EU, Wissenschaft/Forschung und Medien. Aus Bremen gehört diesem Gremium Dipl.-Kfm. Konsul Friedrich Lürßen von Friederich Lürssen Werft GmbH & Co.KG an.

Zum Vorstand gehören 15 Personen. Auf der Website der Gesellschaft werden bei mehreren ihre engen Beziehungen zu bestimmten Bereichen, z.B. zur Großindustrie, zu bestimmten Organisationen, wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie, zu bestimmten Dienststellen der Bundeswehr und zur Politik angegeben.

Die Geschäftsstelle der DWT befindet sich in Bonn, hat aber zugleich Repräsentanz in Berlin und Brüssel. DWT veranstaltet zusammen mit ihrer Tochtergesellschaft, der Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW), Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit und ohne Ausstellung sowie Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende. Außerdem gibt sie ein Magazin, mehrere Informationsblätter (eins auch aus Brüssel) und Sofortnachrichten heraus.

Die DWT hat regionale Sektionen. Bremen gehört zur Sektion „Nordsee“, deren Sektionsleiter Dipl.-Math. Gunter MENACHER (Wilhelmshaven) von EADS Deutschland GmbH und deren Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich MIELMANN (Bremen) ist.

Außerdem gibt es in der DGW die Arbeitskreise „Mittelstand (AKM)“ und „Initiativkreis Zukunft (IKZ)“. Der Leiter des AKM ist Carsten Leopold, Geschäftsführer und Teilinhaber des Bremer Container-Unternehmens CHS Container Handel GmbH. Er gehörte 2011 in Bremen zum Podium einer Wahlkampfveranstaltung der FDP, an der auch Elke Hoff (FDP), MdB und Mitglied des Verteidigungsausschusses teilnahm. Letztere hatte zusammen mit Rainer Arnold und Jörn Thießen (beide SPD) ihre Mitgliedschaft im Präsidium der DGW verheimlicht und damit gegen Paragraph 1, Anzeigepflicht) der Geschäftsordnung des Bundestages versto-

21 ABEKING & RASMUSSEN Schiffs- und Yachtwerft GmbH & Co. KG,
ATLAS ELEKTRONIK GmbH,
benntec Systemtechnik GmbH,
CHS Container Handel GmbH,
Daimler AG,
E.I.S. Electronics GmbH Aviation & Space Technology,
EADS Defence & Security Systems (DS),
Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG,
Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co. KG,
OHB-System AG,
R&M Ship Technologies GmbH,
RHEINMETALL AG – Uunternnehmensbereich Defence,
und szenaris GmbH

ßen.²²

Blauer Bund e.V. ab 1990

Der Blaue Bund wurde einst von 30 Soldaten der Instanzsetzungstruppe als Interessengemeinschaft für Materialerhaltung gegründet, entwickelte sich aber mehr und mehr auch zu einer „Interessenvertretung der Materialbewirtschaftung“ und versteht sich heute als eine „Gemeinschaft aus aktiven und ehemaligen Soldaten, zivilen Personen aus Institutionen und Unternehmen, die an der Logistik, Rüstung und Nutzung der Bundeswehr interessiert sind“.

Die Einzelmitglieder sind überwiegend Soldaten, die sich regional in Kameradschaften, z.B. zu Vortragsveranstaltungen treffen.²³

Zur Zeit wird der Blaue Bund von 36 korporativen Partnern, d.h. fast Rüstungsfirmen unterstützt. Zu ihnen gehören die in Bremen tätigen Firmen CHS CONTAINER Handel GmbH, Griep Container GmbH und Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co KG, alle drei sind Container- bzw. Logistik-Firmen.²⁴ Hieran wird erkennbar, wie interessant die Bundeswehr durch ihre Auslandseinsätze, besonders in Afghanistan, für diesen Wirtschaftsbereich geworden ist. Solche und andere Firmen, die an diesen Einsätzen profitieren, werden kaum Interesse am Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan haben.

Förderkreis Deutsches Heer e.V. (FKH) ab 1995

Nach der Liste der Mitgliedsfirmen hat der „Förderkreis Deutsches Heer“ eine große Bedeutung, und das Heer bildet einen lukrativen Bereich für die Rüstungsindustrie. Fast 170 Firmen gehören ihm an, darunter auch die Commerzbank und die Deutsche Post AG. Von den Bremer Rüstungsfirmen gehören dazu:

CHS Container Handel GmbH,
Daimler AG,
EADS Deutschland GmbH,
Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co. KG,
und Rheinmetal Defence Electronics GmbH.

Im Vereinszweck wird u.a. „eine leistungsfähige nationale Industriebasis für die Ausrüstung des deutschen Heeres und der deutschen Landstreitkräfte insgesamt“ genannt. Nicht zufällig ist der Zeitpunkt der Gründung in Bonn. Wenige Jahre nach der Wende zeichnete sich ab, dass die NATO im Gegensatz zum Warschauer Pakt nicht aufgelöst werden würde. 1992 formulierte Klaus Naumann in seiner Funktion als Generalinspekteur der Bundeswehr die Verteidigungspolitischen Richtlinien neu, in denen Deutschland zu einer „kontinentalen Mittel-

²² „Abgeordnete verheimlichen Kontakte zu Rüstungslobby“ in: Handelsblatt 06.08.2009

²³ www.blauer-bund.de

²⁴ Ebd.

Macht mit weltweiten Interessen“ erklärt und die wirtschaftlichen Interessen als Motiv für die Umgestaltung der Bundeswehr genannt werden.²⁵ Im Sommer 1994 leitete Naumann den Umbau der Bundeswehr ein, zu der jetzt auch Krisenreaktionskräfte gehören sollten.

Ähnlich wie in der DGW werden Symposien, Vortragsveranstaltungen und Parlamentarische Abende und monatlich ein Info-Lunch durchgeführt. Außerdem gibt es drei Arbeitskreise:: ABC-Schutz, Initiativgruppe Mittelstand und Arbeitskreis Young Leaders.

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) ab 2010

Die jüngste, möglicherweise auch die mächtigste Einrichtung der Rüstungslobby ist der „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“, erst 2010 gegründet, angesiedelt in Berlin. Im ersten Absatz seiner Selbstdarstellung werden keine „schönen“ Worte über Demokratie, Staat, Gesellschaft u.ä., gefunden, sondern offensiv die Interessen der Rüstungsindustrie benannt:

„Der BDSV ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Seine Stärken sind die effiziente branchenspezifische Koordination und Kommunikation und die Bündelung der Interessen.“²⁶

Der zweite Absatz unterstreicht noch einmal deutlich die Zielvorgabe des ersten. Der BDSV bringt sich selbst als „point of Contact der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ein und stellt sich als „Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien“ dar. Und dann heißt es: „Übergeordnete Ziele sind der Erhalt und der Ausbau der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland.“²⁷

Die Selbstdarstellung zeugt von dem auch im weiteren Text erwähnten Wachstum der Rüstungsindustrie und dem daraus erwachsenen Selbstbewusstsein. So wird auch ohne Skrupel im Internetportal dem Rüstungsexport eine eigene Sparte gewidmet. Dementsprechend hat BDSV-Präsident Lürßen festgestellt, „dass es zur Praxis der Rüstungsexportrichtlinien und zur Entscheidungsfindung im Bundessicherheitsrat keine Alternative gibt“.

25 Auszug aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992:

8) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung

(10) Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie.

26 www.bdsv.eu

27 Ebd

Der BDSV ist ein reiner Unternehmerverband. Es gehören 106 Unternehmen dazu, unter ihnen alle großen Rüstungskonzerne. Den Vorstand leitet als Präsident der Bremer Friedrich Lürßen, Geschäftsführender Gesellschafter der Fr. Lürssen Werft.

Die übrigen Mitglieder repräsentieren einflussreiche Unternehmen:

Klaus Eberhardt (Vizepräsident), Rheinmetall AG,

Dr. Stefan Zoller (Vizepräsident), EADS,

Frank Haun (Schatzmeister), Krauss-Maffei Wegmann,

Dr. Hans Christoph Atzpodien, ThyssenKrupp Marine Systems,

Claus Günther, Diehl Stiftung & Co,

Gerhard Schempp(Mittelstandsbeauftragter), ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH.



Die Geschäftsführung mit drei Geschäftsführern ist sehr kompakt. Sie betreibt auch wesentlich die Lobbyarbeit. Darüber hinaus ist eine Person speziell für „Rüstungsplanung, Parlaments- und Pressekontakte“ und eine weitere für internationale Organisationen der Rüstungsindustrie wie ASD und NIAG (s.u.) abgestellt.

Daneben wird dem Mittelstand besonders Gewicht gegeben, der zur „Hälfte an der Wertschöpfung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beteiligt und damit eine unverzichtbare Säule der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ist.²⁸ Weiter wird der „Gruppe Wehrtechnische Messen (GWM)“,

28 Ebd

die seit 1996 besteht, eine gesonderte Rubrik eingeräumt, die der „wirkungsvollen Darstellung der deutschen wehrtechnischen Industrie auf Messen dient. Die Liste aller Mitglieder umfasst 106 Namen.

Der BDSV ist Mitglied in folgenden Organisationen: BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), in der ASD (AeroSpace & Defence Industries Association of Europe) und NIAG (NATO Industrial Advisory Group), internationale Verbände der Rüstungsindustrie, und DWT (Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik). Die Mitgliedschaft im Letzteren bedeutet, dass die DWT (.s.o.) in der Rüstungslobby einen hohen Stellenwert hat.

Von den 45²⁹ zum BDSV gehörenden Unternehmen sind folgende sechs ganz oder teilweise in oder nahe bei Bremen ansässig³⁰ Dass der Bremer Friedrich Lürßen, der z.Zt. versucht, seinem Unternehmen die Hamburger Traditionswerft Blohm und Voß einzuverleiben, Präsident des Bundesverbandes ist und zugleich dem Präsidium der DWT angehört, ist sicher kein Zufall. Die Stadt Bremen hat schließlich die höchste Rüstungsdichte in Deutschland.

29 Diese verhältnismäßig kleine Zahl von Mitgliedern - beim Förderkreis Deutsches Heer sind es fast 170 - hängt sicher damit zusammen, dass sich der BDSV auf Unternehmen „mit industrieller Wertschöpfung“ beschränkt, z.B. Logistik- und Containerfirmen nicht mit einbezieht.

30 Abeking & Rasmussen, Atlas Elektronik GmbH, EADS Deutschland GmbH, Fr. Lürssen Werft GmbH & Co., OHB Systems AG und Rheinmetall AG

Rüstungskonversion ist gescheitert – Gibt es eine neue Chance???

Andrea Kolling

Rüstungskonversion war vor über 20 Jahren ein großes Thema in Bremen mit einem großen und breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis an Unterstützern und Unterstützerinnen, von Friedensbewegten, von Gewerkschaften, politischen Parteien, Betriebsräten, einzelnen Personen der Universität und der Universität als Institution, sowie klaren weitreichenden Forderungen. So wurde zum Beispiel am 18.11.1989 in Bremen ein großer Kongress unter dem Titel: „Chancen für Rüstungskonversion“ durchgeführt. Es war gleichzeitig der Gründungskongress für die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, eine logische und sinnvolle Konsequenz nach Glasnost. Sichtbar wurde in Bremen ein Konversionsprozess eingeläutet. Der spätere Präsident des Senats, Henning Scherf, war ein Gründungsmitglied der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Nach dem Fall der Mauer mit dem Ende des Kalten Krieges herrschte Anfang der 1990er Jahre großer Optimismus und eine Aufbruchstimmung. Es wurde eine Friedensdividende gewünscht. Die Rüstungsprofiteure bangten um ihre Pfründe und waren wie selten in einer defensiven Position, wengleich auch ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ nie als eine wirklich umfassende reale Option galt. Heute, über 20 Jahre später, ist eine solche gesellschaftliche Atmosphäre und Konstellation kaum mehr vorstellbar. Und bereits Mitte der 90er Jahre war die Euphorie vorbei und die Rüstungsindustrie zunehmend in einer komfortablen Position. Es gab wieder mehr Rüstungsaufträge der Bundesregierung, obgleich Deutschland als auch Europa weiterhin anerkanntermaßen nur von Freunden umgeben ist. Dazu forderten die Unternehmen mehr Exporte zum Ausgleich der fehlenden inländischen Aufträge. 60 Prozent Exporte wurden anvisiert. Heute sind es eher mehr.

Zehn Jahre gab es in Bremen ein Konversionsprogramm, das von 1991 bis 2000 galt. In Bremen arbeitete neben Brandenburg der einzige Konversionsbeauftragte. Während in Brandenburg erfolgreiche Flächenkonversion stattfand, gestaltete sich die betriebliche Umwandlung in zivile Produkte in Bremen erheblich schwieriger.

Als Rüstungskonversion bezeichnet man die Umstellung industrieller militärischer Produktion in eine zivile Fertigung. Dies gilt auch für die Überführung von militärischen Liegenschaften in zivile Nutzung. Der Begriff Rüstungskonversion im Zusammenhang mit einer industriellen Umstellung tauchte bereits Ende der 70er Jahre auf, doch seit Anfang der 90er Jahre werden praktische Handlungsoptionen vor allem für die militärisch nicht mehr gebrauchten Liegenschaften von NVA und ehemaligen Besatzungsmächten umgesetzt. Hier konnten beachtliche Erfolge erreicht werden.



In Bremen zum Beispiel gelang die Umwandlung einer ehemaligen Kaserne in ein neues Polizeipräsidium in der Vahr und aus Teilen der Roland-Kaserne entstand eine Wohnsiedlung. Aus der Kaserne Bremen-Grohn entwickelte sich die neue Internationale Jacobs Universität. erinnert sei auch an die direkte Konversion wie im biblischen Sinne ‚Schwerter zu Pflugscharen‘: So wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Stahlhelme zu Haushaltsdurchschlägen für Gemüse, es entstanden emaillierte Milchkannen aus Gasmaskenteilen, die aus der Not heraus geboren waren. Auch andere gebrauchte Militärgegenstände wurden in zivile Gebrauchsgüter umgearbeitet. Es gab einen umfassenden Alltagsbedarf und Mangel an Rohstoffen. Heute dagegen haben wir seit langem das Problem einer Überproduktion und gesättigter Märkte.

Wie stellte sich die Ausgangslage zu Beginn des Konversionsprozesses in Bremen dar? 1989 galten neun Prozent der Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes als direkt sowie 16 Prozent als direkt und indirekt rüstungsabhängig. Zwölf große und mittelgroße Unternehmen zählten zur Rubrik Rüstungsbetriebe. Der bremische Rüstungssektor bestand zu 40 Prozent aus Elektronik, zu 31 Prozent aus Schiffbau und Reparatur sowie zu 25 Prozent aus Luftfahrzeugbau und sonstigen Fahrzeugen (nach Wolfram Elsner, ehemaliger Bremer Konversionsbeauftragter in der Broschüre „Rüstungsstandort Bremen - Erlebnisland als Lieferant der Zutaten für Kriege“ vom Mai 2009).

Bremen galt als das mit Abstand rüstungsabhängigste Bundesland. Die Forderungen nach gesellschaftlich nützlichen Produkten und sozialverträglicher Rüstungskonversion wurden vehement vorgetragen. Der Senat war aufgefordert, Mittel für einen Konversionsprozess zur Verfügung zu stellen und beschloss ein Programm hierfür, das zur Hälfte aus EU-Geldern gespeist wurde. Das Bremer Konversionsprogramm war eine aktive industriepolitische Konversionsförderung mit EU-Mitteln. Diese Mittel wurden bereitgestellt, weil sich in Bremen auch EU-weit die dritthöchste rüstungsindustrielle Konzentration zeigte und eine Gefährdung der vorhandenen Arbeitsplätze durch einen Rückgang der Bundesaufträge drohte. Für besonders betroffene Regionen gab es regionale Mittel. Instrumente des Bremer Konversionsprogramms bildeten unter anderem ein breit aufgestellter Beraterkreis, um damit die Einbeziehung einer breiteren Öffentlichkeit für die Umsetzung des Programms zu begleiten sowie eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe. Die gesellschaftliche Begleitung der Umstrukturierung ist ein Paradebeispiel einer funktionierenden Zivilgesellschaft, eines in Ansätzen wünschenswerten demokratischen partizipatorischen Prozesses.



Seit den 70er Jahren gab es in Gewerkschaftskreisen bereits eine Konversionsdiskussion im Rahmen der allgemeinen Abrüstungsdebatte. Umfangreiche Expertisen erarbeiteten Fachleute aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Friedensbewegung. Konkrete Konversionsprojekte mit Verbesserungen im Umsetzungsprozess wurden vorgeschlagen. An der Universität Bremen waren überregional bekannte

Vordenker führend in die Konversionsdebatte involviert. In einem gesteuerten Strukturwandel sollten technische Fähigkeiten und arbeitsorganisatorische Zusammenhänge erhalten bleiben. In den Bremer Rüstungsunternehmen konnten über 60 betriebliche Umstrukturierungsprojekte zwischen 1992 und 2001 gezählt werden. Von den zwölf Bremer Rüstungsunternehmen bezogen zehn Fördermittel über das Bremer Konversionsprogramm. Als Besonderheiten des bremischen Stadtstaates stellten sich kurze Entscheidungswege sowie starke Gewerkschaften, verankert mit der immer bisher herrschenden SPD, heraus. Dazu hatten die Unternehmen ihren Hauptsitz in Bremen. Damit war für sie ein stärkeres Interesse verbunden, auch weiter in der Region zu bleiben. Die meisten Konversionsprojekte wurden als technologisch innovativ eingestuft. Sie gingen somit einem Produktivitätsschub einher, was wiederum zu einer Reduktion der Mitarbeiterzahlen führte – im Endeffekt zu einem ganz und gar nicht intendierten Arbeitsplatzabbau. Es gab aber noch mehr Probleme und Hindernisse, so dass kaum ein nachhaltiger Erfolg des Programms gegeben ist.



Eines der größten Probleme im Hinblick auf die Umstellung der industriellen Militärproduktion waren die geringen Marktchancen für die Produkte. Hinzu kamen die spezifischen Qualitätsanforderungen, die in der Rüstungsproduktion üblich sind, was eher Klasse statt Masse und geringe Stückzahlen bedeutet. Der Preis

wird üblicherweise verhandelt, das heißt zur Not auch nachverhandelt und Geld nachgeschoben. Rüstungsprodukte sind bei Lieferung meist teurer als bei Auftragsvergabe beschlossen. Hinzu kommt, dass Rüstungsunternehmen von ihrer inneren Struktur her prinzipiell nicht auf einen allgemeinen Markt ausgerichtet sind. Der Käufer – also in der Regel Regierungsvertreter – sagt, was er will, und das wird gebaut.

Eine Zielsetzung der Umstrukturierungen war es, vor allem von Seiten der Gewerkschaften, arbeitsorganisatorische Zusammenhänge zu erhalten. Konkret heißt das: gleiche Firma, gleiche tarifliche Absicherungen ... Eine Forderung, die heute kaum durchsetzbar ist, auch nicht in Rüstungsunternehmen, es sei denn sie wären verstaatlicht.

Eindeutiges Desinteresse zeigten die Handelskammer und Arbeitgeberverbände. Sie hielten sich heraus und warteten ab – gliederten zivile Entwicklungsbereiche aus und setzten sukzessive auf Exportchancen. Jedes Unternehmen, das Fördermittel beantragte, sollte ein mittelfristiges Konversionskonzept liefern. Auch daran gab es kein Interesse seitens der Unternehmer, denn unternehmerische Strategien sind daran nicht ausgerichtet. Unternehmerisches Handeln läuft anders – Kooperationen, nur wenn es zwingend nicht anders geht und eng zielgerichtet ausgelegt. Eine interaktive Wirtschaftspolitik ist nicht im Sinne der Unternehmer. Wahrscheinlich sind sie dazu nicht in der Lage.

Und heute? In Bremen wird nach wie vor Rüstung in großem Umfang produziert und das Militärische ist dominant. Der ehemalige Konversionsbeauftragte Wolfram Elsner zieht ein bitteres Fazit. Er bezeichnet die heutige Situation als völlig unvergleichbar mit dem Umstrukturierungsdruck Anfang der neunziger Jahre, einer Zeit der ideologischen Suche und relativen Schwäche der Produzenten, welche die Konversion punktuell hat Realität werden lassen und heute keine zugestandene Option mehr ist.

Heute müsste als erstes eine umfangreiche Studie über den Ist-Zustand der Bremer Rüstungsbetriebe erstellt werden, aus der hervorgeht, welche Betriebe mit wie vielen Arbeitsstunden zu welchen Konditionen produzieren, wie lange was noch entwickelt und hergestellt wird. Was ist heute noch eine militärische Kernkompetenz? Und zu was? Wie sieht es aus im Bereich der Sensor- und Simulationstechnologie? Was wird wozu genutzt? Wurde gar als Spin-in mit öffentlichen Geldern zuerst die Umstellung finanziert und dann wieder – technisch erneuert – in den militärischen Bereich integriert? Also im Grunde genommen doppelt finanziert. Gefördert wurden jedenfalls dual-use-Technologien, aber waren sie als

zukunftssträchtiger High-Tech-Bereich systemrelevant für Bremen? Eher sollte man sich den Bereich wirklich genau ansehen, was hier alles als dual-use gilt, und doch eher nur militärisch genutzt wird. Aber offiziell wurde alles zivil entwickelt. 1992 waren mehr als 50 Prozent der Forschung und Entwicklung bei den Rüstungsbetrieben in Bremen. Was ist davon heute noch vorhanden oder ausgegliedert? In der Uni vielleicht? Mehr Fragen als Antworten, aber in jedem Fall Zeit eine neue Diskussion zu beginnen.



Rüstungskonversion sollte neu belebt werden, auch wenn sie schon früher eher ein Dasein im Schatten der mächtigen Rüstungshersteller fristen musste. Heute müsste Rüstungskonversion neu gefüllt werden, neu strukturiert werden mit einer gesellschaftlichen Verankerung, wie die Schaffung eines Konversionsbeirates. Ideen gibt es genug – packen wir es an. Ein wirkliches Beispiel an Konversion im engeren Sinne, also der zivilen Produktion statt Militärgüter, und dazu noch ohne staatliche Finanzmittel, können wir aktuell direkt vor unserer Haustür erleben. In Emden gab Thyssen den U-Boot Bau zugunsten der zivilen Windkraft auf. Auch das ist möglich!

